

Das Parlament

Berlin, Montag 23. Januar 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 4 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Schwierige Aufgabe

Sebastian Edathy Neue Chance für den niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten: Der 42-Jährige leitet den U-Ausschuss zur neonazistischen Zwickauer Terrorzelle. Als ausgewiesener Rechtsextremismus-Experte und Sohn eines Inders und einer Deutschen selbst mit Zuwanderungsgeschichte, bringt Edathy aus Sicht der SPD-Fraktion, der der Vorsitz

zusteht, wichtige Eigenschaften für die Aufgabe mit. Die Nominierung ist auch ein Stück Wiedergutmachung für Edathy, der nach der Wahl 2009 das wichtige Amt des Innenausschusschefs abgeben musste und dafür keinen Ausgleich erhielt. Der SPD-Mann gilt wegen seiner manchmal harschen Attacken als umstritten. Obwohl die neue Aufgabe im U-Ausschuss heikel ist – auch SPD-Politiker könnten am Pranger stehen –, freut er sich darauf: „Es geht um die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats.“ (Seite 5) kru

ZAHL DER WOCHE

17,3 Milliarden

Euro betrug die Neuverschuldung des Bundes 2011. Veranschlagt waren durch das Haushaltsgesetz 48,4 Milliarden Euro. Statt geplanter 229,2 Milliarden nahm der Bund 2011 rund 248,1 Milliarden Euro Steuern ein. Die Ausgaben lagen bei 296,2 Milliarden Euro, 9,6 Milliarden niedriger als geplant.

ZITAT DER WOCHE

»Wenn Sie eine Sonnenallergie haben, müssen Sie zum Arzt.«

Fritz Kuhn, Grünen-Fraktionsvizechef, am Donnerstag im Bundestag zu Wirtschaftsminister Philipp Rösler wegen dessen Plänen, die Solarförderung herunterzufahren.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Mindestlohn Parlament debattiert über Oppositionsanträge Seite 4

WIRTSCHAFT & FINANZEN

Aktuelle Stunde Antibiotika bei der Mastentierhaltung von Hähnchen Seite 8

EUROPA UND DIE WELT

EU-Verfahren Ungarn im Visier der Brüsseler Kommission Seite 10

KULTUR UND MEDIEN

Internet-Enquete Kommission des Bundestags legt Zwischenbericht vor Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Delle im Wachstum

WIRTSCHAFT I Regierung verbreitet Optimismus. FDP lehnt Finanztransaktionssteuer als »Wundertüte« ab

Wohin man auch blickt, die Prognosen für die Weltwirtschaft sehen düster aus. So hat die Weltbank ihre Voraussage wegen der Schulden- und Eurokrise kräftig zurückgenommen und hält sogar einen Absturz der Wirtschaft in der Eurozone für möglich. Auch der Internationale Währungsfonds sieht die Eurozone im neuen Jahr bereits in der Rezession. Allein Deutschland stemmt sich gegen den Trend: Die Wirtschaft soll nach der Prognose des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung (17/8359) in diesem Jahr um 0,7 Prozent wachsen (Einzelheiten im untenstehenden Bericht). Für den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, Ernst Hinsken (CSU), ist das der Beweis, dass Deutschland zur »Wachstumslokomotive für den ganzen Kontinent« geworden ist. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) bezeichnete in einer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag weiteres Wachstum als das erklärte Ziel der christlich-liberalen Koalition. Das Wachstum komme bei den Menschen durch steigende Renten, sinkende Sozialbeiträge und höhere verfügbare Einkommen an. »Das erklärt, dass 76 Prozent der Deutschen optimistisch in das Jahr 2012 hineingehen«, sagte der Minister.

Rösler sagte, aufgrund der langsameren Erholung der Weltwirtschaft und nachlassender Dynamik in den Schwellenländern erwarte er eine »vorübergehende Wachstumsdelle, ausdrücklich keine Rezession«. Rösler wies aber auch darauf hin, dass die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auch von der Entwicklung in Europa abhängen werde.

Solarstrom zu teuer Der Wirtschaftsminister warf der Opposition vor, die Energiepreise durch Widerstand gegen die Kohlendioxid-Speicherung (CCS) und gegen die Förderung der Gebäudesanierung zu blockieren. Die Koalition werde für Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energie sorgen. Rösler sprach sich für den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien aus, verlangte jedoch zugleich Änderungen am Fördersystem: »Es kann doch nicht sein, dass mehr als sechs Milliarden Euro für drei Prozent der Energieproduktion, nämlich die Photovoltaik, ausgegeben werden. Mit Wirtschaftlichkeit hat das nichts zu tun.« Demgegenüber warf Hubertus Heil (SPD) dem Wirtschaftsminister Realitätsverweigerung vor. Zwar sei Deutschland aufgrund seines industriellen Rückgrats besser als andere Volkswirtschaften durch die Krise ge-



Erst eine Delle, dann soll die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs gehen: Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) bei der Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht

kommen. Die industrielle Stärke könne aber auch zu einer verwundbaren Stelle werden, wenn die Nachfrage nach deutschen Produkten in Europa nachlasse. Daher sprach sich Heil für eine Stärkung der Binnennachfrage durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur aus. Dazu gehörten aber auch eine angemessene Lohnentwicklung und ein gesetzlicher Mindestlohn. Als Beitrag gegen die Spekulation verlangte er die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Deren Aufkommen müsse für ein wirtschaftliches Aufbauprogramm in Europa verwendet werden.

»Realitätsverweigerung« Wie Heil warf auch Michael Schlecht (Die Linke) dem Wirtschaftsminister Realitätsverweigerung vor. Deutschland rutsche bereits in die Rezession hinein, und der Wirtschaftsminister trage »haltlose Phantasien« vor. Schlecht verlangte eine deutliche Stärkung der Binnennachfrage: »Lohnerhöhungen sind das Gebot der Stunde.« Er forderte einen Mindestlohn von zehn Euro und kritisierte zudem die Sparprogramme in Europa, die sich auf 600 Milliarden Euro summieren wür-

den. »Es ist doch klar, dass dieses Strangulierungsprogramm auf Deutschland zurückschlägt.« Konservativ gerechnet seien die Prognosen im Jahreswirtschaftsbericht, sagte der CDU-Wirtschaftsexperte Michael Fuchs. Er erwartet ein höheres Wachstum: »Der Export wird besser laufen.« Zur Lage stellte Fuchs fest: »Es gibt kein Land in Europa, dem es so gut geht wie Deutschland.« Wie zuvor Rösler sprach auch Fuchs die Probleme bei der Förderung Erneuerbarer Energien an: »Mit Marktwirtschaft hat das nicht mehr allzuviel zu tun.« Es werde mit Förderung durch das Erneuerbare Energien-

Gesetz (EEG) Strom hergestellt, egal ob man ihn brauche oder nicht. Der Zubau bei der Photovoltaik, der unwirtschaftlichsten Methode zur Produktion von Strom, werde nicht so weitergehen können. Hermann Otto Solms (FDP) lobte den Jahreswirtschaftsbericht und stellte fest, die po-

sitive Botschaft zeige sich besonders auf dem Arbeitsmarkt. Wie Fuchs verlangte auch Solms, die Subventionierung durch das EEG zurückzuführen. Zu hohe Energiepreise seien neben den Problemen im Euro-Raum die großen Risiken für die Wirtschaft.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer lehnte Solms strikt ab. Die Steuer sei mittlerweile zu einer Art »Wundertüte« geworden, die für alles erhalten solle. Aber in der Praxis sei sie bereits in Schweden gescheitert. Auf Risiken wies Fritz Kuhn (Grüne) hin: Er halte es für eine Beschönigung, wenn Rösler von einer Delle rede. Der Jahreswirtschaftsbericht

enthalte die Annahme, dass die Euro-Krise gelöst werde. Aber angesichts der Krisenpolitik dieser Regierung, sei »sehr im Zweifel, ob es gelingen wird, diese Krise 2012 in den Griff zu bekommen«. Es dürfe in Europa nicht nur gespart, sondern es müsse auch investiert werden. Hans-Jürgen Leersch

»Es gibt kein Land in Europa, dem es so gut geht wie Deutschland.«

Michael Fuchs (CDU)

EDITORIAL

Allen zum Wohl

VON JÖRG BIALLAS

Die deutsche Wirtschaft wächst, verhalten zwar, aber immerhin. Trotz Schuldenkrise, trotz Euro-Malaise, trotz Rezessionen in benachbarten Ländern. Jedenfalls prognostiziert das Bundesregierung und verspricht positive Effekte für den Arbeitsmarkt, die Konjunktur und den Staatshaushalt.

Bedingung ist allerdings, dass die Schuldenkrise zu lösen ist und die Finanzmärkte reguliert werden. Und wenn nicht? Dieses Szenario spart der Jahreswirtschaftsbericht vorsichtshalber aus. Man ahnt: Bleibt die Krise, könnte die Wachstumsrate gen Null tendieren.

Das wäre eine Herausforderung für die Politik. Denn eine stabile Volkswirtschaft ist ein wichtiger Baustein für das Fundament jedes demokratischen Staates. So hätten sich ohne das »Wirtschaftswunder« in der Nachkriegszeit die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland nicht effektiv festigen lassen.

Ökonomische Aspekte haben dann später wesentlich dazu beigetragen, dass die Menschen in der DDR den Mut aufgebracht haben, sich gegen die SED-Diktatur aufzulehnen und die Mauer zu Fall zu bringen. Und heutzutage sind wirtschaftliche Perspektiven für junge Menschen in vielen Staaten der Welt ein Schlüssel, um das Joch der Unterdrückung abzulegen. Nur so lässt sich eine Zukunft in Freiheit auch unterhalb der herrschenden Klasse aufbauen: in Nordafrika, in Arabien, aber ebenso in China und den Nationen des ehemaligen Ostblocks.

Gewiss, Geld regiert die Welt. Aber Geld ist längst nicht mehr der einzige Aspekt, der den Wohlfühl-Faktor für das Volk ausmacht. Soziale, kulturelle und ökologische Gegebenheiten beeinflussen die Lebensqualität ganz unmittelbar.

In welchem Ausmaß das geschieht und welche Folgen sich daraus für das Wachstum einer Volkswirtschaft jenseits rein quantitativer ökonomischer Daten ableiten lassen, untersucht derzeit eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

Das ist keine leichte Aufgabe. Aber eine wichtige. Denn bei aller Bedeutung wirtschaftlicher Stabilität wird eine ganzheitliche Betrachtung des Begriffes »Wachstum« dazu beitragen, eine neue, lebensnähere Perspektive zu eröffnen. Zum Wohle aller.

Der Konjunkturmotor legt den Schongang ein

WIRTSCHAFT II Die kräftigere Binnennachfrage soll das Wachstum beflügeln. Beschäftigungsrekord erwartet

Der Wachstumsmotor wird langsamer. Nachdem das Wirtschaftswachstum 2010 noch bei 3,7 Prozent gelegen hatte und auch im vergangenen Jahr mit drei Prozent recht kräftig war, scheint die Wirtschaft in diesem Jahr den Schongang einzulegen: Die Bundesregierung erwartet einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um nur noch 0,7 Prozent. Dies steht in dem von der Regierung als Unterrichtung (17/8359) vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht 2012 mit dem Titel »Vertrauen stärken – Chancen eröffnen – mit Europa stetig wachsen«. Noch in seiner Herbstprognose hatte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) mit einem Wachstum von einem Prozent gerechnet. Der Sachverständigenrat kam in seinem Jahresgutachten (17/7710) für 2012 zu einer Wachstumsprognose von 0,9 Prozent. Jahresbericht und Gutachten wurden am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen.

Schwächephase Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion 2012 zunächst eine temporäre konjunkturelle Schwächephase, jedoch keine Rezession, wird erläutert. Im weiteren Jahresverlauf



Es gibt wieder mehr neue Jobs.

werde die deutsche Wirtschaft wieder zu einem höheren Wachstum zurückfinden, erwartet die Bundesregierung. »Die deutsche Wirtschaft wächst damit nach wie vor etwas

kräftiger als der Euro-Raum insgesamt«, wird festgestellt. Die Arbeitslosenquote soll von 7,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 6,8 Prozent sinken. 2010 hatte sie noch 7,7 Prozent betragen. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt soll auch zu einem neuen Beschäftigungsrekord führen. So wird eine weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit um rund 220.000 Personen erwartet.

Höhere Löhne Die Bruttolöhne sollen um 2,4 Prozent steigen. 2011 waren es 3,4 und 2010 2,2 Prozent. Da die Importe mit einem Wachstum von drei Prozent stärker steigen sollen als die Exporte (zwei Prozent), rechnet die Regierung mit einer Verlagerung der Wachstumskräfte hin zur Binnennachfrage. Das überraschend geringe Wachstum der Exporte wird mit einer »deutlichen Wachstumsabschwächung im internationalen und insbesondere im europäischen Raum« erklärt.

In der europäischen Schulden- und Finanzkrise werden auch die Risiken für die Prognosen gesehen: »Die Jahresprojektion der Bundesregierung beruht auf der zentralen Annahme, dass im Laufe dieses Jahres die Lösung der Schuldenkrise in Europa weiter vorankommt und sich die Verunsicherung

an den Märkten allmählich auflöst. Eine Verschärfung der Krise stellt zweifellos das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 dar«, heißt es in dem Bericht. Andererseits liege in einer zügigen Lösung der Schuldenkrise auch eine Chance für eine günstige Entwicklung, stellt die Bundesregierung fest. Die Inflationsrate soll 2012 bei 1,8 Prozent und damit wieder im Zielbereich der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen. Das sich abschwächende weltwirtschaftliche Wachstum wirke Inflationsgefahren entgegen, die von der reichlichen weltweiten Liquidität ausgehen könnten.

Stabiles Geld Zugleich bekennt sich die Bundesregierung zum klaren Mandat der Europäischen Zentralbank, die Geldwertstabilität zu wahren: »Die Geldpolitik ist kein Ersatz für eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik.« Die Unabhängigkeit der EZB sei ein hohes Gut. Die Bundesregierung verteidigt die Absicht, Steuern zu senken: Nicht gewollten Steuerbelastungen durch die »kalte Progression« solle entgegengewirkt werden. Der finanzielle Spielraum für eine Steuersenkung mit einem jährlichen Volumen von sechs Milliarden Euro sei vorhanden. he

GASTKOMMENTARE

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER OHNE LONDON?

Vorgehen tut not

PRO



Peter Ehrlich
»Financial Times
Deutschland«

Mit der Finanztransaktionssteuer ist es wie mit dem Klimaschutz: Wirklich wirksam werden sie erst, wenn sie weltweit gelten. Das ist aber weder bei der Steuer auf Finanzgeschäfte noch bei CO2-Abgaben für Flugzeuge absehbar. Wer die Finanztransaktionssteuer ablehnt, hat daher ein schönes Argument parat: Die anderen machen auch nicht mit, also schädigen wir uns nur selbst. Dieses Spiel wird derzeit in der EU gespielt. Wer die Steuer verhindern möchte, verweist auf die Briten, die nicht mitmachen wollen. Und eine Einführung nur in der Eurozone beschädigt die Finanzstandorte Frankfurt, Paris, Mailand und Luxemburg. Mit dieser Argumentationskette hätte die Steuer nie eine Chance. Denn gemeinsame Steuerregeln in der EU erfordern Einstimmigkeit. Das kann man vergessen. Sollte man die Steuer also begraben? Nein. Nur wenn kleinere Gruppen von Staaten vorangehen, besteht eine Chance auf weltweite Verbreitung. Wir können es uns leisten, Vorbild zu sein. Die Steuer auf Finanztransaktionen hat viel für sich. Auf alle anderen Geschäfte entfällt Mehrwertsteuer, auf Anlagegeschäfte nicht. Es geht um einen minimalen Steuersatz, der neben den Börsen- und Bankgebühren kaum auffallen wird. Ziel ist es, den Markt zu entschleunigen, etwa den Handel von Computern untereinander unattraktiv zu machen. Auf die Finanzierung der Realwirtschaft oder von Privatleuten wird die Steuer kaum Einfluss haben. Die werden weiter mit deutschen Banken arbeiten. Für Großbritannien hat der Finanzmarkt ein gefährlich großes Gewicht, vielleicht kommt durch eine Finanztransaktionssteuer ein wenig Umsatz dazu. Aber die Arbeitsplätze, die die Briten dringend bräuchten, werden in anderen Branchen geschaffen – solchen wie in Deutschland.

Webfehler im System

CONTRA



Frank Thewes
»FOCUS«

Wer bei der Suche nach Kompromissen in der EU immer die Briten mitnehmen will, kommt nicht weit. Deshalb spricht auf den ersten Blick viel dafür, die Finanztransaktionssteuer notfalls auch ohne London einzuführen. Zumal Steuersätze von 0,1 oder 0,01 Prozent wohl kaum existenzgefährdend sind – und die klammen Europäer zugleich mal ordentlich Kasse machen sollen. Doch können sie das wirklich? Mit London wäre ausgerechnet der mit Abstand größte Finanzplatz nicht dabei. Drei Viertel aller Finanztransaktionen der Welt entfallen übrigens auf sechs Finanzzentren – neben der britischen Hauptstadt sind das New York, Zürich, Tokio, Singapur und Hongkong. Auch wenn sich der Euroraum bei einem Alleingang gegen einen Teil der Umgehungs geschäfte wappnen könnte, würde die scheinbar so gerechte Steuer mit einem entscheidendem Webfehler starten: einem riesengroßen Schlupfloch. Das dürfte noch mehr Finanzdeals nach London locken. Nichts entkommt dem Fiskus so leicht wie Anlagekapital. Deshalb haben SPD und Grüne in Deutschland 2004 auf Kapitaleinkünfte eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent eingeführt. Und die Schweden schafften ihre Börsenumsatzsteuer Mitte der 1980er Jahre schnell wieder ab: Es blieb nicht nur der erhoffte Einnahmesegen aus. Weil Anleger auf andere Länder auswichen, kam unterm Strich sogar weniger Kapitalertragssteuer rein. Auch der Wunsch, die hektischen Ausschläge an der Börse mit einer Finanztransaktionssteuer zu dämpfen, hat sich in Schweden nicht erfüllt. Das Handelsvolumen nahm zwar ab, nicht aber die Unruhe. Der Effekt ist leicht zu erklären: Je mehr Teilnehmer an einem Markt handeln, umso schneller pendelt sich der Preis in einem verlässlichen Rahmen ein.

Mehr zum Thema auf Seite 1
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Wie bewerten Sie den Jahreswirtschaftsbericht 2012?

Positiv, weil es trotz des schwierigen Umfeldes keinerlei Anzeichen für Stagnation oder gar Rezession gibt und wir auf intakte Wachstumskräfte bauen können. Besonders erfreulich entwickelt sich die Binnenwirtschaft. 2012 ist erneut auch ein Beschäftigungsrekord zu erwarten. Der wirtschaftspolitische Kurs der christlich-liberalen Koalition erweist sich als goldrichtig.

Im Euroraum wird die Wirtschaft 2012 aber voraussichtlich leicht schrumpfen. Wie groß ist die Gefahr, dass dies auch die deutsche Wirtschaft belastet?

Wir werden belastet, aber bei weitem nicht so stark wie befürchtet. Es wird bei uns eine leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 0,7 bis ein Prozent geben. Früher wäre man manchmal froh gewesen, ein Prozent Wirtschaftswachstum zu haben.

Brauchen wir nicht dennoch mehr Wachstum, wenn man auf Länder wie Brasilien, China oder Indien schaut? Was muss getan werden, um frei nach Karl Schiller die »Pferde wieder ans Saufen« zu kriegen?

In den vergangenen Jahren wurden von der Bundesregierung dazu entscheidende Schritte unternommen. Dadurch hat Deutschland die weltweite Wirtschaftskrise mit am besten durch weitsichtige Entscheidungen gemeistert: zum Beispiel durch die Abwrackprämie, die Konjunkturprogramme und die Kurzarbeiterregelung. Es gilt nunmehr, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dazu gehören eine finanziell verkraftbare Sozialpolitik und eine Energiepolitik, die die Kosten gegenüber anderen Ländern nicht weiter ansteigen lässt. Wir müssen vor allem die Grundlagen schaffen, dass sich Leistung lohnt. Sozial ist nicht der, der verteilt, sondern der, der arbeitet und etwas leistet, damit es überhaupt etwas zu verteilen gibt.

Wie sieht es mit Steuersenkungen aus?

Steuern sollte man senken, soweit dies möglich ist. 2013 gibt es Steuerentlastungen um zwei Milliarden Euro, 2014 um vier Milliarden. Alle zwei Jahre wird zudem geprüft, ob und in welchem Maß eine Korrektur der kalten Progression möglich ist. Es muss dafür gesorgt werden, dass der Mittelstand und die Kleinverdiener wieder mehr in der Tasche haben.

Geht denn bei der Steuersenkung noch etwas in dieser Legislaturperiode?

Primäres Ziel muss derzeit sein, die Schuldenbremse einzuhalten. In meinem Heimatland Bayern wurde die Nettoverschuldung auf Null gefahren. Dieses Ziel muss auch im Bund realisiert werden, und zwar je früher desto besser. Was wir jetzt an Schulden machen, ist eine Hypothek für die nachkommende Generation.

Wie weit bedrohen die steigenden Strompreise durch die Subventionen der erneuerbaren Energie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft?

Hier ist in der Tat einiges in die Schieflage geraten und muss korrigiert werden. Zu Beginn brauchten wir natürlich eine Anschubfinanzierung für die erneuerbaren Energien. Doch der Strom muss für die Verbraucher bezahlbar bleiben. Vor allem bei der Solarenergie müssen Korrekturen vorgenommen werden. Die Preise für Solarmodule sind derzeit gesunken, dass wir mittlerweile schon die Wirtschaft in China fördern. Auch bei der Bioenergie gibt es Handlungsbedarf, wenn zum Beispiel in Landkreisen massenweise Biogasanlagen geplant werden. Bei der Wasserkraft sollte man kleine Anlagen wieder reaktivieren, wenn sie sich rentieren. Wir müssen auch Energieformen wie die Geothermie mehr im Blick haben. Bei uns in Bayern gibt es heißes Wasser in Hülle und

»Leistung muss sich lohnen«

ERNST HINSKEN Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses sieht die deutsche Ökonomie auf einem guten Weg. Der CSU-Abgeordnete sorgt sich aber um die hohen Energiekosten



brauchen an den Tankstellen ein System wie in Österreich, wo einmal am Tag der Benzinpreis festgelegt wird, der dann nicht mehr überschritten werden darf. Es darf nicht sein, dass die Preise an der Zapfsäule mehrmals am Tag hin- und herschwanken. Dies verwirrt den Verbraucher.

Was wird getan, um beim Bürokratieabbau weiter voranzukommen?

Die Bürokratie ist die Geißel vor allem des Mittelstandes. Die von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte für den weiteren Bürokratieabbau sind ein großer Wurf. Jetzt wird das Ziel erreicht, die Bürokratiekosten der Wirtschaft im Vergleich zu 2006 um 25 Prozent zu reduzieren. Besonders hervorzuheben sind unter anderem die vorgesehene Reduzierungen der Aufbewahrungsfristen von Rechnungen und anderen Belegen auf fünf Jahre. 2006 mussten deutsche Unternehmen noch jährlich rund 50 Milliarden Euro für amtliche Statistiken, Antragsformulare, das Ablegen von Rechnungen und ähnliches aufbringen. Allein die bisher umgesetzten Maßnahmen entlasten die Betriebe um rund 10,9 Milliarden Euro pro Jahr im Vergleich zu 2006.

Sie kümmern sich besonders um das Handwerk. Was geschieht da?

Für mich ist es enorm wichtig, an unserem bewährten dualen Ausbildungssystem festzuhalten. Doch müssen die Berufsbilder permanent neuen Gegebenheiten angepasst werden, weil alle fünf Jahre unser Wissen sich total verändert. Es gibt viel zu wenig Neugründer. Deswegen brauchen wir vermehrt Anreize für Existenzgründungen. Das Handwerk muss auch das benötigte Personal wie Facharbeiter bekommen. Zielführende Aus- und Weiterbildungsprogramme der Kammern und Betriebe werden von der Bundesregierung gefördert.

Beim Zuzug von ausländischen Fachkräften hatte sich aber vor allem die CSU gegen eine Lockerung der Zuwanderungsregeln gewehrt. Soll es dabei bleiben?

Die Rechnung, dass mit der Freizügigkeit in der EU am 1. Mai 2011 hunderttausende Osteuropäer hierher kommen, ist nicht aufgegangen. Wir müssen zunächst unsere eigenen Reserven besser ausschöpfen. Dazu gehören flexiblere Arbeitszeitregeln für Ältere. Wenn nur noch jeder Vierte über 60 in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, liegt etwas im Argen. Bei ausländischen Arbeitskräften muss mehr auf die 245.000 Studenten aus dem Ausland geschaut werden. Viele erhalten bei uns eine hochqualifizierte Hochschul-Ausbildung. Von ihnen bleiben aber nur 6.000 hier. Die meisten gehen auch nicht in ihre Heimatländer zurück, sondern in die USA, nach Großbritannien, Norwegen oder Schweden. Wir müssen mehr tun, um sie hier zu halten.

Apropos Arbeitszeiten: Ihr Parteivorsitzender Horst Seehofer hat die Rente mit 67 in Frage gestellt, wenn nicht mehr ältere Arbeitnehmer beschäftigt sind. Was sagen Sie dazu?

Ich stimme ihm zu. Was bringt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, wenn die Arbeitgeber über 60-Jährige fast nicht mehr einstellen? Da sollte die Wirtschaft nicht Kritik üben, sondern mehr zeitlich flexible Arbeitsplätze für Ältere zur Verfügung stellen.

Das Interview führten Hans Krump und Hans-Jürgen Leersch.

Ernst Hinsken vertritt seit 1980 als CSU-Abgeordneter den Wahlkreis Straubing im Bundestag. Der frühere langjährige Vorsitzende des Tourismus-ausschusses und Tourismus-Beauftragte der Bundesregierung leitet seit April 2011 den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Zwischen Rhein und Spree: Martin Dörmann

Ein „Kölscher Jong“ sei er auf keinen Fall, stellt Martin Dörmann ungefragt klar. Aber Kölner sei er sehr wohl. Auf jeden Fall spricht der hochgewachsene Mann nahezu reines Hochdeutsch. Gebürtig ist der SPD-Wirtschaftsexperte Westfale, aus Hertfen bei Recklinghausen. Als er vier Jahre alt war, zog seine Familie mit ihm in die Rheinmetropole. Bereits als Schüler trat er 1979 der SPD bei, für die er seit 2002 im Bundestag sitzt. Seit sieben Jahren ist Martin Dörmann Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und im Unterausschuss für Neue Medien. Mit Blick auf den aktuellen Jahreswirtschaftsbericht, den Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am vergangenen Donnerstag vorgelegt hat, analysiert Dörmann eine „Passivität der Regierung“, die „den Herausforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gerecht“ werde. Er fordert einen „zusätzlichen Breitbandausbau“, um „Impulse für die Binnenkonjunktur zu setzen“. Für den Sozialdemokraten und Kommunikationsexperten ist Zugang zu Breitbandinternet für jedermann eine zentrale Forderung. Aber auch ein gesetzlicher Mindestlohn könne die Konjunktur ankurbeln, ist Dörmann überzeugt. Von der Regierung fordert er insgesamt mehr Investitionen. Vor allem auch „mehr Bildungsinvestitionen“ seien nötig, kritisiert er den Jahreswirtschaftsbericht weiter. Obwohl die rheinische Medienstadt seine Heimat ist, hatte sich der Jurist vor seinem Bundestagsmandat nicht besonders mit Kommunikation befasst. Erst 2005 sei sein Fraktionskollege Hubertus Heil zu ihm gekommen, erinnert sich Dörmann: „Er wuss-

te, dass ich in den Wirtschaftsausschuss wollte, und fragte mich, ob ich nicht seinen Platz einnehmen wollte, mit dem Schwerpunkt Telekommunikation.“ Heil habe das Amt niedergelegt, „weil seine Frau in einem Unternehmen der Branche tätig war“. Seitdem engagierte sich Dörmann beispielsweise für die Haushaltsabgabe als Ersatz für die bisherige geräteabhängige GEZ-Gebühr, die 2013 deutschlandweit eingeführt wird. Dörmann will auch die Strukturen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten reformieren, um Staatsferne und Unabhängigkeit zu stärken. Gleichzeitig möchte er „Wetten, dass...?“ reformiert sehen und das Niveau der Privatsender heben. 2012 ist für den Kölner ein Jahr der Jubiläen. Am letzten Junitag wird er seinen 50. Geburtstag begehen und im Oktober darf er seine zehnjährige Zugehörigkeit zum Bundestag feiern: Zeit für ein Resümee. „Wenn ich heute noch wie früher arbeiten würde, dann würde ich sicher nicht voran kommen“, sagt Dörmann. Die Menge an Arbeit habe zugenommen, immer mehr Funktionen



© DRF/THICK/ALBA

und Aufgaben hätten sich angehäuft. Seit mehr als sechs Jahren ist er Mitglied des Fraktionsvorstands, seit 2009 in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Zudem fungiert der Abgeordnete im Wirtschaftsausschuss als Berichterstatter für „Telekommunikation“ und „Raumfahrt“ seiner Partei und ist ihr medienpolitischer Sprecher. „Da bleibt wenig Zeit für die einzelnen Bereiche.“ Dennoch mache ihm die Arbeit Spaß. Allerdings sei das Schönste an jeder Sitzungswoche, „nach Hause zu kommen“. „Ich denke, da geht es jedem Abgeordneten, der Familie hat, genauso.“ Zuhause, das ist für den direkt gewählten Abgeordneten der Wahlkreis 94, der die Kölner Stadtbezirke Porz, Kalk sowie die nördliche Innenstadt umfasst. In seinen Urlauben unternimmt Dörmann gern Reisen mit seiner Frau, nach Mexiko oder Kuba zum Beispiel. Zuletzt ging es nach Vietnam. Und natürlich widmet sich der Kölner gern dem politischen Karneval. 2009 handelte er sich allerdings Proteste ein, als er dem damaligen SPD-Chef Franz Müntefering eine Fotocollage besonderer Art überreichte. Sie zeigte Müntefering und die damaligen SPD-Minister Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück im Ornat der Porzler Tollitäten. Der Festausschuss Porzer Karneval protestierte gegen die „politische Vereinnahmung“ und die Zweckentfremdung des offiziellen Trifoliums-Fotos; die CDU schimpfte: „So etwas tut man nicht.“ Doch die Genossen in Porz hielten weitgehend die Zügel zu Dörmann. Und Kölns SPD-Vorsitzender Jochen Ott diktierte der Presse: „Das war doch eine geile Idee von Martin Dörmann.“ Verena Renneberg

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(äußer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. CvD
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), CvD
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
20. Januar 2012

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhhessenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (vranw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andrea Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Hochspezialisiert lassen deutsche Maschinenbaufirmen – unser Bild zeigt die Produktion eines Rostocker Kranherstellers – die ausländische Konkurrenz oft hinter sich.

Intakter Wachstumskern

WIRTSCHAFT VOR ORT Deutscher Maschinenbau glänzt mit gut gefüllten Auftragsbüchern. Mittelstand hat aus der Krise gelernt

Der Maschinenbau ist das Herz der deutschen Exportwirtschaft. Es wird wahrscheinlich auch im Jahr 2012 kräftig schlagen – manch düsteren Konjunkturdiagnosen zum Trotz. Ein Besuch bei drei selbstbewussten Mittelstandsfirmen. Sie schauen bereits nach Grundstücken. So fängt die Expansion meist an. Der Ventilatorenbauer „Ebm-Papst“ erwartet, dass es am Stammsitz im baden-württembergischen Mulfingen bald schon zu eng wird – und deshalb sondiert Geschäftsführer Hans-Jochen Beilke den Immobilienmarkt. Zukunft ist für ihn gleichbedeutend mit Zuvorsicht. Am anderen Firmenstandort, im bayerischen Landshut, gibt es bereits grünes Licht für Bagger und Beton. Im vergangenen November fiel die Entscheidung für ein neues Logistikzentrum. Auf einer Fläche von 5.000 Quadratmetern soll bis Frühjahr 2012 ein Hochregallager entstehen – Investitionsvolumen: knapp zwölf Millionen Euro. Firmenchef Beilke sagt: „Sie merken, bei uns gibt es Optimismus.“

Glasklare Ansage Wer hätte dieser Tage eine solch glasklare Ansage erwartet? Zeitungen, Fernsehen und andere Medien verbreiten seit längerem eher düstere Aussichten. Ein Ökonomiebeobachter warnt neuerdings immer vor dem Absturz nach zwei Jahren Boom. Prognostiziert wird mindestens eine Rezession in Europa, wenn nicht gar in der Welt. Doch wer sich aufmacht, einige tüchtige Mittelständler des Maschinen- und Anlagenbaus zu treffen, erfährt, dass es vor Ort viel mehr gute als schlechte Nachrichten gibt. Hier steckt für Deutschland wahrscheinlich die erhlichste und wichtigste Nachricht: Der Wachstumskern ist intakt. Die Maschinen- und Anlagenbauer sind ein Kraftzentrum im Land. Sie bilden eine von Deutschlands Schlüsselbranchen – rund 6.000 Unternehmen, mittelständisch geprägt zumeist, mit fast einer Million Beschäftigten und ungefähr 200 Milliarden Euro Umsatz. Viele der Firmen haben hohe Exportquoten und spielen ohne großes PR-Tamam in der Champions League der Weltwirtschaft mit. Drei davon heißen Ebm-Papst, Hawe und Wago. Sie verteidigen selbstbewusst ihren Vorsprung auf den Märkten, weil sie um ihre leistungsfähigen Produkte und die eigene Anpassungsfähigkeit wissen.

Deutsche Tüftler „Wir sind im besten Sinne deutsche Tüftler“, sagt Ebm-Papst-Geschäftsführer Beilke: „Mit Erfindungsreichtum und Querdenken schaffen wir Ventilatoren und Motoren, die leichter, energiesparender und langlebiger sind.“ Ein Schlüssel ist für ihn der Pioniergeist in den eigenen Teams. Beilke schwört auf das nach wie vor hohe Qualifikationsniveau deutscher Ingenieure und dual ausgebildeter Fachkräfte – auf deren Ideen und deren Biss. „Es klingt arrogant“, sagt er: „Aber chinesische Ingenieure müssen wir fast immer intern weiterbilden, bis sie uns hilfreich sind.“ Das Immer-Besser-Werden ist bei dem Maschinenbauer aus dem Hohenlohischen ei-

ne Mission. Rund 30 Innovationsprojekte laufen zur Zeit firmenintern. Es geht um neue, rohölinsparende Biowerkstoffe und eine höhere Energieeffizienz vieler Produkte. Dabei hilft auch die immer stärkere Einbettung von exklusiver Software. Beilke: „Das ist ein Spielfeld, auf dem wir mehr bieten können als andere.“ Das Unternehmen hat 2010/2011 das beste Geschäftsjahr seiner Geschichte abgeschlossen. Gut 11.300 Beschäftigte weltweit erwirtschafteten 1,3 Milliarden Euro Umsatz. Das laufende Geschäftsjahr, das im April endet, wird wohl ein Plus von immerhin noch vier, fünf Prozent bringen. Die weiteren Umsatzaussichten sind positiv. Die Nachfrage aus Europa zeigt sich erstaunlich stabil, die Bestellungen aus Asien und Amerika ziehen wieder an. „In den vergangenen Wochen spüren wir einen vorsichtigen positiven Trend in unseren Auftragsbüchern“, erzählt der Firmenchef. Solche Signale aus der Praxis sind es wohl, die den Branchenverband VDMA an seinen Konjunkturprognosen festhalten lassen: Danach sollen Produktion und Umsatz der Firmen 2012 real um vier Prozent steigen. Im vergangenen Jahr lag das Wachstum bei 14 Prozent. VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers ärgert sich, wenn daraus medial eine Vollbremsung wird. „Wachsen ist wie schnell fahren“, erklärt er: „Wenn die Firmen also im Schnitt vier Prozent zulegen, fahren sie noch einmal schneller.“

Die Verbandsprognose ist von einem vorsichtigen Optimismus durchzogen. Erwartet wird, dass bei der europäischen Staatsschuldenkrise zumindest die Talfahrt schon vorbei ist und die Politik in den nächsten Monaten immerhin auf festem Boden den Aufzug zu reparieren versucht. Kalkuliert ist auch, dass Schwellenländer wie China und

Parlamännchen
Politik für Kinder

Wirtschaftswachstum

Wachstum kennen alle Kinder, weil sie selbst wachsen und größer werden. Ähnlich ist es beim „Wirtschaftswachstum“ eines Landes wie der Bundesrepublik Deutschland. Hier werden viele Dinge hergestellt, die man kaufen kann. Auch helfen viele Menschen mit ihrer Arbeit anderen Leuten, etwa Ärzte. Je mehr diese Arbeit tun und diese Dinge genutzt werden, desto mehr wächst die Wirtschaft, es gibt also Wirtschaftswachstum. Anders als Kinder kann die Wirtschaft aber auch schrumpfen. Viele finden viel Wirtschaftswachstum wichtig, etwa weil es dann mehr Arbeitsplätze gibt. Andere warnen, dass zu viel Wirtschaftswachstum schlecht für die Umwelt ist.

Brasilien ihre Atempause aus dem zweiten Halbjahr 2011 überwinden und in diesem Jahr wieder ordentlich Luft holen. Für VDMA-Mann Wiechers passt das Angebot des deutschen Maschinenbaus weiterhin perfekt zur Nachfrage in der Welt. „Für die Megatrends – Mobilität, Infrastruktur, Umweltschutz und Ressourcenschonung – liefern unsere Firmen extrem wett-

bewerbsfähige Lösungen.“ Bloß nicht zu viel über konkrete Erfolge quatschen, gehört zu den typischen Tugenden des deutschen Mittelstands. Auch bei der Münchner Hawe-Gruppe, Hersteller von Hydraulikkomponenten und -systemen. Dabei hätte man schon zu Jahresanfang viel zu erzählen. Aus dem Ausland ist ein millionenschwerer Großauftrag aus dem Bereich erneuerbare Energien eingegangen. Mehr will Vorstandssprecher Karl Haeugen, Hauptgesellschafter des Familienunternehmens und Enkel des Firmengründers, nicht verraten. Immerhin traut er sich die allgemeine Vorhersage: „Auch 2012 wird ein starkes Jahr für uns – falls es nicht noch einen unerwarteten weltweiten Schock gibt.“

Die Welt als Markt Wie für etliche andere exportstarke deutsche Maschinenbauer schlagen schwächelnde europäische Märkte auf den Umsatz durch, sind aber nicht mehr lebensbedrohlich: Denn die Welt ist ihr Markt. Die Hawe-Gruppe mit ihren insgesamt 2.000 Mitarbeitern verkauft rund 45 Prozent ihrer Produkte und Dienstleistungen in Asien, Europa macht nur noch 25 Prozent aus. „Unsere Wachstumsimpulse kommen aus China und dem nordamerikanischen Markt“, sagt Firmenchef Haeugen. Die Hydraulik-Produkte aus München finden breit Verwendung: Sie kommen in Bau- und Werkzeugmaschinen, Mobilkränen, beim Schiffbau oder Off-Shore zum Einsatz – um den Winkel von Rotorblättern zu verstellen oder die Hauptwelle abzubremesen. So überraschend es klingt: Ein Teil seiner heutigen Stärke hat der Mittelständler durch die Krise 2008 gewonnen, als die Wirtschaftswelt plötzlich aufhörte, sich zu drehen. Um bis zu 50 Prozent brachen die Auftragsgänge ein. Haeugen musste handeln: Er nutzte den gesamten Instrumentenkasten, den Tarifpartner und Politik bereitstellten. Es waren keine einfachen Entscheidungen. Die Verträge der Zeitarbeiter wurden nicht verlängert, Befristungen liefen einfach aus, die Stammelegschaft erlebte Kurzarbeit und Leistungskürzungen über ausgehandelte Betriebsvereinbarungen. Es reichte trotzdem nicht: 125 Beschäftigte wurden über einen Sozialplan entlassen und in einer Transfergesellschaft aufgenommen. Mit einem „extrem sozialen Paket“, wie Haeugen sagt.

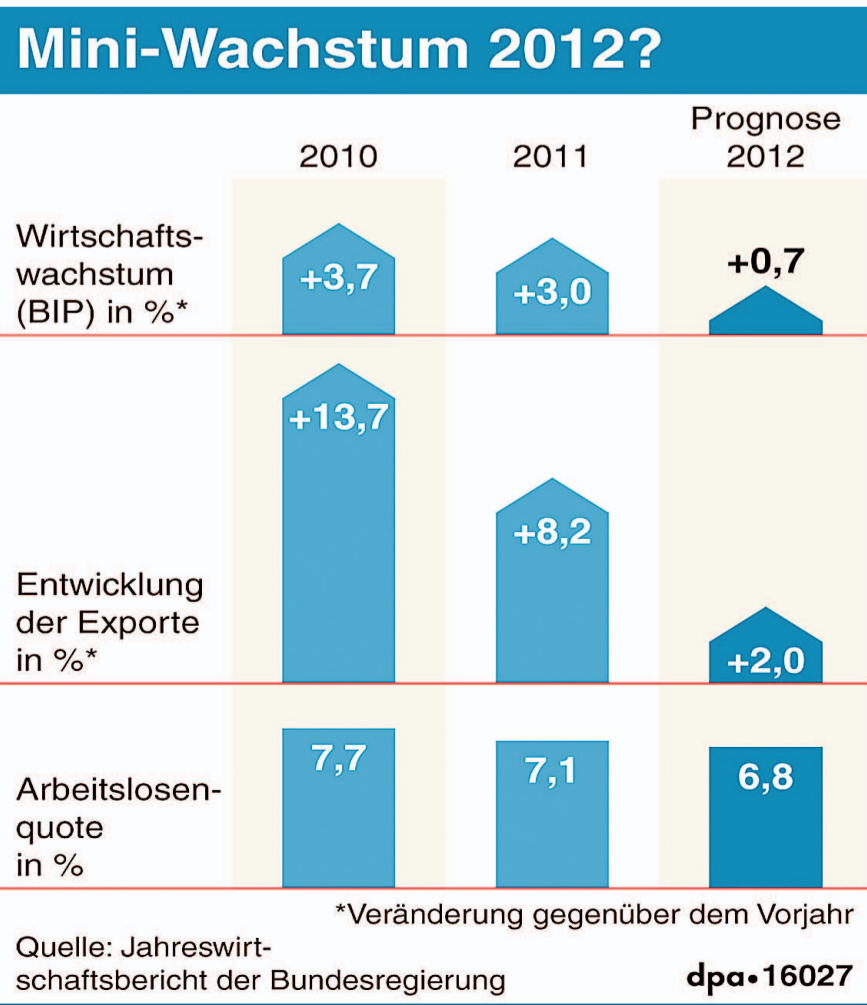
Das scheint alles ganz weit weg – jetzt, wo die Firma wieder im Normalmodus läuft und die Beschäftigtenzahlen aus der Vorkrisenzeit sogar schon übertroffen sind. Und doch haben sich die Erfahrungen des Krisenmanagements im Unternehmen eingearbeitet. „Alle haben noch mehr partnerschaftliches Denken gelernt“, sagt er. „Und alle wissen nun, wie man die notwendige betriebliche Flexibilität auch fair erreichen kann.“ Bei Hawe ist so ziemlich genau das eingetreten, was der renommierte Industrieforscher Horst Wildemann schon im Jahr 2010 zu Protokoll gab: Die Kerngedanken der sozialen Marktwirtschaft kehren durch die Krise zurück, sagte er damals und prognostizierte weiter: „Die starken

Mittelständler werden danach noch stärker sein.“ Im westfälischen Minden bei Wago würde das niemand so laut hinausposaunen, obwohl es auch hier zwei Rekordjahre nach der Krise gab. Unterstatement ist Teil der Unternehmenstugend. So ist man groß geworden und hat Standards gesetzt. Der Produzent von elektrischer Verbindungstechnik und Automatisierungslösungen ist nach der Gründung 1951 durch Innovationen und Mut zu einem dieser versteckten deutschen Weltmarktführer herangewachsen – mit gut 5.300 Mitarbeitern und Produktionsstätten in Deutschland und sieben anderen Ländern der Welt. In Fachkreisen heißen die Klemmen aus Minden, die in Millionen Verteilerdosen stecken, schlicht nur „Wagos“.

Das Kriseneinmaleins Wer den geschäftsführenden Gesellschafter Sven Hohorst trifft, begegnet auch hier der Gewissheit, das Kriseneinmaleins der beweglichen Firma erlernt zu haben. Er selbst spricht davon, eine gute „Erfahrungskiste“ aus dieser Zeit zu haben. „Wir werden weiter langfristig denken, aber auch kurzfristig lenken“, lautet sein Credo. So startet die Firma in das Jahr 2012, dessen Verlauf auch der erfahrene Hohorst jetzt im Januar schwer kalkulieren kann. Das Geschäft mit Steckverbinder-Systemen und sogenannten Kopplern – softwaregetriebenen Steuerungselementen, die unter anderem in Zügen und Flugzeugen zum Einsatz kommen – ist schwankungsanfällig, weil es weitgehend mit den Konjunkturen in den einzelnen Absatzländern läuft. In den Euro-

Ländern erwartet Firmenchef Hohorst „keine große Sprünge“. Selbst die Schweiz, wo Wago ein Werk hat, müsse wegen des starken Franken kämpfen. Aus den immer wichtiger werdenden Aufsteigerländern wie China und Indien kommen in den ersten Wochen immerhin positive Signale. Hohorst sagt: „Wir können hoffen, mit einem leichtem Wachstum bei den Auftragsgängen durchs Jahr zu kommen.“ So oder so: Der Mittelständler aus Minden lässt nicht locker, noch innovativer und produktiver zu werden. Im vergangenen Jahr wurden in die Entwicklung und die Fertigung rund 100 Millionen Euro investiert – das waren fast 20 Prozent des Gesamtumsatzes von rund 550 Millionen Euro. Im Mai dieses Jahres soll zum Beispiel ein neuartiges Steckverbinder-System für industrielle Leiterplatten auf den Markt kommen, das gegenüber den bisherigen Lösungen deutlich handhabbarer ist und höhere Vibrationen aushält. „Mit unserem Fokus auf ständige Innovationen werden wir den Vorsprung vor Konkurrenten in aller Welt halten“, ist sich der Wago-Chef sicher.

Einstellungen Und deshalb stellt das Unternehmen auch in diesem Jahr weiter ein – trotz aller kurzfristigen Unwägbarkeiten der Märkte. 150 Leute werden noch gesucht, Entwicklungsingenieure zumeist. Man versteht das als Investition in die Zukunft. Und wenn jetzt doch noch eine globale Krisenwelle anrollt? „Dann wissen wir jetzt, wie wir bei unserem doch groß gewordenen Tanker schnell den Kurs ändern“, sagt Hohorst. Dirk Horstkötter



Wachstum – aber richtig

ENQUETE-KOMMISSION Parlament sucht nach Neudefinition

Heißt Wachstum, dass immer mehr produziert wird und Ressourcen immer schneller verbraucht werden? Nach einem neuen Wachstumsbegriff sucht die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages. In der jüngsten Sitzung des Gremiums in der vergangenen Woche definierte der Sachverständige Karl-Heinz Paqué das Wachstum samt der ihm innewohnenden technischen und wissenschaftlichen Innovationskraft als Chance, Fortschritte wie etwa ökologische Erneuerungen oder Arbeitszeitverkürzungen zu ermöglichen. Experten wie Michael Müller oder Dietmar Hexel riefen dagegen dazu auf, über negative Aspekte eines rein quantitativen Wachstums wie die Umweltbelastung und über die Frage zu diskutieren, wie sich auch bei niedrigen Wachstumsraten die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne von Wohlergehen oder ökologischer Nachhaltigkeit voranbringen lasse. Der Enquete-Kommission gehören unter dem Vorsitz von Daniela Kolbe (SPD) 17 Parlamentarier und 17 von den Fraktionen berufene Experten an. Aufgabe des Gremiums ist es, das rein ökonomisch und quantitativ ausgerichtete Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messgröße für gesellschaftliches

Wohlergehen weiterzuentwickeln und etwa um ökologische, soziale und kulturelle Kriterien zu ergänzen. Die FDP-Abgeordnete Judith Skudelyn wies die Kritik, ein dynamisches Wachstum habe negative Auswirkungen auf die Umwelt, mit dem Argument zurück, eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei für ökologische Fortschritte unabdingbar. Diese Sichtweise stieß im Oppositionslager auf Kritik. Zwar plädierte niemand für ein Nullwachstum, es müsse vielmehr eine „technisch-ökonomische Veränderungsdynamik geben“, sagte Michael Müller. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete unterstrich jedoch, dass gesellschaftliche Entwicklungsziele wie ökologische Nachhaltigkeit oder soziale Gerechtigkeit nur noch schwer mit Hilfe von Wachstum zu verwirklichen seien. Es gebe ökologische Grenzen, und überdies habe sich seit den siebziger Jahren erwiesen, dass sich die früheren hohen Wachstumsraten auch über politische Eingriffe nicht mehr erreichen ließen. Die Abgeordnete Ulla Lötzer von der Linken mahnte, es dürfe nicht sein, dass es ohne wirtschaftliches Wachstum nicht zu einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung komme. kos



Millionen Arbeitnehmer arbeiten für Niedriglöhne, oft unterhalb der Armutsgrenze. Alle Parteien wollen dies ändern – jede auf einem anderen Weg.

Schutz von Biopatenten

RECHT Die Bundesregierung soll sich für eine Konkretisierung und Änderungen der Biopatentrichtlinie einsetzen. Das fordern die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP sowie die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag (17/8344).

In einer halbstündigen Plenardebatte vergangenen Donnerstag im Bundestag legten die vier Fraktionen ihren Standpunkt dar. Klarzustellen sei unter anderem, dass keine Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren, mit diesen gezüchtete landwirtschaftliche Nutztier- und -pflanzen sowie deren Nachkommen und Produkte erteilt werden. Soweit die europäischen Vorgaben Abweichungen im nationalen Patentrecht zuließen, sei zu diesen Zwecken auch eine Änderung des deutschen Patentrechts notwendig. Für den Wissenschaftsstandort Deutschland sei die Möglichkeit, Erfindungen durch Patente zeitlich befristet zu schützen, von großer Bedeutung.

Die Linksfraktion hingegen forderte die Bundesregierung auf, ein weltweites, konsequentes Verbot der Patentierung von Leben durchzusetzen, unabhängig davon, ob es sich um klassische oder gentechnische Verfahren handelt. Zur Gentechnik in der Landwirtschaft lasse der Antrag Fragen offen, hieß es. Abschließend wurde interfraktionell die Überweisung der Vorlage an den federführenden Rechtsausschuss sowie vier mitberatende Ausschüsse vereinbart. **ver**

Debatte über Hasskriminalität

STRAFRECHT Menschenverachtende Ziele von Tätern sollen strafverschärfend berücksichtigt werden. Das fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/8131), der vergangenen Donnerstag Thema im Plenum des Bundestags war.

Insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe und Ziele eines Täters müssen nach Ansicht der Sozialdemokraten strafverschärfend berücksichtigt werden. Das Strafrecht müsse deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft Straftaten nicht duldet, die sich gegen Personen richten allein oder vorwiegend wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status. Derartige Straftaten wiesen im Vergleich zu sonstigen Gewalttaten einen erhöhten Unrechtsgehalt auf, betonten die Sozialdemokraten.

Die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle liefere der SPD-Fraktion in der Plenardebatte Argumente für die Verschärfung des Strafrechts. Die Linksfraktion hingegen lehnt den Gesetzentwurf in dieser Form ab. Sie fürchtet eine missbräuchliche Verwendung der Gesetzesbestimmungen. Auch die FDP-Fraktion sprach sich gegen den Antrag aus. Für eine Diskussion des Antrags im Rechtsausschuss plädierte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU/CSU-Fraktion hingegen will sich der Überprüfung des aktuellen Strafrechts nicht verschließen. Es müsse aber geprüft werden, ob es sich bei einer Gesetzesänderung nicht nur um ein symbolisches Gesetz handle. Im Anschluss an die halbstündige Aussprache wurde interfraktionell die Überweisung des Antrags zur Beratung in den Rechtsausschuss sowie in den Innenausschuss beschlossen. **ver**

Streit um gerechte Ernte

LOHNUNTERGRENZE Union und FDP lehnen Vorschläge der Opposition nach bundesweiter Regelung ab

Brigitte Pothmer hat mitgezählt. Die siebte Debatte zum Thema Mindestlohn führe man nun in dieser Legislaturperiode des Bundestages, stellte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion fest. Und es sei ein Ergebnis dessen, dass heute nicht mehr darüber diskutiert werde, ob man einen Mindestlohn brauche, sondern wie dieser umgesetzt werden könne, sagte Pothmer in der Debatte am vergangenen Freitag. Um das Wie einer solchen Umsetzung drehte sich folglich auch diese Aussprache, denn es standen ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (17/4665), ein Antrag der Grünen (17/7483) zur abschließenden und ein Antrag der Fraktion Die Linke (17/8026) zur ersten Beratung an. Alle drei Vorschläge fanden keine Mehrheit bei den Koalitionsfraktionen, wurden demzufolge abgewiesen oder, wie der Linken-Antrag, zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

bleiben. Eine Aufgabe, die grundsätzlich in der Vergangenheit auch zu guten Ergebnissen geführt habe, sagte Weiß. Denn derzeit würden in Deutschland vier Millionen Arbeitnehmer in Bereichen arbeiten, in denen Mindestlöhne gelten, ausgehandelt von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Gewerkschaften. „So viele Mindestlöhne gab es noch nie in Deutschland“, sagte Weiß. Die SPD dagegen gehe mit ihrem Entwurf einen anderen Weg, der einen „Misstrauensantrag gegen die Tarifpartner“ darstelle. Die SPD-Fraktion will mit ihrem Gesetzentwurf einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro brutto je Stunde einführen. Über die genaue Höhe der Lohnuntergrenze soll eine Mindestlohnkommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern entscheiden; die 8,50-Euro-Grenze dürfe sie jedoch nicht unterschreiten. Könne sich die Kommission nicht einigen, dann müsse das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Mindestlohn festsetzen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Eine Aushöhlung der Tarifautonomie sei keineswegs das Ziel seiner Fraktion, verteidigte sich Hubertus Heil (SPD). Natürlich solle es weiter der Regelfall bleiben, dass die

Tarifpartner die Löhne aushandeln. Dennoch „brauchen wir einen Mindestlohn. Es muss Schluss sein damit, dass wir mit Steuergeldern immer mehr Armutslöhne aufstocken müssen“, sagte Heil. Den jüngsten CDU-Parteitagsbeschluss, wonach Lohnuntergrenzen nur in den Bereichen festgelegt werden sollen, in denen keine Tarifverträge existieren, bezeichnete er als völlig unzureichend. Denn die „berühmte thüringische Friseurin“ bekomme trotz Tarifbindung nur einen Armutslohn, sagte Heil. Ähnlich argumentierte auch Brigitte Pothmer. Sie bemühte allerdings nicht die thüringische, sondern die sächsische Friseurin als Beispiel: „Sie können diese Frau doch nicht dafür bestrafen, dass sie in einer Branche mit Tarifbindung arbeitet“, empörte sich die Grüne in Richtung Koalition. Die Grünen machen sich in ihrem Antrag für einen allgemeinen Mindestlohn stark, allerdings vermeiden sie, eine konkrete Höhe zu benennen. Sie fordern, dass Mindestlöhne durch eine unabhängige Kommission festgelegt werden, um angemessene Arbeitsbedingungen und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Ursachenforschung Ungewohnte Einigkeit herrschte in einigen Punkten zwischen der FDP und der Linken. Beide Fraktionen warfen der SPD vor, für das rasante Ansteigen des Niedriglohnssektors seit Ende der 1990er Jahre verantwortlich zu sein. „Da hat Herr Kolb Recht. Denn Sie müssen sich schon die Frage stellen, wer hat denn da regiert?“, frag-

te der Parteivorsitzende der Linken, Klaus Ernst die SPD. Und auch in einem anderen Punkt gab er seinem Vorredner Recht. Der FDP-Arbeitsmarktexperte Heinrich Kolb hatte zuvor darauf hingewiesen, dass auch ein Stundenlohn von 8,50 Euro nach 40 Beitragsjahren nicht für eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus ausreiche.

»Grobe Skizze« Damit endeten dann aber auch die Gemeinsamkeiten. Denn während Kolb den Gesetzentwurf der SPD als „hingeschmiert“ und den Grünen-Antrag als eine

„grobe Skizze“ und als „nicht der Rede wert“ abkanzelte, bezeichnete er den Vorschlag der Linken gar als „abgedreht“. Diese fordert in ihrem Antrag nämlich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde noch in dieser Wahlperiode. Abwegig ist das für die Fraktion allein schon aus rentenpolitischen Gründen nicht. So rechnete Klaus Ernst vor, dass ein solcher Stundenlohn nötig wäre, um später 684 Euro Rente zu bekommen. Eine Summe, die auch nur knapp oberhalb der Grundsicherung liege. **Claudia Heine**



»So viele Mindestlöhne gab es noch nie in Deutschland«

Peter Weiß (CDU)

Gefahr für die Tarifautonomie Der Unions-Arbeitsmarktexperte Peter Weiß (CDU) begründete die Ablehnung seiner Fraktion mit dem Verweis auf die Tarifautonomie. Lohnpolitik gehöre nicht ins Parlament, sondern müsse Aufgabe der Tarifpartner

»Die Bürger sind keine Bittsteller«

SOZIALGESETZE Grüne wollen Rechtsanspruch der Leistungsempfänger stärken

Wer glaubt, Abgeordnete hätten den Bezug zu den Alltagsproblemen der Bürger verloren, der wurde während der Debatte über die sozialen Bürgerrechte eines Besseren belehrt. Am vergangenen Donnerstag debattierte der Bundestag über einen Antrag (17/7032), mit dem die Grünen-Fraktion mehr Rechte für Nutzer von Sozialleistungen durchsetzen will. Und gleich ihr erster Redner, Markus Kurth, hatte mehrere Beispiele aus dem Alltag parat, um zu illustrieren, wie diese Rechte oft missachtet werden. Er berichtete etwa von einem Einbeinigen, dem die Sozialbehörden die Finanzierung einer Prothese verweigerten, woraufhin es zu einem 15monatigen Rechtsstreit kam. Sozialleistungsträger befänden sich auf einem gefährlichen Weg in die Rechtlosigkeit, beklagte Kurth deshalb. „Die Verweigerung von Leistungen gehört zum System“, fügte der Sozialpolitiker hinzu. Hier habe es in den vergangenen Jahren eine „dramatische Zunahme“ gegeben. Bürger würden zu Bittstellern und die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme werde geschwächt.

gegenüber Leistungsträgern verbessert und vorhandene Beratungsstrukturen zu einer trägerunabhängigen Beratungsinstanz weiterentwickelt werden. Leistungsberechtigte sollten einen Rechtsanspruch auf Aufstellung eines Hilfeplanes erhalten. Bezogen auf das Sozialprozessrecht verlangen die Abgeordneten, die Sozialgerichtsbarkeit als eigenständigen Gerichtszweig zu erhalten.



Undurchsichtiger Paragrafendschungel

Für die Union dokumentiert der Vorstoß „eine gewisse Themennote der Grünen“. Einen dringenden Handlungsbedarf könne er nicht erkennen, betonte Johann Wadepuhl (CDU). Bei mehr als 3.000 Paragrafen in den Sozialgesetzbüchern sei nicht für jeden Fall eine „wasserdichte Lösung“ zu finden. Pascal Kober (FDP) sagte, es sei wichtig, so viele Menschen wie möglich aus der Abhängigkeit des Sozialstaates zu befreien. Außerdem müssten die Mitarbeiter der Behörden etwa durch entsprechende Ausbildungschancen besser unterstützt werden.

„Wenn wir über soziale Bürgerrechte diskutieren, dann geht es darum, dass Menschen nicht Bittsteller sind“, betonte Anette Krammer (SPD). Hier gebe es tatsächlich „Verbesserungsbedarf“. Sie unterstützte die Vorschläge für eine bessere Beratung und den Erhalt einer eigenen Sozialgerichtsbarkeit. Matthias W. Birkwald (Die Linke) betonte: „Ein würdevolles Leben kann der Mensch nur in Freiheit führen“. Damit meine er aber nicht die Freiheit der Märkte, sondern eine Freiheit, die vor staatlicher Willkür schützt. Denn die Freiheit der Armen, sich als Bittsteller an den Staat zu wenden, sei eine „würdelose Freiheit“. Ohne soziale Rechte blieben Freiheit und Würde nur eine Möglichkeit, die viele sich hierzulande nicht leisten könnten. **che**

Regelung zu Sponsorengeldern geplant

RECHENSCHAFTSBERICHTE Einnahmen der Bundestagsparteien 2009 insgesamt gestiegen

Der Umgang mit Sponsorengeldern für Parteien soll nach dem Willen der Bundestagsfraktionen gesetzlich geregelt werden. Eine entsprechende Übereinkunft wurde in der vergangenen Woche im Ältestenrat des Parlaments erzielt. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hatte in seinem Ende vergangenen Monats vorgelegten Parteienfinanzierungsbericht angeregt zu prüfen, ob eine gesonderte Darstellung von Sponsoring-Einnahmen in den Rechenschaftsberichten der Parteien zur Erhöhung der Transparenz beitragen könnte.

Rund 479 Millionen Euro Wie aus dem als Unterrichtung (17/8200) durch den Bundestagspräsidenten vorgelegten Bericht über die Rechenschaftsberichte 2008 und 2009 der Parteien sowie über die Entwicklung der Parteienfinanzierung hervorgeht, verzeichneten die sechs im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien im Jahr 2009 Gesamteinnahmen von zusammen rund 479 Millionen Euro. Im Jahr zuvor hatten sich die Gesamteinnahmen von CDU, CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen noch auf rund 450 Millionen Euro summiert.

Der Unterrichtung zufolge kam die SPD 2009 auf Gesamteinnahmen in Höhe von 173,32 Millionen Euro und damit auf

ein Plus von 3,47 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die CDU erzielte laut Bericht 2009 mit Gesamteinnahmen von knapp 162,73 Millionen Euro einen Anstieg um 9,97 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die CSU verbuchte im Jahr 2009 mit Gesamteinnahmen von gut 41,97 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2008 einen Rückgang von 16,93 Prozent.

Die FDP verzeichnete 2009 Gesamteinnahmen in Höhe von mehr als 43,25 Millionen Euro und damit eine Steigerung um 35,49 Prozent, wie aus der Vorlage weiter hervorgeht. Die Grünen konnten den Angaben zufolge 2009 ihre Gesamteinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 11,61 Prozent auf gut 30,55 Millionen Euro steigern. Die Linke erzielte 2009 laut Bericht Gesamteinnahmen in Höhe von 27,26 Millionen Euro und damit ein Plus von 8,24 Prozent im Vergleich zu 2008.

Wichtigste Einnahmequellen Die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie die Spenden und die Mittel der staatlichen Teilfinanzierung sind dem Bericht zufolge durchgängig die wichtigsten Einnahmequellen der Parteien: „Sie umfassten im Jahr 2009 bei den Bundestagsparteien zwischen etwa 70 und 90 Prozent der Gesamteinnahmen“, heißt es in der Unterrichtung.

Dabei entfielen von den Gesamteinnahmen der CDU 2009 der Unterrichtung zufolge 25,8 Prozent auf staatliche Mittel, 25,4 Prozent auf Mitgliedsbeiträge, 25,3 Prozent auf Spenden und 11,3 Prozent auf Mandatsträgerbeiträge. Die Gesamteinnahmen der CSU kamen zu 27,9 Prozent aus staatlichen Mitteln, zu 22,3 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, zu 21,6 Prozent aus Spenden und zu 7,2 Prozent aus Mandatsträgerbeiträgen. Bei den Sozialdemokraten trugen die Mitgliedsbeiträge 2009 laut Bericht zu 26,6 Prozent der Gesamteinnahmen bei, die staatlichen Mittel zu 22,9 Prozent, die Mandatsträgerbeiträge zu 12,9 Prozent und Spenden zu 10,8 Prozent. Bei der FDP machten 2009 die Spenden 37,4 Prozent der Gesamteinnahmen aus, die staatlichen Mittel 29,2 Prozent, die Mitgliedsbeiträge 18,1 Prozent und die Mandatsträgerbeiträge 6,0 Prozent. Von den Gesamteinnahmen der Partei Die Linke entfielen 39,3 Prozent auf staatliche Mittel, 36,6 Prozent auf Mitgliedsbeiträge, 10,6 Prozent auf Spenden und 9,9 Prozent auf Mandatsträgerbeiträge. Von den Gesamteinnahmen der Grünen waren 36,3 Prozent staatliche Mittel, 19,6 Prozent Mitgliedsbeiträge, 18,7 Prozent Mandatsträgerbeiträge und 17,8 Prozent Spenden. **Helmut Stoltenberg**

Kampf gegen die Pfunde

SPORT Wenn die überzähligen Kilos erstmal da sind, ist es sehr schwer sie wieder loszuwerden. Der Kampf gegen Adipositas (Fettleibigkeit) muss daher früh beginnen – am besten schon im Kindergartenalter. Diese Ansicht vertrat die Sportwissenschaftlerin Renate Zimmer von der Universität Osnabrück während der Sitzung des Sportausschusses am vergangenen Mittwoch. Übergewicht sei nicht nur ein medizinisches Problem, sondern Sorge auch für ein fehlendes Selbstwertgefühl, betonte sie.

Ebenso wie der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, Michael Vesper, betonte Zimmer die Bedeutung des Sports im Rahmen der Prävention. „Kinder wollen sich bewegen, wenn man sie denn lässt“, sagte Vesper. Die Sportvereine böten dafür entsprechende Angebote. Es sei die Tendenz zu beobachten, dass immer mehr Übergewichtige den Weg in die Sportvereine finden, sagte Vesper. Das sei auch ein Erfolg von Projekten wie „Schwer mobil“.

Die Sportwissenschaftlerin Zimmer steht nach eigenem Bekunden solchen „Etikettierungen“ skeptisch gegenüber. Damit werde das Thema negativ besetzt. Sie forderte mehr „allgemeine“ Sportangebote. Oftmals müssten sich die Kinder entscheiden, ob sie Fußball oder Handball spielen, oder zum Schwimmen oder Turnen gehen wollen. Besser sei es, eine Art „Unisportangebot“ zu machen: „Einmal wird Basketball gespielt, dann wieder geschwommen oder geturnt.“ Auf die Problematik der Arteriosklerose bei Kindern und Jugendlichen wies der Göttinger Kardiologe Martin Hulpke-Wette hin. Bluthochdruck werde bei dieser Altersgruppe viel zu selten erkannt, sagte er. Dabei bestünden gerade hier gute Chancen auf eine erfolgreiche Behandlung. In Sportvereinen müssten Kinder zunächst medizinisch untersucht werden. Gerade Leistungssport sei für Kinder mit Bluthochdruck eine Gefahr, warnte er. *hau*



Die neuen Alten heißen „Silver Surfer“ oder „Best Ager“. Der Bundestag diskutiert, wie die Potenziale des Alters zu nutzen sind.

Beachparty statt Seniorenrenteller

ALTER Die Generation 60plus ist viel fitter als vielfach angenommen. Die Koalition will das Bewusstsein dafür schärfen

Für die US-amerikanische Schauspielerin Joan Collins, inzwischen 78 Jahre alt, ist die Sache klar: „Alter ist irrelevant, es sei denn, du bist eine Flasche Wein.“ Doch so gelassen gehen nur wenige Menschen mit dem Thema um. Geht es um ältere Menschen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues (CDU), am vergangenen Donnerstag im Bundestag, herrsche allzu häufig die Wahrnehmung von Krankheit und Gebrechlichkeit vor. Lebensfreude, Humor und Abenteuerlust stünden nicht im Mittelpunkt. Es sei „nicht selbstverständlich, das Herbstgold zu sehen“, betonte Kues.

Das soll sich ändern – und zwar nicht nur in den Köpfen der älteren Menschen selbst, sondern in der gesamten Gesellschaft. Man müsse die „Altersbilder positiv fortentwickeln“, heißt es in einem Antrag der Koalitionsfraktionen (17/8345), der zur Beratung in den Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend überwiesen wurde. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zur Verbreitung positiver Altersbilder zu ergreifen, verstärkt die Potenziale der zweiten Lebenshälfte zu aktivieren und an die Kommunen zu appellieren, eine Infrastruktur auch für das bürgerliche Engagement Ältere zu gestalten.

Vielfalt der Lebensformen Diese Erkenntnis fußt auf den Ergebnissen des Sechsten Altenberichts (17/3815), der ebenfalls zur weiteren Beratung an den Familienausschuss überwiesen wurde. Danach beruhen „aktuell vorherrschende Altersbilder noch auf der Wahrnehmung früherer Generationen“. Die Vielfalt der Lebensformen und „gerade auch die Stärken der älteren Menschen von heute“ würden „damit nicht widerspiegelt und somit auch in ihrer Entfaltung gehindert“. Welches Bild in einer Gesellschaft vom Alter herrsche, sei aber auch wichtig für die heute Jungen: Das wirke sich auf verschiedene Lebensbereiche aus, denn es definiere, welche Rollen älteren Men-

schens in der Gesellschaft offen stehen und was von ihnen in diesen Rollen erwartet wird. Denn: Wer heute ein Bild vom Alter hat, in dem man sich bestenfalls am Seniorenclub erfreut, der wird für sich selbst kaum für möglich halten, mit 60plus an Beachpartys teilzunehmen.

Wille zu Engagement Wie aus dem Bericht hervorgeht, verbinden viele mit dem Alter in erster Linie die Angst vor Pflegebedürftigkeit, Abhängigkeit und Demenz. Dabei, das stellen Union und FDP in ihrem Antrag heraus, seien die meisten Menschen zwischen 60 und 80 Jahren heute geistig und körperlich fit, viele könnten und wollten sich engagieren oder auch über die Grenze von 67 Jahren hinaus arbeiten. Alter solle deshalb nicht einseitig, sondern so dargestellt werden, dass die „vielfältig vorhandenen Stärken älterer Menschen deutlich werden“.

Die Koalition sieht sich bei der Implementierung dieser neuen, realistischeren Bilder vom Alter auf dem richtigen Weg. Beispielsweise sei es eine Erfolgsgeschichte, dass der Bundesfreiwilligendienst für Senioren geöffnet wurde, unterstrich Hermann Kues. Auch die Mehrgenerationenhäuser hätten sich bewährt. Mit der Pflegezeit, die es Arbeitnehmern ermöglicht, sich für bestimmte Zeit von der Arbeit freustellen zu lassen, um Angehörige zu pflegen, habe Schwarz-Gelb eine „Lösung für einen erheblichen Teil der Bevölkerung hinzubekommen“ und stärke den Zusammenhalt der Generationen. FDP-Familienexpertin Nicole Bracht-Bend sagte an, die Koalition werde bestehende Altersgrenzen daraufhin überprüfen, ob sie nötig seien. Für die Union betonte Norbert Geis (CSU), man kenne die Leistungsfähigkeit der Älteren von vielen Beispielen aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur. Sie würden aber noch zu sehr „als Ausnahmen gesehen“. Geis kündigte an, über eine Wiederauflage der Eigenheimzulage nachzudenken – wenn man wolle, dass Familien ihre Eltern „heimholen können“, müsse ihnen auch ein Leben mit genügend Platz ermöglicht werden.

Auch die Opposition ist davon überzeugt, dass viele ältere Menschen noch viel leisten wollen – sie wirft der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) allerdings Versagen dabei vor, eine geeignete Altenpolitik zu entwickeln. Der Altenbericht sensibilisiere zwar, sagte Petra Crone (SPD), es vermisse allerdings eine konkrete Handlungsempfehlung an die Politik. Das zuständige Ministerium kürze und streiche überall und setze dabei auf eine „auch aufgezogene Freiwilligkeit“. Ältere bräuchten zwar keine Bevormundung, wohl aber „Stütze und Begleitung“. Die Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfenberg betonte, notwendig sei eine „aktive Altenpolitik“ – die Leitung des Familienministeriums, wo diese eigentlich gemacht werden müsse, sei aber „ein Desaster“. Ministerin Schröder „möge sich durch ihr Amt“, indem sie auf „lustlose Appelle und freiwillige Selbstverpflichtungen“ setze.

Armut ausgeblendet Noch heftigere Kritik kam von der Linksfraction: Sie stellt die gesamte Intention des Altenberichts in Frage. Die Regierung entwerfe das Bild des 75-jährigen fitten, wohlhabenden Rentners als „Prototyp aktiven Alters“ und blende dabei diejenigen älteren Menschen aus, die ihren Lebensabend in Armut und Krankheit verbringen müssten. Ihre Fraktion, sagte Linken-Parlamentarierin Heidrun Dittrich, verweigere sich dem „Zwang zur Erwerbstätigkeit“, den die Regierung als „gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit“ verkaufe und setze auf ein Konzept der solidarischen Mindestrente. Die „Leistungsminde-“ älterer Menschen sei Realität; es sei nicht selbstverständlich, dass Menschen das vorgegebene Ruhestandsalter von 67 erreichten. Unter den Abgeordneten selbst dürfte diese Interpretation auf Unverständnis stoßen: 37 der insgesamt 620 Abgeordneten sind 67 Jahre und älter. *Susanne Kailitz*

Mehr zum Thema unter: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aeltere-menschen.html

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Folgen aus Brustimplantate-Skandal

GESUNDHEIT Die Bundesregierung schließt Konsequenzen aus dem Skandal fehlerhafter Brustimplantate nicht aus. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Ulrike Flach (FDP), sagte in der Fragestunde des Bundestages am Mittwoch, sie denke, dass die Regierung gemeinsam mit den Ländern „zu einer Verschärfung der Kontrollen kommen“ werde. Zuvor hatte die Regierung bereits im Gesundheitsausschuss deutlich gemacht, dass sie eine bessere Überwachung der Medizinprodukteherstellung erwäge. „Kriminellen Handlungen“ wie im Fall der minderwertigen Silikonkissen der französischen Firma Poly Implant Prothèse (PIP) sei nicht mit dem Zulassungsrecht beizukommen, erläuterte die Regierung im Ausschuss. Ausdrückliche Unterstützung erhielt die Regierung in diesem Punkt von den Koalitionsfraktionen. Auf die Frage der Oppositionsfraktionen, ob die Frauen, denen fehlerhafte Silikonkissen implantiert wurden, die Kosten der Explantation tra-

gen müssen, hieß es seitens der Regierung, die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen die Kosten für die Entfernung von Brustimplantaten, wenn von diesen eine Gesundheitsgefährdung ausgehe. Nach der Empfehlung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) liege eine solche Gesundheitsgefährdung bei den Produkten der Firma PIP sowie des niederländischen Herstellers Rofil Medical vor. Bei der Kostenübernahme für die Implantatsentnahme komme es nicht darauf an, ob die Implantation aus medizinischen Gründen oder als eine Schönheitsoperation erfolgte. Die Regierung wies darauf hin, dass die Krankenkassen die Betroffenen laut Sozialgesetzbuch in angemessener Höhe an den Kosten beteiligen müssen, wenn die Implantation nicht aus medizinischen Gründen erfolgte. Das BfArM führte weiter aus, dass eine gesicherte Zahl der in Deutschland von dem PIP-Skandal betroffenen Frauen nicht vor Mitte Februar vorliegen werde. *mpi*

Streit über Jugendprogramme

FAMILIE Die SPD-Fraktion und die Linksfraction haben keine Mehrheit für ihre Anträge zur Rücknahme von Mittelkürzungen bei den Jugendprogrammen „Schulverweigerung – Die zweite Chance“ und „Kompetenzagenturen“ bekommen. Der Bundestag lehnte die beiden Anträge (17/6103, 17/6393) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP am vergangenen Donnerstag mehrheitlich ab. Die Sozialdemokraten und Linken hatten die Bundesregierung aufgefordert, die geplanten Kürzungen der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zurückzunehmen. Nach Ansicht der SPD benötigen die beiden Programme in den Jahren 2011 bis 2013 mindestens 112 Millionen Euro aus ESF-Mitteln. Die beiden Programme seien unverzichtbare Angebote der Jugendhilfe zur sozialen, schulischen und beruf-

lichen Integration benachteiligter Jugendlicher, argumentierten die Oppositionsfraktionen. Zudem forderten sie, die 20-prozentige Kofinanzierung der beiden Programme aus Bundesmitteln nach dem zweiten und dritten Sozialgesetzbuch weiter zu führen. Auch CDU/CSU und FDP bewerteten die Programme als Erfolg. Deshalb sei es richtig, dass sie fortgeführt werden. Dafür stünden 80 Millionen Euro zur Verfügung. Von einer Mittelkürzung könne auch nicht die Rede sein. Nach Ablauf der zurückliegenden Programmphase bis 2011 seien im Ausschreibungs- und Bewilligungsverfahren für die neue Programmphase bis 2013 neue Akzente gesetzt worden. Künftig werde es 181 Kompetenzagenturen und 191 Standorte für das Schulverweigerer-Programm geben. *aw*

Kinderschutz nicht im Grundgesetz

FAMILIE Die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihren Forderungen nach einer Aufnahme des Kinderschutzes in das Grundgesetz und nach Änderungen asyl- und ausländerrechtlicher Regelungen gemäß der UN-Kinderrechtskonvention gescheitert. Der Bundestag lehnte die entsprechenden Anträge der Linken (17/7643, 17/7644) und der Grünen (17/7187) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP gegen das Votum der Opposition mehrheitlich ab. Nach Ansicht von Union und Liberalen führt die ausdrückliche Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz zu keiner Verbesserung, da Kinder auch nach geltender Verfassungslage Träger von Grundrechten seien. Zudem hätte die Koalition bereits vielfältige Verbesserungen der Kinderrechte bewirkt – etwa durch das Bundes-

Kinderschutzgesetz und die Änderung des Immissionschutzgesetzes, wonach Kinderlärm nicht mehr als „schädliche Umwelteinwirkung“ behandelt werden dürfe. Außerdem werde Deutschland voraussichtlich dieses Jahr das Zusatzprotokoll der Vereinten Nationen zur Einführung eines Individualbeschwerderechts für Kinder ratifizieren. Die Opposition verwies auf die Entschließung des Bundesrates, nach der Kinderrechte in der Verfassung verankert werden sollen. Auch in den Landesverfassungen seien vielfach Kinderrechte verankert worden. Die Linksfraction und Bündnis 90/Die Grünen forderten in ihren Anträgen zudem, dass inländische und ausländische Kinder gemäß der UN-Kinderrechtskonvention rechtlich gleichgestellt werden. Zudem müsse die Abschiebung von minderjährigen Flüchtlingen beendet werden. *aw*

Parlament will Aufklärung

NEONAZIS Alle Fraktionen für Untersuchungsausschuss

Der Bundestag wird voraussichtlich am Donnerstag dieser Woche die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu der im vergangenen November bekanntgewordenen Mordserie von Neonazis beschließen. Auf die Einrichtung des Untersuchungsausschusses, der auch einen Sonderermittler einsetzen können soll, hatten sich die Parlamentarischen Geschäftsführer aller fünf Bundestagsfraktionen verständigt. Zudem soll eine Expertenkommission mit Vertretern von Bund und Ländern zur Aufarbeitung möglicher Ermittlungspannen rund um die Mordserie beitragen. Auch der Thüringer Landtag berät in dieser Woche über einen Antrag aller Fraktionen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu der Neonazi-Zelle. Sie soll für die Morde an mindestens neun türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern sowie einer Polizistin verantwortlich sein. Der Bundestag hatte Ende November einstimmig die Morde entschie-

den verurteilt und sich entschlossen gezeigt, „sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabhängigen Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen“. Dazu sei eine „umfassende Fehleranalyse unverzichtbar“, hieß es in der von allen Fraktionen vorgelegten Erklärung.

Mitgliederzahl umstritten Vorsitzender des Untersuchungsausschusses soll der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy werden, der in der vergangenen Legislaturperiode den Vorsitz des Innenausschusses innehatte (siehe Seite 1). Auf Kritik bei der Linken- und der Grünen-Fraktion stieß vergangene Woche die geplante Zusammenfassung des Untersuchungsausschusses. Dem Gremium sollen danach neben vier Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion und drei SPD-Parlamentariern zwei Vertreter der FDP-Fraktion sowie je ein Mitglied der Linken- und der Grünen-Fraktion angehören. Für Die Linke monierte ihre Innenexpertin Petra Pau, ihre und die Grünen-Fraktion stellten dann „zusammen weniger als 25 Prozent“ und könnten damit „nicht einmal Anträge durchsetzen“. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck, sprach sich dafür aus, dass der Ausschuss acht oder 15 Mitglieder haben solle. In beiden Fällen hätten auch die Vertreter der Linken- und der Grünen-Fraktion in dem Ausschuss ein eigenständiges Beweisstragsrecht. *Helmut Stoltenberg*



Kritik an geplanter Ausschussgröße: Petra Pau (Linke)

KURZ NOTIERT

Grüne fordern schärferes Waffenrecht

Der Umgang mit halbautomatischen kriegswaffenähnlichen Schusswaffen soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion verboten werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/7732) überwies der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse. Darin schreiben die Grünen-Abgeordneten, der Massenmord auf der norwegischen Insel Utøya im Sommer 2011 habe „auf brutale Weise vor Augen geführt, welches Unheil mit halbautomatischen Schusswaffen, die vollautomatischen Kriegswaffen nachgebaut sind, im Falle eines Missbrauchs angerichtet werden kann“. Dabei sei diese Art von Schusswaffen weder für den Schießsport noch für die Jagd erforderlich. Durch eine gesetzliche Regelung, die „den Umgang mit halbautomatischen Schusswaffen verbietet, die den Anschein einer vollautomatischen Kriegswaffe erwecken“ und zum Schießsport beziehungsweise zur Jagd nicht geeignet oder nicht erforderlich sind, könne „die Gefahr eines Missbrauchs maßgeblich eingedämmt werden“. *sto*

Hessen soll einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten

Bei der nächsten Bundestagswahl soll Hessen einen Wahlkreis mehr als bisher und Mecklenburg-Vorpommern einen weniger haben. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und FDP (17/8350) zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vor, den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung behandelte. Danach soll Hessen künftig 22 statt bisher 21 Wahlkreise umfassen und Mecklenburg-Vorpommern sechs statt sieben. Aufgrund der seit der jüngsten Änderung der Einteilung der 299 Wahlkreise im Jahr 2008 erfolgten Bevölkerungsentwicklung sei „für die Wahl des 18. Deutschen Bundestages die Umverteilung eines Wahlkreises von Mecklenburg-Vorpommern nach Hessen erforderlich“, heißt es in der Vorlage. Hessen verzeichne einen stetigen Bevölkerungszuwachs, Mecklenburg-Vorpommern hingegen einen stetigen Bevölkerungsrückgang. *sto*

Kontrollgremium legt Tätigkeitsbericht vor

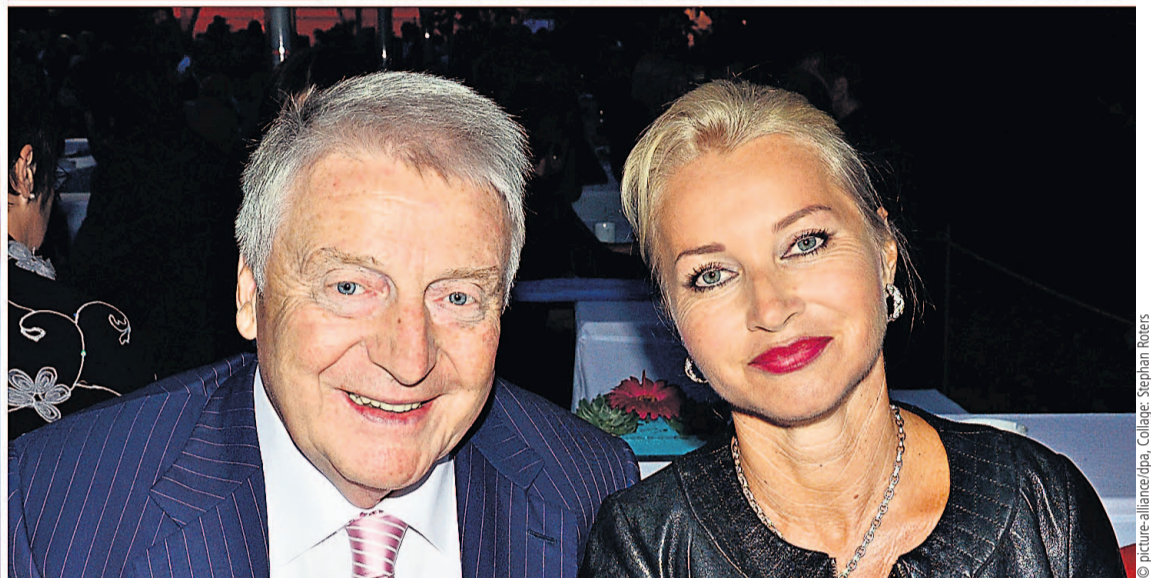
Das Parlamentarische Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes hat seinen Tätigkeitsbericht für den Zeitraum vom September 2009 bis Oktober 2011 vorgelegt. Wie aus der Unterrichtung (17/8247) hervorgeht, stellte sich thematisch auch in diesem Zeitraum die Bekämpfung des internationalen Terrorismus als zentrale Aufgabe der deutschen Sicherheitsbehörden dar. Weitere Schwerpunkte seien die Piraterie vor der Küste Somalias, der politische Extremismus in Deutschland sowie Proliferation, Spionageabwehr und die Cybersicherheit gewesen. Im Berichtszeitraum hat laut Vorlage „die Bundesregierung – soweit dies für das Gremium ersichtlich war – in der überwiegenden Zahl der Fälle angemessen, zeitnah und im gebotenen Umfang über die relevanten nachrichtendienstlichen Vorgänge unterrichtet“. *sto*

Adoptionsrecht in Lebenspartnerschaften

Ob Menschen in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das adoptierte Kind ihres Partners ebenfalls adoptieren dürfen, wird derzeit geprüft. Dabei werde auch der Ausgang zweier beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Verfahren von Bedeutung sein, teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/8248) auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/4112) mit. Das Bürgerliche Gesetzbuch sieht die Möglichkeit vor, ein von dem Ehepartner adoptiertes Kind zu adoptieren. Das Lebenspartnerschaftsgesetz sehe diese Möglichkeit für Schwule und Lesben bisher nicht vor. Das „Europäische Abkommen über die Adoption von Kindern“ vom Herbst 2008 überlasse den Staaten die Entscheidung, in einer stabilen Partnerschaft zusammenlebenden, homosexuellen Paaren die Adoption eines Kindes zu ermöglichen, schreibt die Bundesregierung in der Antwort. *bob*

Vorschläge zum Schutz in Gefahrenlagen

„Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Prävention und Linderung der Folgen einer Gefahrenlage sowie zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen“ werden im vierten „Gefahrenbericht der Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung beim Bundesministerium des Inneren“ benannt. Der als Unterrichtung (17/8100) vorgelegte Bericht enthält eine Zusammenfassung der Beurteilung der Kommission zu Gefahren und Risiken für die Bevölkerung. In der Vorlage wird die derzeitige Situation in Deutschland „bezüglich verschiedener Gefahren, Risiken und Wirkungen beschrieben“ und es werden Empfehlungen für Maßnahmen zu ihrer Bewältigung gegeben. *sto*



Die Kredite der Unternehmerrätin Edith Geerrens (unten rechts mit ihrem Mann Egon) und der BW-Bank für sein Privathaus (oben rechts) haben Bundespräsident Christian Wulff (oben links) viel Ärger eingebracht.

Dicke Luft im Landtag

AFFÄRE Niedersachsens Parlament streitet drei Tage lang über die Vorwürfe gegen Christian Wulff

Die Stimmung war angespannt wie selten zuvor, der Ministerpräsident saß mit versteinerter Miene auf seinem Platz, und aus den Reihen der Opposition wurden wütende Zwischenrufe laut. Im niedersächsischen Landtag war in der vergangenen Woche die Welt nicht mehr in Ordnung. Drei Tage lang debattierten die Abgeordneten über die Frage, ob Niedersachsens früherer Regierungschef Christian Wulff, der heutige Bundespräsident, das Parlament vor anderthalb Jahren belogen hat. Wollte Wulff verschleiern, dass er sich von guten Freunden aus der Wirtschaft hatte einladen lassen? Wenn das so wäre, hätte er gegen die Landesverfassung verstoßen, die von der Regierung wahrhaftige Auskünfte gegenüber dem Parlament verlangt.

Wirbel um Glaeseker Außerdem geht es um den Vorwurf, Wulff habe die Regeln der Zurückhaltung bei der Annahme von Vergünstigungen missachtet. Das Ministergesetz in Niedersachsen verlangt, dass Regierungsmitglieder keine Geschenke „in Bezug auf ihr Amt“ annehmen dürfen. Nun gibt es aber etliche Urlaubsreisen, Kreditannahmen und Einladungen zu kostengünstigen Hotelübernachtungen aus Wulffs Ministerpräsidentenzeit. Manche Einladende waren Unternehmer, die mit Wulff auch in seiner Eigenschaft als Regierungschef zu tun hatten. Dies könnte ein Verstoß gegen das Ministergesetz sein. Mit drei unterschiedlichen parlamentarischen Mitteln versuchte die Opposition von

SPD, Grünen und Die Linke, von der schwarz-gelben Landesregierung mehr zu Wulffs möglichen Verfehlungen zu erfahren. Begonnen wurde in einer Aktuellen Stunde mit dem Austausch von Positionen. SPD und Grüne warfen CDU und FDP vor, sich schützend vor Wulff zu stellen und Rechtsverstoße des heutigen Bundespräsidenten zu bagatellisieren. So hatte die Landesregierung unter Wulff 2010 auf eine SPD-Frage bestritten, dass Mitarbeiter der Staatskanzlei an der Organisation des „Nord-Süd-Dialogs“ 2009, einer Glamour-Veranstaltung mit Wirtschafts- und Showgrößen, beteiligt gewesen waren. Wulff war damals ein Schirmherr, der andere war Baden-Württembergs damaliger Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU). Inzwischen aber mehrten sich Hinweise, dass Wulffs engster Vertrauter und damaliger Regierungssprecher Olaf Glaeseker sich sehr wohl bei der Vorbereitung dieses Treffens engagiert hatte.

Hausrücksuchung Glaeseker unterstützte damals den Veranstalter Manfred Schmidt, der mit dieser Show-Veranstaltung einen sechsstelligen Gewinn gemacht haben soll. Weil Glaeseker möglicherweise im Gegenzug kostenlos Urlaub in Schmidts Ferienmotel machen durfte, ermittelt die Staatsanwaltschaft Hannover jetzt wegen Bestechlichkeit. Glaesekers Haus wurde durchsucht. Aus diesen Zusammenhängen erhärtet sich nun der Verdacht, die Regierung habe den Landtag 2010 bei Nachfragen zum „Nord-Süd-Dialog“ falsch informiert. Die Opposition spürte diesem Widerspruch nach und versuchte, mit dem Instrument

der „dringlichen Anfrage“ an die Regierung die Zusammenhänge aufzuhellen. Ministerpräsident David McAllister, der mit den Vorgängen um Wulff wenig zu tun haben möchte, schickte seinen Finanzminister Hartmut Möllring (beide CDU) vor. Allgemein wurde eine vorsichtige Distanzierung

Wulff könne zur Folge haben, dass die ganze CDU in Mithaftung für mögliche Verfehlungen des heutigen Staatsoberhauptes gezogen werden könnte. Doch Möllring entschied sich anders, bestritt Verstöße gegen das Ministergesetz ebenso wie falsche Auskünfte der Regierung vor dem Landtag.



Abstimmung über den SPD-Missbilligungsantrag am vergangenen Freitag im Landtag

zu Wulff und Glaeseker erwartet, ein Abrücken von den umstrittenen Verhaltensweisen Wulffs. Dies hätten Teile der Niedersachsen-CDU auch taktisch für richtig empfunden, denn schon 2013 ist die nächste Landtagswahl. In McAllisters Umgebung wird befürchtet, eine allzu große Treue zu

Schon einen Tag später musste Möllring sich allerdings korrigieren. Medien hatten berichtet, dass Glaeseker bei der Vorbereitung des „Nord-Süd-Dialogs“ wohl auch Hilfskräfte der Medizinischen Hochschule Hannover geordert hatte. Damit schien klar, dass Möllrings Aussage vom Tag zuvor, das Land

habe sich nicht finanziell an der Veranstaltung beteiligt, nicht mehr haltbar ist. Just am Morgen des dritten Tages der Parlamentswoche wurden diese Vorgänge bekannt – und dies war der Tag, an dem SPD und Linke mit eigenen Entschließungsanträgen vorgeschritten waren: Die SPD wollte die Missbilligung des Verhaltens von Wulff durchsetzen, Die Linke forderte einen Untersuchungsausschuss zur Aufhellung der Vorgänge. Ein solcher Ausschuss sei das einzige noch mögliche parlamentarische Mittel, erläuterte Linksfraktionschef Hans-Henning Adler. Es sei in einem solchen Gremium nämlich möglich, Zeugen zu vernahmen und zu vereidigen, Akten einzusehen und sich in aller Öffentlichkeit ein Bild über die Berechtigung der Vorwürfe zu machen. Der Widerspruch zwischen den Darstellungen der Opposition, Wulff habe gegen Gesetze verstoßen, und den gegenteiligen Behauptungen der Regierung sei so nachprüfbar.

Während der SPD-Antrag abgelehnt wurde, entscheidet der Landtag erst im Februar über den Untersuchungsausschuss. Schon in den drei Sitzungstagen der vergangenen Woche spitzte sich die Stimmung im Parlament immer mehr zu, am Freitag kam es fast zu Tumulten. Auf Sitzungsunterbrechungen und persönlichen Erklärungen folgten wütende Angriffe und Gegenangriffe. Das Thema Wulff, der längst nicht mehr in Hannover tätig ist, zieht Niedersachsens Landtag tief in Mitleidenschaft. *Klaus Wallbaum*

Der Autor ist landespolitischer Korrespondent der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“.

Duell zweier Zugewandter

SAARLAND Bei den Neuwahlen zeichnet sich eine Mehrheit für eine Große Koalition ab. Die Linke bietet sich der SPD als Partner an

Es ist ein erstaunliches Bild, das Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Heiko Maas (SPD) vermitteln. Obwohl die Sondierungsgespräche der Ministerpräsidentin und des SPD-Fraktionschefs über eine Große Koalition im Saarland gescheitert sind, übten sich beide in Harmonie, als sie vergangenen Donnerstag Neuwahlen bekanntgaben. Übereinstimmend begründeten beide auch die Entscheidung, an der Saar nach der Aufkündigung der „Jamaika“-Koalition mit FDP und Grünen durch Kramp-Karrenbauer Neuwahlen anzuberaumen. Angesichts der „großen strukturellen Probleme“ des Landes „braucht eine Regierung eine Legitimation für fünf Jahre“, sagte die CDU-Politikerin. Die SPD sei an stabilen Verhältnissen interessiert, assistierte Maas, derzeit hätte eine Große Koalition den „Charakter einer Übergangsregierung“. So entsteht der Eindruck, eigentlich seien Union und SPD zur Elefantenhochzeit entschlossen – nur nicht jetzt, sondern später. Aber ist dieses Bündnis tatsächlich ein Selbstläufer mit einem Wahlkampf als Vorspiel? Solche Rechnungen lassen den Chef der saarländischen Linksfraktionschef, Oskar Lafontaine, außer Acht, der dieses Techtelmechtel auf die Probe stellen dürfte. Der saarländische Landtag wird voraussichtlich noch in dieser Woche den Weg für

Neuwahlen frei machen. Das Landtagspräsidium will den Termin für eine Sondersitzung zur Auflösung des Parlaments an diesem Montag festlegen. Als Wahltermin gilt der 25. März als wahrscheinlich.

Inhaltliche Konflikte Jamaika, einst als innovatives Modell gepriesen, ist schon fast abgehakt. An die Wand gefahren hat diese Konstellation vor allem die Saar-FDP mit ei-

ner personellen Harakiri-Show der Extraklasse. Doch diese Querelen verdecken, dass auch die inhaltlichen Konflikte der drei Parteien in den vergangenen Monaten zugenommen hatten, etwa in der Industrie-, der Energie- und der Verkehrspolitik. Gleichwohl zeterte Grünen-Saarchef Hubert Ulrich, der diese Koalition nach wie vor für „richtig“ hält, es habe keinen Grund für ein vorzeitiges Ende des Bündnisses gegeben.

Nach dem Aus für Jamaika vor gut zwei Wochen strebte die CDU mit Verve eine große Koalition an, um an der Macht bleiben zu können. Die Christdemokraten waren bereit, der SPD weit entgegenzukommen. Die Gespräche hätten auch „viele Gemeinsamkeiten“ und „große inhaltliche Schnittmengen“ offenbart, bilanzierte Kramp-Karrenbauer, es gebe keine Unterschiede, „die nicht vernünftig miteinander zu besprechen wären“. In der Tat traten bei zentralen Themen wie Wirtschaft, Industrie und Energie keine unüberbrückbaren Gegensätze zutage. Differenzen zur Gemeinschaftsschule wären wohl ebenso zu überwinden gewesen wie Meinungsunterschiede beim Tariffreugesetz. Es existierten „viele gute Gründe für eine große Koalition“, sagte Maas. Doch der SPD-Chef hatte in seiner Partei den Widerstand gegen ein solches Bündnis und den Ruf nach Neuwahlen zunächst unterschätzt. Dann zog Maas die Notbremse und baute in die Verhandlungen als Sollbruchstelle die Forderung ein, die regulären Wahlen im Herbst 2014 auf den Tag der Bundestagswahl 2013 vorzuziehen. Dies wollte die CDU nicht akzeptieren. Nach Umfragen zeichnet sich für den künftigen Landtag eine Mehrheit für die große Koalition oder Rot-Rot ab. Es grenzte an ein Wunder, schaffte die FDP den Sprung ins

Parlament. Weder für Schwarz-Grün noch für Rot-Grün dürfte es reichen. Die CDU hat nur die SPD als Bündnisperspektive. Werden Union und SPD einen Kuschelwahlkampf führen, bei dem es nur noch um die Frage geht, wer die Nummer eins wird?

Lafontaine will Neuanfang Als Zünglein an der Waage positioniert sich Lafontaine, der energisch für Rot-Rot plädiert. Indes stellt er für einen „politischen Neuanfang“ die Bedingung, dass an der Saar die Schuldenbremse nicht über Einsparungen, sondern über mehr Einnahmen durch höhere Steuern für Vermögende und Spitzenverdiener umgesetzt wird. „Sozialabbau und Einschnitte bei der Bildung“ müssten tabu sein. Listig erinnert Lafontaine daran, dass Maas bis vor kurzem die Schuldenbremse attackiert hat. Doch Maas hat diese Position geräumt. Wegen dieses Themas sieht er auch keine Basis für Rot-Rot. Indes stößt ein solches Bündnis an der SPD-Basis und bei den Gewerkschaften durchaus auf Zuspruch. Verschafft Lafontaine Nein zur Sparpolitik der Linken Auftrieb, könnte die SPD entgegen Umfrageprognosen doch hinter der CDU landen. Will Maas dann Regierungschef mit Rot-Rot oder Nummer zwei hinter Kramp-Karrenbauer werden? Spannende Zeiten. *Karl-Otto Sattler*



Getrennt in den Wahlkampf – gemeinsam in die Regierung? Heiko Maas (SPD) und Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) führen ihre Parteien in die Neuwahlen an der Saar.

Nach der Krise ist vor der Krise. Um bei neuen Turbulenzen auf den Finanzmärkten und im Bankensystem gerüstet zu sein, sollen umfangreiche Garantien und Kreditermäßigungen vorgehalten werden. Dies diene den Arbeitnehmern, Sparern und auch Unternehmen, die ihre Finanzgeschäfte unkompliziert und sicher in einem funktionsfähigen Finanzmarkt durchführen wollten, erläuterte Stefan Kampeter (CDU/CSU-Fraktion), Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, am vergangenen Donnerstag bei der ersten Beratung des von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP vorgelegten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarkts (17/8343) im Deutschen Bundestag.

Mit dem vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Entwurf für ein „Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ soll Finanzinstituten die Möglichkeit gegeben werden, erneut Hilfen beim Staat zu beantragen (Einzelheiten unten auf dieser Seite). Kampeter sagte, Finanzmarktstabilität sei ein „gemeinwohlorientiertes Anliegen, für das es sich einzutreten lohnt“. 2008 sei man von der Krise „eiskalt erwischt“ worden und habe sehr schnell das erste Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschieden müssen. Seit Herbst des letzten Jahres sei klar geworden, dass man möglicherweise erneut Garantien brauchen könne, nachdem das erste Gesetz Ende 2010 ausgelaufen war. Der Befund ist laut Kampeter klar und deutlich: Durch die hohe Staatsverschuldung gebe es Verwerfungen auf den Märkten und Misstrauen unter den Banken. „Dieses Mal wäre es verantwortungslos zu warten, bis das Kind in den Brunnen fällt“, erklärte Kampeter und stellte fest: „Wir wollen Verantwortung zeigen, bevor es zu krisenhaften Verwerfungen, kommt, die wir nicht erwarten, aber im Bereich des Möglichen liegen.“

Öffentliches Gut Grundsätzliche Unterstützung fand der Gesetzentwurf bei den Sozialdemokraten. Finanzmarktstabilität sei ein „öffentliches Gut“, betonte Bettina Hagendorf für die SPD-Fraktion. Sie kritisierte jedoch, dass das erste Gesetz automatisch Ende 2010 ausgelaufen sei. Die SPD-Fraktion habe wiederholt eine Verlängerung angemahnt. Außerdem wandte sie sich gegen die Instrumente des Gesetzes wie Garantien und stille Beteiligungen. Der SPD wären direkte Beteiligungen über Stammkapital lieber gewesen. Dann könne man an Kurssteigerungen mitverdienen.

„Als Baustein in der europaweiten Bekämpfung der derzeitigen Staatsschuldenkrise“ sagte Florian Toncar für die FDP-Fraktion zum Gesetzentwurf. Es müsse wieder Vertrauen in den Bankensektor geschaffen werden – europaweit. Die Banken würden ihr Geld bei der Notenbank anlegen, statt es sich gegenseitig zu leihen. Dieses Misstrauen im Bankensektor sei ein Zeichen für Handlungsbedarf. Toncar wies darauf hin, dass vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) gestützte Banken dafür zahlen müssten. Umsonst gebe es nichts. Äußerst kritisch wurden die Bankentwerfungsinstrumente von den anderen Oppositionsfraktionen bewertet. Roland Claus

Die Bankenkrise lauert wieder

FINANZEN I Zur Stabilisierung der Finanzinstitute schnürt die Koalition ein gigantisches Hilfspaket auf Vorrat



Mit der Schiefelage der traditionsreichen Düsseldorfer Industriebank (IKB) begann die Finanzkrise in Deutschland.

(Fraktion Die Linke) machte Widersprüche in der Union aus. Es würden jetzt gigantische Hilfen für Banken zur Beschlussfassung anstehen. Noch in der Großen Koalition habe Kampeter gegen solche Vorschläge zur Bankenrettung aus Reihen der SPD gewettert und von „Teufelszeug“ gesprochen. „Das muss jetzt gesagt werden: Sie können nicht der Linken permanent Verstaatlichungswahn vorwerfen und dann selbst munter mit Steuergeld Banken verstaatlichen wollen, was in Wirklichkeit eine Verstaatlichung von Schulden ist. Das passt nicht zusammen.“ Claus erinnerte daran, dass die Bilanz der Bankenrettung bisher in zweistelligen Milliardenverlusten bestehe.

Die beiden größten Schrottbanken seien jetzt in Staatshand. Und die Deutsche Industriebank (IKB), die zuerst staatliche Hilfe erhalten habe, „wurde inzwischen an eine Heuschrecke verschenkt“. Die Commerzbank sei gerettet worden, ohne was dafür zu bezahlen. Und jetzt solle das alles wieder von vorne anfangen, kritisierte Claus. Auch Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass die EU-Kommission dem Finanzminister habe in den Arm fallen müssen, damit die Commerzbank nicht noch bessere Konditionen erhalte, „die den Steuerzahler geschädigt und die Bankaktionäre gut gestellt hätten. Das ist ein Teil der Bilanz der Bankenrettung in

Deutschland.“ Schick erklärte, derzeit finde die eigentliche zweite Bankrettung auf einer ganz anderen Ebene statt. Die Europäische Zentralbank habe den Banken 489 Milliarden Euro zu Billigkonditionen zur Verfügung gestellt. Dort gebe es keine Transparenz, keine Deckelung der Gehälter und keine Beteiligung privater Aktionäre. „Diese zweite Art von Bankenrettung ist das eigentlich Skandalöse“, kritisierte Schick. Besonders beliebt scheint die Rettung durch den Staat bei den Banken nicht zu sein. Die Commerzbank erklärte, sie wolle keine Staatshilfen mehr. Und die IKB sammelt inzwischen mit hohen Zinsangeboten private Spargelder ein. *Hans-Jürgen Leersch*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Industrie soll erneuert werden

WIRTSCHAFT Als Antwort auf die Krise in Europa soll ein „Industrielles Erneuerungsprogramm“ zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden. Ziel seien Investitionen in die industrielle Modernisierung, in den Ausbau der europäischen Energienetze sowie in Forschung und Entwicklung, schreibt die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/8346), in dem die Einleitung einer „vorsorgenden Wirtschaftspolitik“ gefordert wird. Der Antrag wurde am Donnerstag vom Bundestag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Neben Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen sollen für überschuldete EU-Mitgliedstaaten auch Wachstumsprogramme aufgelegt werden. Haushaltskonsolidierung könne nicht allein durch Ausgabenkürzungen und Strukturreformen erreicht werden. Der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells basiere auf der Verknüpfung von Wachstum und sozialer Sicherheit. „Nur wenn dies gewährleistet ist, können Reformen gelingen“, schreibt die SPD.

Die Währungsunion soll nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion durch tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanzen stabilisiert werden. Defizitländer müssten ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, und Überschussländer ihre Binnenfrage insbesondere durch Lohnsteigerungen und zusätzliche Investitionen stärken. Außerdem soll die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden – in einem ersten Schritt zumindest zwischen den Staaten des Euro-Raums. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und statt dessen für solide Staatsfinanzen zu sorgen. Die Fraktion fordert außerdem die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde. Die Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung hätten sich verschlechtert, stellt die SPD-Fraktion fest. Die Prognosen seien von großer Unsicherheit geprägt und würden unter dem Vorbehalt stehen, dass die Krise im Euro-Raum nicht eskaliert. *hle*

Weniger neue Schulden als geplant

HAUSHALT Der Bund hat im vergangenen Jahr neue Kredite in Höhe von 17,3 Milliarden Euro aufgenommen. Dies geht aus dem Bericht des Bundesfinanzministeriums zum vorläufigen Jahresabschluss 2011 hervor, den der Haushaltsausschuss am Mittwoch zur Kenntnis nahm. Damit sei die im Haushalt 2011 vorgesehene Neuverschuldung von 48,4 Milliarden Euro um rund 31,1 Milliarden Euro „erheblich“ unterschritten worden, heißt es weiter. Die Steuereinnahmen hätten im vergangenen Jahr 248,1 Milliarden Euro betragen. Das seien 18,9 Milliarden Euro mehr als veranschlagt. Der Vertreter des Bundesfinanzministeriums wies darauf hin, dass neben der Steigerung der Einnahmen auch die Ausgaben hätten gesenkt werden können. Dies sei vor allem der „erfreulichen Entwicklung“ auf dem Arbeitsmarkt zu

verdanken. Deshalb habe die Bundesagentur für Arbeit kein Darlehen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro gebraucht. Außerdem hätten unter anderem beim Arbeitslosengeld II und im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro eingespart werden können. Die Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP begrüßten den Haushaltsabschluss. Es müsse alles getan werden, dass der Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter eingehalten werde. Die SPD-Fraktion wies darauf hin, dass die Regierung von der guten Konjunktur profitiere. Auch Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass sich strukturell wenig geändert habe. Für die Linksfraktion ist der Aufschwung noch nicht bei den Menschen angekommen. Die Stabilität im Haushalt sei überaus „fragil“. *mik*

Umweltministerium steht zum EEG

UMWELT Trotz kritischer Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rössler (FDP) hält das Bundesumweltministerium (BMU) am Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) fest. „Wir stehen zum EEG. Der Erfolg ist offensichtlich“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin des BMU, Katherina Reiche (CDU) am vergangenen Mittwoch im Umweltausschuss des Bundestages. Gleichzeitig berichtete sie, dass die Marktentwicklung der Photovoltaik im Jahr 2011 vielfach höher als vorher erwartet ausgefallen sei: So seien im Jahr 2011 insgesamt 7.500 Megawatt Solarstromleistung installiert worden, davon allein im Dezember 3.000 Megawatt. Es sei daher ein Ziel, das Zubauvolumen zu reduzieren, erklärte Reiche. „Wir müssen darüber sprechen, wie das System wieder in die Balance zu bringen ist“, betonte sie. Dabei setze man auf den Dialog mit

der Branche. Die CDU/CSU-Fraktion betonte, dass es im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu den erneuerbaren Energien gebe. Ein Systemwechsel stehe in dieser Legislaturperiode nicht an. Der Vertreter der SPD-Fraktion sagte, die Aussagen des Bundeswirtschaftsministers hätten zu „großer Verwirrung“ geführt und würden zudem eine hohe Verunsicherung bei den Investoren bewirken. Die FDP nannte beim EEG zwei Probleme: die Stabilität der Umlage und die Frage der Systemintegration. Die Linke kritisierte hingegen, dass das EEG im vergangenen Jahr unter großem Zeitdruck novelliert worden sei, während die Grünen anmerkten, dass es im Ausschuss offenbar mehr Einigkeit gäbe als innerhalb der Koalition. Das EEG, sagte der Vertreter der Grünen, dürfe „keine Überforderung für die Investoren, aber auch keine Unterforderung“ bedeuten. *as*

KURZ NOTIERT

Linke: Zweiteilung der Regierung beenden

Die Bundesregierung soll ein Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz vorlegen, das die Zweiteilung der Regierung zwischen Berlin und Bonn aufhebt. Dies fordert die Linksfraktion in einem Antrag (17/2419), den das Plenum am Freitag zu weiteren Beratungen an die Ausschüsse überwiesen hat. Weiter soll die Regierung den vollständigen Umzug des Bundeskanzleramts nach Berlin bis zum Jahr 2013 einleiten und einen Umzugsplan für alle Bundesministerien aufstellen, nach dem bis zum Jahre 2017 die Zusammenführung der Ministerien in Berlin erfolgen soll. Das Begleitgesetz zum Berlin/Bonn-Bundesgesetz soll bei konsequenter Wahrung des Mitbestimmungsrechts der Belegschaften die personalrechtlichen Konsequenzen regeln. *mik*

Duisburger Hafen soll in Staatsbesitz bleiben

Die Duisburger Hafen AG soll in öffentlichem Eigentum bleiben. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/8349). Deshalb soll die Bundesregierung das bereits eingeleitete Bieterverfahren zum Verkauf der Bundesanteile umgehend beenden und mit den Mitgesellern, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Duisburg, Gespräche aufnehmen, um die Entwicklungsperspektiven des Duisburger Hafens durch die Weiterentwicklung regionaler Kooperation von Binnenhäfen zu stärken. *mik*

Beilagenhinweis

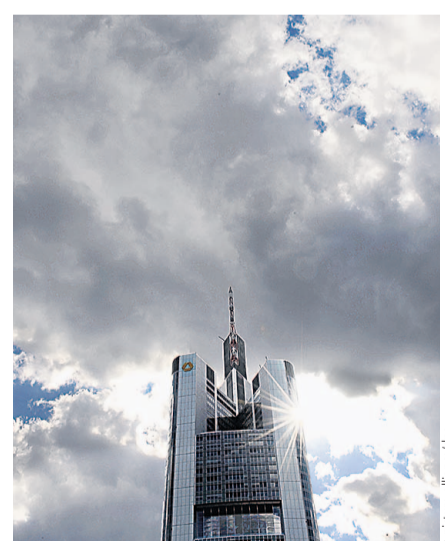
Unserer Ausgabe liegt eine Beilage der Firma RSD-Reiservice bei.

Mit frischem Geld versorgt

FINANZEN II Staatliches Garantie- und Kreditprogramm für Banken wird neu aufgelegt

Garantien in Milliardenhöhe hatten deutsche Finanzinstitute zu Beginn der Finanzkrise erhalten. Jetzt sollen die Banken erneut öffentliche Hilfen beantragen können. Es sei eine grundlegende Aufgabe des Staates, das Vertrauen der Marktteilnehmer und Bürger in die Stabilität des Bank- und Finanzsystems zu bewahren und die Finanzmarktstabilität zu sichern, heißt es in dem von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP vorgelegten und vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesenen Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarkts (17/8343). Das „Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ sieht für die Gewährung von Maßnahmen für die Banken einen Garantierahmen von 400 Milliarden Euro vor. Außerdem ist eine Kreditermäßigung von 80 Milliarden Euro vorgesehen, davon zehn Milliarden Euro mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Mit dem Gesetzentwurf können alle 2010 ausgelaufenen Instrumente des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) erneut vollständig genutzt werden.

Schuldenbremse Falls durch die Aufnahme von Krediten die zulässige Schuldennach der im Grundgesetz geregelten Schuldenbremse überschritten werden sollte, heißt es dazu im Gesetzentwurf. „Die Tilgung hat binnen eines angemessenen Zeitraums zu erfolgen.“ Ein entsprechender Tilgungsplan soll vom Deutschen Bundestag beschlossen werden. „Dadurch wird sichergestellt, dass die Tilgung der zusätzlich aufgenommenen Kredite der nach der Schuldenregel relevanten strukturellen Nettokreditaufnahme zugerechnet wird“, heißt es in der Begründung. Die Tilgungsausgaben sollen daher im Bundeshaushalt und nicht im Fonds veranschlagt werden.



Dunkle Wolken über der Commerzbank

Im Unterschied zum ersten Stabilisierungsgesetz sollen die sogenannten Zweckgesellschaften („Bad Banks“) nicht nur strukturierte Wertpapiere, die ein zentrales Problem zu Beginn der Finanzkrise darstellten, aufnehmen, sondern auch Staatsanleihen. Im Gesetzentwurf wurde daher der Begriff „strukturierte Wertpapiere“ durch „Wertpapiere“ ersetzt. „Damit soll auch ermöglicht werden, dass mögliche temporäre Übertreibungen bei der Bewertung von Anleihen von europäischen Staaten oder Unternehmen durch Übertragung solcher Wertpapiere auf Zweckgesellschaften ... nicht zu einer Bestandsgefährdung von Instituten führen und dass das Vertrauen der Marktteilnehmer in die Solvenz dieser Institute gefestigt wird“, heißt es in der Begründung des Entwurfs. Es sei besonders wichtig, einer möglichen Gefährdung des Finanzsystems präventiv beziehungsweise bereits bei latenter Gefahr

»Provisionen streichen«

FINANZEN III SPD will Beratungshonorar nach Zeitaufwand

Die SPD fordert von der Bundesregierung, weitere Konsequenzen aus der Finanzmarktcrisis zu ziehen. Dazu legten die Sozialdemokraten am Donnerstag einen Antrag (17/8182) vor, der durch die Etablierung der Honorarberatung für Finanzdienstleistungen den Verbraucherschutz stärken soll. Entgegen der immer noch vorrangig praktizierten provisionsbasierten Vergütung von Finanzberatern will die SPD eine Regelung, die nach Zeitaufwand abrechnet. Kerstin Tack (SPD) begründete den Vorstoß damit, dass nur derjenige, der kein Geld von Dritten annehme, im Interesse seines Kunden handle. Für Ralph Brinkhaus (CDU) hat sich das System der Provision in jahrzehntelanger Praxis bewährt. „Auch die Honorarberatung ist bereits am Markt“, sagte er. Nur habe sich diese nicht durchgesetzt. Er verwies aber darauf, dass Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) bereits im Sommer 2011 ein Eckpunktepapier vorgelegt habe, das viele

Forderungen des SPD-Antrags abdecke. Ebenfalls würde derzeit auf EU-Ebene über neue Verhaltens- und Transparenzpflichten im Rahmen der Novellierung der EU-Finanzmarktrichtlinie beraten. Die Finanzmarktcrisis offenbare hingegen für Karen Lay (Die Linke) genügend Beispiele für schlechte Leistungen in der Beratung: „20 bis 30 Milliarden Euro Schaden durch Falschberatung sind für die Verbraucher entstanden.“ Sie forderte, die Verbraucherzentralen zu stärken und einen Finanz-TÜV einzuführen. Die FDP sah in der Honorarberatung eine sinnvolle Ergänzung auf dem Beratermarkt. Erik Schweickert (FDP) erinnerte daran, dass die Regierungskoalition durch das Anlegerschutzgesetz Kooperationsprotokolle zum Schutz der Verbraucher zur Pflicht gemacht habe. Der Forderung nach einem Marktwächter als „halbstaatlichen Hilfspfeiler“ erteilte Schweickert eine Absage. Nicole Maisch (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, mehr Kosten-transparenz durchzusetzen: „Die Verbraucher brauchen Alternativen.“ Dazu gehöre auch, dass die Angebote besser unterschieden werden können. Deshalb forderte sie, dass die Kostenkennzahlen von Produkten in Euro und Cent und nicht in Prozentzahlen ausgewiesen werden müssen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Oppositionsfraktionen zur weiteren Beratung statt in den Verbraucherschutzausschuss in den Finanzausschuss überwiesen. *Jan Eisel*



Finanzberatung auf Honorarbasis ist bisher selten.

Aufs Huhn gekommen

ANTIBIOTIKA In deutschen Ställen werden zu viele Medikamente verabreicht. Die Opposition fordert, sie in der Tierhaltung weitgehend abzuschaffen. Die Regierung setzt auf bessere Kontrollen



In der Europäischen Union werden in landwirtschaftlichen Betrieben rund zwei Milliarden Vögel zur Lebensmittelproduktion gehalten.

Auf der Internationalen Grünen Woche ist die ländliche Welt noch in Ordnung. Auf der weltgrößten Messe für Landwirtschaft, die in dieser Woche in Berlin stattfindet, kann man glückliche Hühner in geräumigen Käfigen vor bäuerlicher Kulisse picken sehen. Doch die Idylle trägt. Ein Jahr nach dem Skandal um dioxinverunreinigtes Tierfutter erregt jetzt der Antibiotikaeinsatz bei der Tierhaltung erneut die Gemüter. Nachdem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Anfang Januar eine Untersuchung veröffentlicht hatte, wonach auf jeder zweiten in Supermärkten gezogenen Hähnchenfleischprobe resistente Keime nachgewiesen wurden, setzten die Grünen das Thema „Eindämmung des massiven Einsatzes von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung“ am vergangenen Mittwoch in einer aktuellen Stunde auf die Tagesordnung. Zuvor hatte die Koalition im Agrar Ausschuss einen Antrag (17/8157) der SPD abgelehnt, in dem die Fraktion eine Strategie zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes gefordert hatte. Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) hat unterdessen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vorgelegt, um den Einsatz von Antibiotika zu beschränken. Er wurde an die Länder und Verbände verschickt und soll im März im Kabinett beraten werden.

Antibiotika als Prophylaxe Bereits im November 2011 hatten Studien aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ergeben, dass rund 96 Prozent der Masttiere in der konventionellen Landwirtschaft Antibiotika verabreicht werden. Es wird vermutet, dass

die Tiere die Mittel nicht aufgrund von Krankheiten, sondern rein prophylaktisch ins Futter gemischt bekommen. Auf diese Weise würden Mäster hygienische Defizite in den Ställen ausgleichen oder die Mittel als Wachstumsförderer missbrauchen. In den Augen Friedrich Ostendorfs (Bündnis 90/Die Grünen) fehlt es der Regierung an Rezepten, gegen den übermäßigen Einsatz von Medikamenten in der Tierhaltung vorzugehen. „Wir befinden uns inmitten der nächsten großen Lebensmittelkrise, doch die Bundesregierung wiegelt ab“, kritisierte er Ministerin Aigner. Die „industrielle Massentierhaltung“ sei die Ursache für den Einsatzbedarf von Antibiotika. Mit den Medikamenten würden Probleme in der Haltung überdeckt: „Ohne Antibiotika bricht dieses System zusammen“, sagte er und forderte Vorgaben für geringere Besatzdichten in Ställen. Bundesverbraucherschutzministerin Aigner entgegnete der Kritik, dass „es bereits geltende Rechtslage ist, dass weder für prophylaktische Zwecke noch zur Wachstumsförderung Antibiotika verwendet werden dürfen“. Aigner verwies darauf, dass die Zuständigkeit der Kontrollen auf Länderebene liege und man bereits 2008 eine Antibiotikaresistenzstrategie auf den Weg gebracht habe. Mit einem Maßnahmenpaket wolle sie zusätzlich dafür Sorge tragen, dass die Überwachung effektiver, schneller und unbürokratischer erfolgen könne – vorausgesetzt, die Länder „ziehen mit“, so Aigner. Weiter erklärte die Ministerin, dass die Verschreibung von Wirkstoffen, die in der Humanmedizin Verwendung finden, für Tiere verboten werden könne. Sie sprach sich aber gegen ein grundsätzliches Verbot der An-

wendung in der Tiermedizin aus: „Wer verhindern will, dass ein krankes Tier behandelt wird, der verweigert Tierschutz“, betonte sie. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach warf der Regierung vor, die Diagnose nach Tabu zu erklären und deswegen keine Therapie vorzulegen, „denn ohne die massenhafte, nicht indizierte Antibiotikaabgabe würde die Massentierhaltung nicht funktionieren“, erklärte er. Das habe zur Folge, dass momentan mehr Antibiotika ihre Wirkung verlor als auf den Markt kämen. Sich daraus entwickelnde Resistenzen seien für den Menschen gefährlich, weil im Falle einer Infektion die Wirkstoffe nicht mehr helfen. Christel Hapach-Kasan (FDP) zeigte sich besorgt, dass

KOMPAKT

- > Antibiotika-Missbrauch** Eine Studie aus Nordrhein-Westfalen hat im November gezeigt, dass dort 96,4 Prozent der Tiere aus untersuchten Betrieben mit Antibiotika behandelt wurden.
- > Resistente Keime** Laut einer Untersuchung des BUND ist die Hälfte der Hähnchen aus Supermärkten mit antibiotikaresistenten Keimen belastet.
- > Gesetzesnovelle** Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) hat einen Entwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vorgelegt. Der Gesetzentwurf soll im März dem Kabinett vorgelegt werden und möglicherweise im Herbst in Kraft treten.

die Opposition das Thema dramatisiere und damit der Landwirtschaft schade: „Resistenzen werden gebildet, weil in der Humanmedizin nicht sorgfältig genug mit Antibiotika umgegangen wird“, sagte sie. Gleichzeitig warf sie Lauterbach vor, die Landwirte zu beschuldigen, statt Lösungen in der Humanmedizin anzubieten. Die Ursache von Problemen bei Lebensmitteln sieht die Biologin in der Führung der Betriebe: „Wir brauchen ein besseres Hygienemanagement“, forderte sie.

Verhindern statt heilen Auch die Linksfaktion sprach sich dafür aus, Krankheiten bei Tieren zu verhindern anstatt sie zu behandeln. „Wir brauchen Handlungsbedingungen, die die Tiere gesund halten“, sagte Kirsten Tackmann. Sie forderte eine bessere Ausbildung und Bezahlung des eingesetzten Personals in den Ställen. Dieter Stier (CDU/CSU) konnte die von den Grünen ausgemachte Lebensmittelkrise nicht erkennen. Alle wären sich einig, „dass der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung weiter reduziert werden muss“, sagte er. Das gehe nur durch konsequente Kontrollen: „Dazu müssen den Bundesländern auch zusätzliche Möglichkeiten gewährt werden“, forderte Stier und begrüßte die geplante Verschärfung des Arzneimittelgesetzes. Die richtige Anwendung der Mittel hänge aber auch von der Sachkunde der Landwirte ab. Sie müsse gefördert werden. Stier möchte daher den Tierärzten ins Stammbuch schreiben, in Zukunft durch eine restriktivere Verschreibungspraxis mehr Verantwortung beim Medikamenteneinsatz zu übernehmen: „Nur so können Tiere wirksam behandelt werden.“ Jan Eisel

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Verkehrssicherheit im Fokus

VERKEHR UND BAU Jeder Tote und Schwerverletzte im Straßenverkehr ist einer zu viel. Darüber waren sich die Abgeordneten aller Fraktionen am Donnerstag bei der Plenardebatte zur Sicherheit im Straßenverkehr einig. Deshalb stimmten die Parlamentarier auch auf einer Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (17/8341) mehrheitlich für einen Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/5530) mit dem Titel „Die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter verbessern“. Darin fordern die Fraktionen unter anderem, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 im Vergleich zu 2010 um 40 Prozent zu senken. Auch die Zahl der Schwere- und Schwerverletzten müsse verringert werden. Das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen will die Koalition weiterhin fördern, um schwere Kopfverletzungen zu vermeiden. Ebenso solle die Akzeptanz freiwilliger Gesundheitsüberprüfungen für ältere Verkehrsteilnehmer gefördert werden. Bei der Infrastruktur solle die Regierung den Schwerpunkt ihrer Verkehrsicherheitsmaßnahmen auf die Landstraßen legen, da hier immer noch der Großteil der Verkehrstoten zu beklagen sei. Gero Storjohann (CDU/CSU) wies in der Debatte darauf hin, dass in den vergangenen 20 Jahren die Zahl der Verkehrstoten um mehr als 60

Prozent auf 3.657 (2010) gesunken sei. Allerdings sei 2011 diese Zahl wieder leicht angestiegen. Deshalb müssten die Bemühungen um eine Verringerung der Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr fortgesetzt werden. Für die SPD-Fraktion forderte Kirsten Lühmann ein ambitioniertes Verkehrssicherheitsprogramm für Deutschland. Was die Regierung bisher vorgelegt habe, entspreche dem nicht. Oliver Luksic (FDP) setzte sich für eine lebenslange, sichere Mobilität ein. Dazu gehöre unter anderem begleitendes Fahren ab 16 und Fahrerassistenzsysteme gerade für ältere Verkehrsteilnehmer. Herbert Behrens (Die Linke) betonte, dass die Menschen mobil sein müssten, um zum Beispiel den Arbeitsplatz erreichen zu können. Deshalb sei ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel eine gute Maßnahme für mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Außerdem forderte er eine Absenkung der Tempolimits. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies Stephan Kühn darauf hin, dass der volkswirtschaftliche Schaden durch Verkehrsunfälle jährlich 30 Milliarden Euro betrage. Um diese Summe abzusuchen, setzte er sich unter anderem für ein Tempolimit auf Autobahnen, Tempo 30 in Ortschaften und für ein striktes Alkoholverbot ein. mik

Mehr Konkurrenz bei Fernbussen

VERKEHR UND BAU Der Fernbuslinienverkehr soll liberalisiert werden. Dies sieht ein von der Bundesregierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften (17/8233) vor, der am vergangenen Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Danach sollen die bisherigen Beschränkungen im Fernbuslinienverkehr weitgehend aufgehoben werden. Weder gegenüber den Eisenbahn noch gegenüber anderen Fernbuslinienverkehrern soll es einen Konkurrenzschutz geben. Allerdings soll die Beförderung von Personen zwischen zwei Haltestellen mit einem Abstand von weniger als 50 Kilometern unzulässig sein. Damit soll der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) geschützt werden. Beraten wurde auch ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/7046) zur Änderung personenbeförderungs- und maurechtlicher Vorschriften, der ebenfalls eine Öffnung des Omnibusfernverkehrs vorsieht – bei gleichzeitiger Anpassung der Wettbewerbsbedingungen im Verhältnis zum Eisenbahnverkehr. Die beiden Fraktionen wollen mit ihrem Entwurf die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in nationales Recht umsetzen. In dieser Verordnung wird geregelt,

wie „zuständige Behörden unter Einhaltung des Gemeinschaftsrechts im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs tätig werden können, um die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu gewährleisten, die unter anderem zahlreicher, sicherer, höherwertiger oder preisgünstiger sind als diejenigen, die das freie Spiel des Marktes ermöglicht hätte“, schreiben die Fraktionen. Die Linksfaktion fordert hingegen in einem Antrag (17/7487), dass die Bundesregierung ihre Pläne für eine vollständige Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs aufgibt. Stattdessen solle sie dafür sorgen, dass die Fernverkehrsangebote auf dem Schienennetz der Eisenbahnen des Bundes zumindest wieder auf das Niveau von vor 1994 erhöht werden. Die Oberzentren müssten dabei mit mindestens sechs Zugpaaren täglich in den Schienenpersonenfernverkehr eingebunden werden. Dabei sei zu prüfen, inwieweit die Wiedereinführung der Zuggattung Interregio oder einer vergleichbaren Art von Zügen, die zu einer deutlichen Verbesserung der Fernverkehrsangebote in der Fläche führe, sinnvoll sei. Die drei Initiativen wurden zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. mik

Umgang mit UBA-Bericht kritisiert

UMWELTSCHUTZ Im Umweltausschuss ist es zu einem Streit zwischen Regierung und Opposition über die Veröffentlichung des Berichtes des Umweltausschusses (UBA) zum Lärm- und Schwingungsbericht der Hauptstadtflughafen BBI gekommen. Die Opposition kritisierte dabei, dass eine Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichtes nach einer Intervention des Verkehrsministeriums kurzfristig abgesagt worden sei. Der zuständige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Klaus-Dieter Scheuerle erklärte dazu im Ausschuss, man habe vor der Pressekonferenz „in einer kollegialen Art und Weise“ mit dem UBA darüber gesprochen, dass es sich um ein noch nicht abgeschlossenes Verfahren handele. Danach sei die Pressekonferenz abgesagt und kurz darauf die Stellungnahme des UBA ins Netz gestellt worden. Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministeriums (BMU), Katherina Reiche (CDU), wies darauf hin, dass Pressekonferenzen in Beteiligungsverfahren „unüblich“ seien. Auf die Frage von Abgeordneten, ob es noch möglich sei, dass beim neuen Flughafen BBI andere Flugrouten als bislang festgelegt werden könnten, erklärte Scheuerle, dass er das nicht sagen könne. Die Entscheidung darüber

liege beim Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF). Das Umweltbundesamt habe im Rahmen einer Genehmigungsabklärung eine Stellungnahme beim BAF eingereicht. Wie diese Stellungnahme dort eingearbeitet werde, würde vom BFA entschieden, erklärte der Staatssekretär. Bei der Flugroutenfestsetzung gebe es nach seiner Meinung aber keine großen Differenzen. Das BAF will voraussichtlich am 30. Januar seine Entscheidung über die Flugrouten bekannt geben. Der Leiter der Abteilung „Verkehr, Lärm“ des UBA, Uwe Brendle, erklärte, dass es im November nach einer Sitzung der Fluglärmmmission des Versprechen gegeben habe, das Gutachten „zeitnah“ zu veröffentlichen. Dem habe das UBA mit seiner Pressekonferenz nachkommen wollen. Auf die Frage nach den Flugrouten betonte Brendle, dass man nur den Auftrag gehabt habe, die Routen unter „lärmfachlichen Aspekten“ zu prüfen. Für alle anderen Aspekte seien die Landesbehörden zuständig. Mit Blick auf Forderungen nach einem veränderten Betriebsregime des neuen Flughafens erklärte Brendle: „Die Sicherheit steht bei der Prüfung an erster Stelle.“ as

Forschung im Aufwind

BILDUNG Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit 2011

Über eines waren sich Regierung und Opposition einig: Innovation und Forschung in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren entscheidend verbessert. Umstritten ist jedoch, mit welchen Instrumenten die Forschungsförderung in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden soll. Das zeigte sich auch in der Debatte am vergangenen Freitag, bei der das Gutachten einer sechsköpfigen Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) diskutiert wurde. Die EFI legt seit 2008 jährlich ein Gutachten zur Forschungs- und Innovationspolitik in Deutschland vor, zu dem die Bundesregierung jetzt in einem Bericht (17/8226) Stellung bezogen hat. „Die Bundesrepublik hat ein äußerst erfolgreiches Modell entwickelt“, lobte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Thomas Rachel (CDU), und nannte eine Reihe beeindruckender

Zahlen: So habe der Bund von 2005 bis 2011 mit 12,8 Milliarden Euro 42 Prozent mehr Mittel in Forschung und Entwicklung investiert, sagte er. Auch Martin Neumann (FDP) hob hervor, dass man in Deutschland trotz Finanzkrise von Höchst- und Spitzentechnologien profitiert habe. Die Opposition kritisierte, dass sich die Regierung nicht ausreichend mit den kritischen Anmerkungen der Wissenschaftler auseinandergesetzt haben. Für die Linke stellte Petra Sitte zufrieden fest, dass die Wissenschaftler „kein Gefälligkeitsgutachten aufgelegt und nur eitel Freude bereitet“ hätten. Der Sozialdemokrat René Röspel warf der Regierung vor, dass sie sich nicht ausreichend von außen beraten lasse. Auch die Grünen übten Kritik. Christa Sager monierte, dass die Regierung das Gutachten „nur äußerst selektiv“ zur Kenntnis genommen habe. as

Mehr Freiheit für Freizeitkapitäne gefordert

WASSERTOURISMUS Liberalisierung des Führerscheins bei Sportbooten zwischen Experten umstritten

Union und FDP wollen mit einer Liberalisierung des Führerscheinerwerbs bei Sportbooten die Freizeitschifffahrt attraktiver machen und den Wassertourismus fördern. Über Chancen und Risiken des Antrags der Koalition (17/79937) diskutierten Abgeordnete und Sachverständige bei einer Anhörung des Verkehrsausschusses am vergangenen Mittwoch. Die Regierungskoalition will Führerscheine erst bei Booten mit einer Mindeststärke von 15 PS an zur Pflicht machen, derzeit liegt diese Schwelle bei fünf PS. Zudem soll die Fläche jener Gewässer ausgedehnt werden, bei denen die Charterregelung gilt: Dort können Touristen nach einer mehrstündigen Einweisung eine Charterbescheinigung erlangen, die in diesen Zonen das Bootfahren erlaubt. Schützenhilfe für den Antrag leisteten ADAC-Sprecher Steffen Häbich und Jürgen Tracht vom Bundesverband Wassersport-

wirtschaft. Eine Liberalisierung des Führerscheinerwerbs sei machbar, „ohne dass dies zu Lasten der Sicherheit geht“, sagte Häbich. Die Ausbildung müsse stärker praktische Fähigkeiten betonen. Häbich und Tracht verwiesen auf positive Erfahrungen in anderen Ländern, so handhabten etwa nordische Staaten, Großbritannien und Holland den Führerscheinerwerb weniger rigide oder verlangten gar keinen Befähigungsnachweis. Tracht sieht Anlass zur Sorge, dass aus demografischen Gründen die Zahl der Freizeitkapitäne sinkt. Diesem Trend zu Lasten

des Wassertourismus müsse man entgegenwirken, sagte er. BUND-Vizepräsident Winfried Lücking hingegen lehnte eine Ausweitung



Tourismus auf dem Wasser soll noch attraktiver werden.

des Wassertourismus wegen des Sportbooteschutzes ab: Die Schadstoffe der Sportboote schädigten Wasserqualität und Pflanzen, zudem störe der Lärm die Vogelbrut und Passanten in Ufernähe. Wie Lücking und Gerhard Philipp Süß vom Deutschen Segler-Verband verlangte auch Bernd Roeder eine Beibehaltung der Fünf-PS-Schwelle. Werde der Führerscheinerwerb erst von 15 PS an obligatorisch, führe dies zu einer Erhöhung der Unfallgefahren, mahnte der Sprecher des Olympischen Sportbunds. Man müsse auch an die Sicherheit von Kanus und Ruderbooten denken. Hans-Joachim Werner von der Wasserwachpolizei Brandenburg warb für einen Kompromiss: Pflicht solle der Führerscheinerwerb von zehn PS an werden. Zwar seien in Brandenburg jährlich im Schnitt 25 Unfälle zu verzeichnen, doch sei die Bilanz dieser Regelung „insgesamt positiv“. kos



Mal spielt die Presse mit, mal ignoriert sie, mal entlarvt sie: Vor den Karren von Politikern und ihren PR-Strategen lassen sich Medien in der Regel nicht spannen.

Unter Dauerbeobachtung

BERATUNG PR-Strategen helfen Politikern im Ringen um mediale Deutungshoheit. Privates zu Markte zu tragen, ist jedoch riskant

Christian Wulff kann sich zurzeit nicht vor guten Ratschlägen retten. Er habe gleich alles offenlegen sollen, meint die eine Seite. Andererseits wird verlautet, er sei besser beraten, sich und seinem Amt all die Kritik nicht mehr zuzumuten und einen Schlussstrich zu ziehen. Dass er nur scheinbar weislich auf die Vorwürfe der Medien und der Opposition an seinem Privatleben, an seinen Urlauben und seinem Umgang mit der Presse reagierte, hat das politische Unwort der „Salamitaktik“ in Umlauf gebracht. Schon im Plagiatsskandal um den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) war der Begriff in aller Munde. „Salamitaktik“ suggeriert, dass der Öffentlichkeit etwas bewusst vorenthalten wird: eine denkbar ungünstige Strategie für einen Politiker, der glaubwürdig bleiben möchte.

Längst ist die Profession des Politikers im Wesentlichen zum Kommunikationsberuf geworden: Nicht erst heute ist es mindestens ebenso wichtig, politische Überzeugungen auch in der Medienöffentlichkeit zu verkaufen, wie sie innerparteilich und parlamentarisch auszuhandeln. Dabei spielen Beratersleistungen eine entscheidende Rolle. „Spindoktoren“ und Kommunikationsstrategen gehören mittlerweile zum politischen Establishment, und bisweilen wird auch ihr vermeintliches Versagen diskutiert, wenn ein Politiker ins Schlingern gerät; denn der war bekanntlich schlecht beraten oder von allen Beratern verlassen.

Die Kommunikation von Politikern stand nie unter stärkerer Beobachtung als heute.

In unserer heutigen medial saturierten Gesellschaft wird Politik mehr denn je über öffentliche Kommunikation entschieden. Sie wird eingefordert, angeboten, unterbunden, korrigiert, verzerrt oder aufgebauscht. Über Kommunikation werden Karrieren entschieden. In der Kommunikationsblase der Bundeshauptstadt ringen Politik, Wirtschaft und Medien um Aufmerksamkeit und Deutungshoheit. Das Ziel: Interessen zu wahren, Interessen durchzusetzen. Medienberater agieren an der Schnittstelle zwischen den nur scheinbar unvereinbaren Zielen der Kontrahenten. In der Regel sind sie es, die mit allen Seiten hervorragend vernetzt sind. Als Kommunikatoren kämpfen sie darum, dass ihr Klient die Oberhand behält.

Symbiose Medien und Politik haben unterschiedliche Ziele, die sich aber durchaus zum beiderseitigen Nutzen verbinden lassen: Der Bedarf an möglichst exklusiven Informationen auf der einen Seite, auf der anderen (möglichst gefällige) Medienpräsenz. Wie trügerisch das so symbiotisch anmutende Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten ist, zeigt sich immer dann, wenn der Handel einseitig aufgekündigt wird. Die Symbiose zwischen Christian Wulff und der „Bild“-Zeitung, die sich in positiver Berichterstattung niederschlug, war nur so lange eine Win-Win-Beziehung, bis die Kritik am Staatsoberricht publizistisch interessanter wurde. Der Springer-Chef Matthias Döpfner hat das einmal so umschrieben: Wer mit der „Bild“-Zeitung im Aufzug nach oben fährt, der fährt mit ihr auch wieder nach unten.

Die schillernden Auftritte des Ehepaars Wulff oder der zu Guttenbergs auf der öffentlichen Bühne offenbarten die Anfälligkeit der Medien, sich von Selbstinszenierungen hinreißen zu lassen. Später jedoch fallen die Urteile meist umso unbarmherziger aus. Mediale Rollenspiele sind hochambivalent und kaum kalkulierbar: Mal spielt die Journalistin mit, mal ignoriert sie, mal entlarvt sie. Es ist die Lust am Gestalten von Politik, die manchen Berichtersteller befällt, wenn er versucht, Stimmungen zielgerichtet zu beeinflussen und damit Entscheidungen zu erzwingen.

Mailboxanruf Die Affäre um den Bundespräsidenten wurde nicht zu einer Medienaffäre, als die Mailbox des „Bild“-Chefredakteurs besprochen wurde. Auch nicht, als die Nachricht ihren Weg als Abschrift durch den Blätterwald fand. Zu einer Affäre der Medien wurde sie erst, als eine breite Phalanx aus Journalisten dazu übergingen, die sachlich begründete Kritik am Bundespräsidenten mit deutlichen Rücktrittsforderungen anzureichern und sich damit anschiekte, politisch zu handeln, inklusive Umfragen über den populärsten Nachfolger. Hier verband sich Meinungs- mit Stimmungsmache; der schmale Grat zwischen kritischer Aufklärung und der Lust am Kampagnenjournalismus wurde überschritten.

Dabei sind die Anforderungen an die Kommunikationskompetenz der Protagonisten mit der medialen Dauerbeobachtung durch Journalisten und die zunehmend agile Netzgemeinde immens gestiegen. Im Internet lauern neue Akteure, die sich als Watchdogs verstehen, als fünfte Gewalt, die Politik und auch die Medien beobachten, kritisieren und Vergehen erbarmungslos sezieren. Die Regeln der politischen Kommunikation wer-

den im sozialen Netz neu geschrieben. Für die Politik bieten sich dankbar angenommene Gelegenheiten, die Gatekeeper in den Redaktionen zu umgehen und sich direkt ans Volk zu wenden: Blogs, Podcasts, soziale Netzwerke und Kommunikationsdienste wie Twitter haben zwar ein großes dialogisches Potenzial für die demokratische Entscheidungsfindung, für praktizierte Bürgernähe und Pluralität bei der Darstellung und Bewertung politischer Themen. Mit der Vielfältigung der Kanäle haben sich aber auch neue Fronten aufgetan: Die digitalen Kommunikationsinstrumente bieten deutlich mehr Angriffsfläche. Penibel wird registriert, wenn ein Blog-Experiment misslingt oder sich ein Parteisoldat verzweigt, wie im Fall des Parlamentarischen Geschäftsführers der Union, Peter Altmaier, der die Wulff-Debatte mit einer unbedacht kritischen Twitter-Nachricht ungewollt anheizte. Die Kommunikation von Politikern – nicht nur aus der ersten Reihe – stand nie unter stärkerer Beobachtung als heute. Entsprechend bewegt sich der PR-Drill zwischen Öffnung und Schließung. Alles unterliegt dem Imperativ der Inszenierung, die das Positive betonen und vom Negativen ablenken will. Politiker können auf die Beratungskompetenzen von Journalisten nicht mehr verzichten und sind immer wieder mit Abwerbungsaktionen erfolgreich: Die Liste an Grenzängern zwischen Medien und Politik ist lang.

Seitenwechsel Mal waren die Kommunikationsstrategien von Erfolg gekrönt, wie im Falle der SPD-Wahlkampfkampagne (Kampagne 1998 und 2002) unter Beteiligung von Uwe-Karsten Heye, Bodo Hombach und Matthias Machnig oder beim Imagewandel der damaligen Bundesminister Walter Ries-

ter und Hans Eichel (beide SPD) mit Hilfe von Klaus-Peter Schmidt-Deguelle. Mal wurden der PR Grenzen aufgezeigt wie im Fall der Wahlniederlage des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU), der sich von Michael Spreng coachen ließ, oder des ehemaligen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Stefan Mappus (CDU), der Dirk Metz als Berater von Roland Koch (CDU) übernahm. Das Beratergeschäft ist alles andere als trivial: Neben der Arbeit am Klienten tritt die Herausforderung, die wechselnden Stimmungen im Wahlvolk und zuvorderst in den Reihen der Journalisten zu antizipieren. Welche Reaktion ist im Krisenfall am aussichtsreichsten? Wie kann eine unvorteilhafte Geschichte wieder eingefangen werden? Politiker werden daran gemessen, wie sie auf Ausnahmesituationen reagieren, wie sie Krisen – auch persönliche – meistern. Kommunikationsstrategien, die auf vermeintlich publikumswirksame Rollenspiele in den Medien setzen, sind gefährlich. Es zählt sich selten aus, wenn Politiker ihr privates Glück offensiv in den Boulevard drängen. Oft steht das Bedürfnis dahinter, das Image einer „Politikmaschine“ in das eines liebenden Ehepartners und sympathischen Volksvertreters umzumodellieren. Soviel auch dran sein mag an der banalen Feststellung, dass Funktionsträger nicht nur ihren Beruf leben, sondern auch Familie haben, gehorcht dieses menschlich nachvollziehbare Zurechtrücken der öffentlichen Wahrnehmung allzu häufig den Gesetzen des Boulevard.

Medienberater dürfen im Grunde nicht leicht an ihrer gestiegenen Verantwortung tragen. Als Dienstleister politischer Entscheider obliegt es ihnen, dafür zu sorgen, dass die Ansprüche der Medien- und Netzöffentlichkeit an Authentizität und Glaubwürdigkeit der Politik eingelöst werden.

Diener vieler Herren Vor zehn Jahren sorgte eine Affäre um den PR-Unternehmer Moritz Hunzinger für Aufsehen, in deren Verlauf der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) zurücktreten musste.

Heute stellt sich die Frage umso dringlicher, wie sich gewählte Volksvertreter unter dem Einfluss von Beratern verändern, die womöglich eigene strategische Interessen verfolgen und vielen Herren gehorchen. Gewonnen hätte die politische Kommunikation insgesamt, wenn die Kommunikationsstrategen selbst offensiv zur Entmystifizierung ihres Images beitragen würden und sich Sachlichkeit gegen Aufbruch und Ehrlichkeit gegen Theater durchsetzen würden. Es ist ein Prozess der kleinen Schritte. Die häufig gestellte Forderung nach vollkommener Transparenz wird allerdings vom Alleinstellungsmerkmal strategischer Kommunikation überlagert – der selektiven Heimlichkeit – und wird auf Dauer weder vonseiten der Politik noch seitens der Medien eingelöst werden.

Leif Kramp

Der Autor ist Kommunikations- und Medienwissenschaftler am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) der Universität Bremen.

Die »spinnen«, die Amerikaner

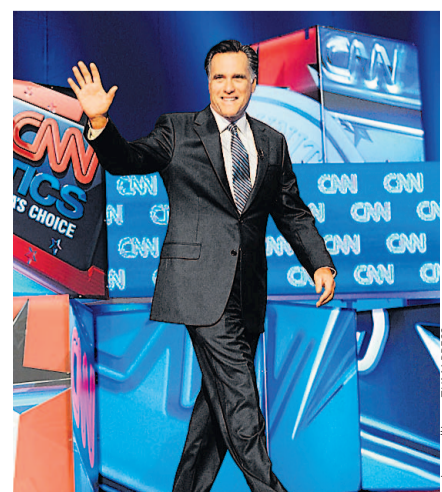
USA Edward L. Bernays gilt als erster »Spin Doctor« und Gründer der modernen PR. Ohne seine Rezepte kommt auch heute kein Wahlkampf aus

Mit ihm fing alles an: Edward L. Bernays. Der Neffe Sigmund Freuds entdeckte das Potenzial der Massenmanipulation, als er während des Ersten Weltkriegs für eine Propagandaabteilung der amerikanischen Regierung arbeitete. „Was im Krieg funktioniert, klappt auch im Frieden“, folgerte er. Und er wies sich dabei als höchst kreativ. Den Absatz der Zigarettenmarke Lucky Strike etwa förderte er durch inszenierten Skandal: Er setzte Reporter auf Frauen an, die rauchten. Das galt damals als anstößig, doch Bernays deutete das Geschehen in einen Akt der Emanzipation um: Die Zigaretten waren für ihn „Fackeln der Freiheit“. So lauteten dann auch die Schlagzeilen.

Bühnenspiel Es waren die Anfänge der modernen Public Relations. Was bei Bernays noch neu war – die Formulierung von Botschaften, der taktische Einsatz von Fakten –, gehört in den USA heute zum Standard, auch in der Politik. PR ist Routine, und die Zahl der Strategen und Spin Doctors wächst scheinbar unaufhörlich. Die Public Relations Society of America hat heute mehr als

21.000 Mitglieder; die auf Polit-PR spezialisierte Association of Political Consultants mehr als 1.200. „Mehr und mehr definiert das Marketing die politischen Inhalte und nicht mehr eine jahrhundertalte Ideologie“, sagt Bruce Newman, Markenführungs-Experte an der DePaul University in Chicago. Die Kandidaten werden von Beratern gelenkt wie Schauspieler von Regisseuren. Charakter und Lebensgeschichte sind sorgfältig als Marke choreographiert. Die „Spin Doctors“ analysieren Stärken und Schwächen, legen Botschaften fest, lassen Sprachregelungen pauken, sorgen für passende Kleidung – Wirklichkeit nach Drehbuch. Schon 1988, im Wahlkampf zwischen dem Republikaner George Bush und dem Demokraten Michael Dukakis, beklagte das Magazin „Time“ den Einfluss der Berater: Wie Marionettenspieler dirigierten sie die Kandidaten durch das Rennen und versuchten, jede spontane Äußerung zu unterdrücken. „Es ist ein ausgeklügelter Wettbewerb zwischen zwei geschulten Profi-Teams.“ Seither hat sich vor allem eines verändert: Die Zahl der Berater ist noch größer gewor-

den. Das „Campaigns and Elections Magazine“ notiert 56 unterschiedliche Jobkategorien für Polit-Berater, vom Meinungsforscher bis zum Medienexperten. Der Stab eines Präsidentschaftsbewerbers umfasst hunderte Helfer. „Obama for America“ et-



Ins Weiße Haus nur mit PR: Mitt Romney

wa hat schon jetzt, ein knappes Jahr vor der Wahl im Herbst, 330 Mitarbeiter. Die besten und einflussreichsten „Spin Doctors“ werden von Kampagne zu Kampagne gereicht. Charlie Black etwa, der neuerdings den republikanischen Bewerber Mitt Romney berät, war schon für Ronald Reagan tätig, für Vater und Sohn Bush, für die Senatoren Jesse Helms und John McCain. Bei den Demokraten gehört Joe Lockhardt zur Dauerpräsenz – er beriet unter anderem Walter Mondale, Michael Dukakis, Bill Clinton und John Kerry.

Am erfolgreichsten sind Kandidaten, die sich als Marke möglichst authentisch verkaufen und denen es zusätzlich gelingt, auf eine gesellschaftliche Strömung aufzusetzen. Perfekt gelang das im letzten US-Wahlkampf 2008 Barack Obamas Spin Doctor David Axelrod. Er positionierte den Neuling als jung, offen, inspirierend, zuversichtlich und menschlich – der „Gute“, der es anders machen werde als seine Vorgänger. Mit den Botschaften „Wandel“ und „Hoffnung“ traf er die Stimmung der Wähler, die nach acht Jahren George W. Bush frustriert waren. Am

anderen Ende des politischen Spektrums schaffte Sarah Palin ein überwältigendes Comeback, indem sie sich als Galionsfigur der Tea Party profilierte.

Halbwahrheiten Im aktuellen Wahlkampf verfügen die Polit-Strategen über ein zusätzliches Instrument: das so genannte Super Political Action Committee (PAC). Das sind Organisationen, die für einen Kandidaten werben, aber formal von der Kampagne getrennt sind. Sie dürfen deshalb Spenden in unbegrenzter Höhe entgegennehmen, entschieden vor kurzem US-Gerichte. Tatsächlich unabhängig sind diese Hilfstruppen freilich nicht. So war es Newt Gingrichs Super PAC „Winning Our Future“, welche das Video „When Mitt Romney Came to Town“ auf den Markt brachte, das den Mitbewerber als Jobzerstörer diskreditiert. Auch wenn es vor Halbwahrheiten nur so wimmelt – es hat die „Marke“ Romney nachhaltig geschädigt. Dessen Spin Doctor Stuart Stevens hatte einen alten Fehler begangen: Er hatte bei der Profilierung seines Kandidaten zu dick aufgetragen. Dass Romney ein erfolgreicher

Geschäftsmann ist, der etwas von Wirtschaft versteht, glaubte jeder – die Behauptung aber, dass er 100.000 Arbeitsplätze geschaffen haben sollte, widersprach jeder Alltagserfahrung. Die Umdeutung zum Heilsbringer ist offenbar selbst für die PR-geduligten Amerikaner zu starker Tobak.

Die Öffentlichkeit könne Botschaften auch zurückweisen, wusste schon Altmeister Bernays. Er selbst setzte alles daran, dass das nicht geschah: Um den Verkauf von Schindeln anzukurbeln, ließ er Ärzte die gesundheitlichen Vorzüge eines herzhaften Frühstücks attestieren. Als Wahlkampfhelfer von Herbert Hoover gründete er ein vorgeblich unabhängiges Komitee, das seinem Kandidaten glänzende Umfragewerte bescheinigte. Kritiker beschied er: „Public Relations stärkt ein Fundament unserer Gesellschaft: den freien Markt für Ideen und Produkte.“ Er war eben auch Propagandist in eigener Sache. Christine Mattauch, New York

Die Autorin ist Mitglied des Netzwerks „Weltreporter“ und schreibt unter anderem für „Handelsblatt“ und „manager magazin“.

Januskopf Orbán

UNGARN Brüssel wirft der konservativen Regierung Verletzungen von EU-Verträgen vor und droht mit Sanktionen. Der Ministerpräsident will sich beugen dem Druck, nicht den Argumenten.



„Phantom der Oper“: Orbán-Gegner demonstrieren Anfang 2012 vor dem Opernhaus in Budapest, in dem Ungarns Staatsspitze die neue Verfassung mit einem Gala-Abend feiert.

anzünden“, fordert eine johlende Menge vor dem Haus der EU-Vertretung in Budapest. Csanád Szegedi, Europa-Abgeordneter der rechtsextremen Partei „Jobbik“ kommt der Aufforderung der Menge nach. Mit etwas Flüssigkeit muss er nachhelfen, dann brennt die blaue Flagge mit Sternenkranz. „EU verrecke“, skandieren die etwa 1.000 Rechtsextremen. Parteichef Gábor Vona hatte zuvor vom „Kriegszustand“ gesprochen, in dem sich Ungarn mit der EU-Kommission befände. Und er droht Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit der „Viehpeitsche“. Unterdessen geht im südungarischen Szeged der Antisemit István Csurka mit Kommunalpolitikern der Regierungspartei „Fidesz“ für den nationalkonservativen Regierungschef Viktor Orbán auf die Straße. Auch er sieht in Brüssel mächtige Gegner am Werk. „Unsere Feinde haben das Problem, dass Ungarn magyarisches und christlich sein will“, behauptet er.

In schlechter Verfassung Szenen aus Ungarn von einem Wochenende, Anfang 2012. Der Grund für den anti-europäischen Schulterchluss von ungarischen Konservativen und Rechtsextremen: Die EU-Kommission hat der Regierung Orbán die Folterinstrumente gezeigt. Sie will mehrere Verfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge gegen Ungarn anstrengen – eine Premiere in der EU. Begründung: Die europäischen Grundwerte würden in dem EU-Mitgliedstaat verletzt. Insbesondere die Unabhängigkeit von Justiz, Notenbank, Medien und Datenschutzbeauftragtem seien nicht gewährleistet. Grundproblem ist die neue Verfassung, seit

dem Jahreswechsel in Kraft. Daniel Cohn-Bendit, Fraktionschef der Grünen im Europaparlament, nannte im RBB-InfoRadio ein Beispiel: „Die Regierung hat die Flat Tax in die Verfassung geschrieben.“ Das bedeute, dass eine Nachfolgerregierung eine Zweidrittelmehrheit braucht, um ein Steuergesetz zu ändern. „Es ist schon unglaublich, mit welcher Chuzpe Orbán hier auftritt“, sagte der Grünen-Politiker. Das Rentenalter von Richtern wird künftig von 70 auf 62 gesenkt. „So kann Orbán mehr als 270 Richter loswerden, die noch von der alten Regierung eingesetzt wurden“, sagt der ungarisch-stämmige Publizist Paul Lendvai, der sich intensiv mit Orbáns „System der Nationalen Zusammenarbeit“ auseinandergesetzt hat. Die Finanzaufsichtsbehörde – mit Fidesz-Leuten aufgebläht – soll künftig den letzten Widersacher Orbáns, Notenbank-Chef András Simor, an die Kandarre nehmen. Auch der Lizenzentzug für den Oppositionssender „Klubrádio“ stößt auf Kritik. „Die zuvor regierenden Sozialisten haben zwar einen Sauhaufen hinterlassen“, sagt Lendvai, „aber die Grundwerte haben sie nicht angetastet.“

Offensichtlich ist in Brüssel die Geduld mit Viktor Orbán zu Ende. Entgegen sonst üblicher Praxis hat die Budapest Regierung nur einen Monat Zeit, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Und sowohl EU-Kommission als auch IWF drehen dem klammern Ungarn den Geldhahn zu, um ihre Forderungen nach politischen Reformen handfest zu untermauern. 15 bis 20 Milliarden Euro braucht das hochverschuldete Land (Schulden: 82 Prozent des BIP). Die Ratingagenturen stuften Staatsanleihen auf Ramschniveau ab, die Landeswährung Forint ist im-



mer weniger wert, Kredite werden immer teurer, was auch für eine Schieflage der österreichischen Banken sorgen könnte, bei denen die Ungarn mit 41 Milliarden Euro in der Kreide stehen. Ungarn droht im schlimmsten Fall der Entzug der Stimmrechte im EU-Rat und dass wegen des Haushaltsdefizits zur Strafe EU-Fördermittel eingefroren werden. Die „schwierige Lage“, so glaubt der Publizist Lendvai, werde Orbán aber „für das Aufputzen nationalistischer Gefühle nutzen“. Und so lässt der Regierungschef dieser Tage in Ungarn verbreiten: Die Vorwürfe basieren auf „Lügen der Linken“. Vor dem Europaparlament, in das er sich selbst eingeladen hat, wirft er Nebelkerzen und spricht

KOMPAKT

> **Fidesz** Ursprünglich als „Bund Junger Demokraten“ 1988 in Budapest gegründet, wandelte sich die liberale Partei unter ihrem Vorsitzenden Viktor Orbán zu dominierenden konservativen Kraft in Ungarn.

> **Erdbeben** Bei den Parlamentswahlen 2010 errang das Bündnis aus Fidesz und Christlich-Demokratischer Volkspartei (KNDP) mit knapp 68 Prozent die Zweidrittel-Mehrheit.

> **Verfassung** Anfang 2012 trat eine neue Verfassung in Kraft. Die Opposition kritisiert, Fidesz habe darin eine national gesinnte Ideologie festgeschrieben.

„Irrtümern und falschen Tatsachen“. In der deutschen „Bild“-Zeitung gibt er sich kompromissbereit: „Wir sind offen und bereit, über alle Probleme zu verhandeln.“ Und in einer Mischung aus Trotz und öffentlicher Zerknirschung legt er nach: „Wir werden uns in diesem Fall der Macht beugen, nicht den Argumenten.“ Die Botschaft: Ungarn – Opfer fremder Mächte. Das ist das stets wiederholte nationale Selbstverständnis der ungarischen Rechten.

Zwei Gesichter Orbán sei janusköpfig, meint Lendvai. „Nach außen hin wird er Moll spielen und gewisse Zugeständnisse machen. Aber innenpolitisch sind die Weichen gestellt.“ Überall habe die Regierungspartei Fidesz Vertrauensleute installiert. Die Opposition sei – trotz der jüngsten Demonstrationen in Ungarn – zu schwach. Und innerhalb der regierenden Fidesz-Partei gebe derzeit keine Persönlichkeit, die es wagen würde, gegen Orbán aufzutreten. Der ungarische Piano-Virtuose András Schiff, der aus Protest nicht mehr in seinem Heimatland auftritt, regte auf einer Veranstaltung in Berlin jüngst an, Fidesz aus der Europäischen Volkspartei (EVP) hinauszuerwerfen. Der feinsinnige Pianist vergleicht die EU mit einem Club, in dem es Hausregeln gebe und Orbán mit einem Rüpel. Verstöße gegen die Hausregeln würden bislang leider nicht geahndet, beklagt Schiff: „Man bleibt drin, egal, wie man sich benimmt. Das Drinbleiben muss man sich aber verdienen.“

Stephan Ozsváth

Der Autor ist Radijournalist in Berlin und berichtet als freier Korrespondent aus Ungarn.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Konkurrenz zwischen Tank und Teller

ENTWICKLUNG Union und FDP wollen die ländliche Entwicklung und die Ernährungssicherheit weltweit stärken. Ein Antrag (17/7185) der Koalitionsfraktionen wurde am vergangenen Mittwoch im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken angenommen. Die Abgeordneten der Koalition unterstützen darin die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, „die Entwicklung ländlicher Räume zu einem Schlüsselbereich und Förderschwerpunkt“ der Entwicklungspolitik zu machen. Im Mittelpunkt müsse unter anderem die Ausbildung von Kleinbauern, die Verbesserung des Bodenrechts, ein gerechterer und leichter Zugang zu Land und zu Absatzmärkten sowie zu Krediten stehen. Auf internationaler Ebene sollen „handelsverzerrende Subventionen“ und die Spekulation mit Nahrungsmitteln abgebaut werden. Auf nationaler Ebene soll unter anderem der Ausbau der Infrastruktur etwa für Verkehr, Vermarktung, Kreditfinanzierung, Saatgut, Pflanzenschutz, Wasser und Energie in den Entwicklungsländern vorangebracht werden. Schließlich sollen drittens auf lokaler Ebene Interessenvertretung und Selbstorganisation von Kleinbauern gestärkt werden. Union und FDP fordern außerdem, Frauen einen gleichberech-

tigten Zugang zu „Besitz, Kapital, Bildung und technischen Fachkenntnissen“ zu ermöglichen. Frauen produzierten 80 Prozent der Grundnahrungsmittel in Entwicklungsländern, verfügten jedoch nur über zehn Prozent der Anbaufläche und ein Prozent aller Landtitel. Union und FDP verwiesen in ihren Wortmeldungen zudem auf die sich verschärfende Konkurrenz auf den weltweiten Ackerflächen zwischen Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Die Opposition begrüßte den Antrag zwar, kritisierte ihn jedoch als „unscharf“ formuliert. Die SPD-Fraktion wies darauf hin, dass EU-Agrarsubventionen nach wie vor die kleinbäuerlichen Wirtschaft behinderten. Die Grünen kritisierten, Union und FDP klammerten die Umweltschäden der „grünen Revolution“ aus, also die mit industriellen Mitteln erzielte Intensivierung der Landwirtschaft. Zudem verfallende die Koalition dem „Mythos des ungenutzten Landes“. Gerade unbebaute Flächen seien vor Ort häufig Gegenstand „heftiger Konflikte“ oder sie brähten bei einer Bewirtschaftung nur magere Erträge ein. Die Fraktion Die Linke schließlich wies unter anderem darauf hin, dass Transparenz und freiwillige Leitlinien für Investitionen in Entwicklungsländern die Spekulation mit Nahrungsmitteln kaum verhindern werde. *ah*

Transparenz beim Schürfen

ROHSTOFFE Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert verbindliche Offenlegungspflichten für Unternehmen im Rohstoffsektor. In ihrem Antrag (17/8354) begrüßen die Abgeordneten die Vorschläge der EU-Kommission vom Oktober 2011, nach denen im Rohstoff- und Forstsektor tätige Unternehmen verpflichtet werden sollen, „ihre Zahlungen an Regierungen der Länder, in denen sie Rohstoffe fördern“ nach Ländern und Projekten aufgeschlüsselt offen zu legen. Der Antrag wurde am vergangenen Donnerstag in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Darin heißt es, die Kommissionsvorschläge orientierten sich an Artikel 1504 des US-amerikanischen „Dodd-Frank-Acts“, einem seit 2010 bestehenden US-Bundesgesetz, das für Stabilität und mehr Transparenz auf dem Finanzmarkt sorgen soll. So wolle die EU-Kommission neben den Bereichen Gas, Öl und Mineralien auch den Rohstoffsektor einbeziehen und zudem auch jene großen Rohstoffunternehmen zur Transparenz verpflichten, die nicht börsennotiert sind. Allerdings sehe die Kommission Ausnahmeregelungen vor, die die Schlagkraft ihrer Vorschlä-

ge verwässere, heißt es im Antrag weiter. So würden Rohstoffunternehmen ihre Zahlungen nicht transparent machen müssen, wenn eine solche Offenlegung im betreffenden Förderland verboten ist. Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Vorschläge der Kommission „aktiv und vollumfänglich zu unterstützen und ihre Umsetzung auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zügig in die Wege zu leiten“. Außerdem solle sich die Bundesregierung im Verlauf des weiteren Verfahrens dafür einsetzen, die in den Kommissionsvorschlägen enthaltenen Ausnahmeregelungen zu beseitigen. Von den Offenlegungspflichten erhoffen sich die Abgeordneten eine effektive Kontrolle der Regierungen in rohstoffreichen Ländern durch die dortigen Parlamente und Bürger. Zudem könne die Erfüllung rechtlicher und steuerlicher Verpflichtungen der Unternehmen besser überwacht werden, schreibt die Fraktion. Sie verweist darauf, dass drei Viertel der armen Bevölkerung weltweit in rohstoffreichen Entwicklungsländern lebten. Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor würden zu dieser Situation entscheidend beitragen. *ah*

Unteilbare Menschenrechte

SÜDKAUKASUS Der Menschenrechtsausschuss hat einen Antrag (17/7645) der Fraktion Die Linke zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten im Südkaukasus am vergangenen Mittwoch abgelehnt. Im Mittelpunkt des Antrags stand die Forderung, die Bundesregierung solle in Gesprächen mit den Regierungen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan die problematische Menschenrechtssituation dort thematisieren. Ziel müsse sein, künftig jegliche Form repressiver Gewalt auszuschließen, forderte die Fraktion. In der Menschenrechts-, Entwicklungs- und Außenpolitik Deutschlands müssten den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten der gleiche Stellenwert eingeräumt werden wie den bürgerlichen und politischen, hieß es weiter. Zudem sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, gegenüber den drei Ländern die Freilassung von regierungskritischen Journalisten und Menschenrechtsverteidigern anzumahnen und den Auf- und Ausbau staatlicher Sicherungssysteme zu unterstützen. Die Berichterstatterin der Linken betonte, ihre Fraktion wolle, „dass die Menschenrechte ein höheres Gewicht erhalten“. Sie sehe „in allen drei Ländern erhebliche Defizite“.

Eine Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion betonte zwar, dass es „massive Menschenrechtsdefizite“ im Südkaukasus gebe, allerdings seien die Forderungen der Linken aus ihrer Sicht „das falsche Mittel“. Die Antragsteller würden die Causa „durch die ideologische Brille“ betrachten, hieß es aus der Unionsfraktion. „Wir werden den Antrag ablehnen“, erklärte auch ein Vertreter der SPD-Fraktion. Der Antrag würde manchen Bereichen der Menschenrechte „einen höheren Stellenwert einräumen als anderen“, sagte er. Ähnlich argumentierte die Vertreterin der FDP-Fraktion: „Sie schauen zu selektiv auf die Menschenrechte“, befand eine Abgeordnete gegenüber der Linken. „Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.“ „Sehr positive Aspekte“ entdeckte hingegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Antrag. „Einige der Forderungen können wir mittragen“, sagte eine Abgeordnete. Allerdings falle nach Ansicht ihrer Fraktion die Bewertung von Aserbaidschan „zu positiv“ aus. Bei der anschließenden Abstimmung in der Sitzung lehnten die vier übrigen Fraktionen die Initiative der Fraktion Die Linke ab. *ver*

Der verschnupfte Präsident

KASACHSTAN Die Machtpartei verliert das Monopol im Parlament. Frei und demokratisch war die Wahl dennoch nicht, sagen die Wahlbeobachter der OSZE

Das Staatsoberhaupt ist pikiert: „Wir werden zukünftig keine Experten nach Kasachstan einladen, die unsere Wahlen kritisieren“, sagte der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew nach dem Urnengang Mitte Januar im rohstoffreichen Staat zwischen Kaspiischem Meer und Chinas Grenze. Der seit 21 Jahren autokratisch herrschende Präsident zeigte sich verschnupft über eine harsche Beurteilung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Parlamentswahl bescherte dem gewaltigen Steppenland mit über 15 Millionen Einwohnern ein Mehrparteiensystem. Die Partei der Macht „Nur-Otan“, „Licht des Vaterlandes“, wurde auf 80 Prozent der Stimmen gezählt.

Weder frei noch fair Die OSZE, die seit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepublik vor 20 Jahren in dem Land noch kei-

ne Wahl als „frei“ und „fair“ beschrieben hat, erkannte auch bei dem jüngsten Urnengang die Verletzung der „Schlüsselemente für eine demokratische Wahl“. Der Chef der Beobachter des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte in der kasachischen Hauptstadt Astana, Miklós Haraszti, sagte: „Die Wahl fand in einem eng kontrollierten Umfeld statt, ein genuiner Pluralismus bedarf nicht derartiger Orchestrierung.“ Die Wahl stand von Anfang an unter dem Taktstock der Macht. Nasarbajew ist 71 Jahre und plant die Machtübergabe. Dafür benötigt er ein Parlament, das auch im Westen Anerkennung genießt. Denn das Land, das 2010 immerhin den OSZE-Vorsitz führte, hatte bisher einen Makel: ein Parlament in dem ausschließlich das „Licht des Vaterlandes“ leuchtete. Alle anderen Parteien waren bei dem letzten Urnengang 2007 an der

Sieben-Prozent-Hürde gescheitert. Auch die zweite Kammer, der Senat, sorgt nicht für Pluralismus. Die Senats-Abgeordneten werden nicht direkt vom Volk sondern von einer speziell einberufenen Volksversammlung gewählt.

Drei Parteien Die vorgezogene Parlamentswahl sollte Abhilfe schaffen, ohne jedoch die beherrschende Rolle von Nur-Otan anzutasten. Und so passierte es. Die eigentliche Oppositionspartei OSDP erhielt ein wenig mehr als ein Prozent, andere kritische Parteien wurden erst gar nicht zugelassen. Die Kommunisten und die sich machtnah positionierende „Ak Schol“-Partei kamen knapp über die Sieben-Prozent-Hürde. Die OSDP empörte sich über Wahlfälschungen. Filme, die zeigen, wie Wahlurnen mit Stimmzetteln vollgestopft werden, kursieren im Internet. Aber zur Demonstration

der Oppositionspartei versammelten sich am Dienstag nach der Wahl nur wenige Hundert in der kasachischen Wirtschafts-

metropole Almaty. Dafür sorgte ein eskalierender Ölarbeiterstreik in der westkasachischen Provinz Mangistau bereits vor der



Staatschef seit 21 Jahren: Nursultan Nasarbajew beim Urnengang Mitte Januar

Wahl für Disharmonie. Seit Mai streikten dort 2.000 Ölarbeiter für mehr Lohn und Rechte. Die staatliche Rohstoffgesellschaft „Kazmunaigas“ entließ die Arbeiter, deren Sprecher wurden verhaftet. Ausgerechnet zu den Feiern des 20. Unabhängigkeitstages Kasachstans am 16. Dezember lieferten die Fraktion und Sicherheitskräfte in der Ölförderstadt Schanaozen regelrechte Straßenschlachten. Die Polizei eröffnete das Feuer, über ein Dutzend Menschen starben und ein Hundert wurden verletzt. Nasarbajew fing mit einer Doppelstrategie die Wut vor den Wahlen ein. Er zeigte Verständnis für die Ölarbeiter, entließ das Management der Ölgesellschaft und verhandelte mit anziehender Repression ein Überspringen des Funkens. *Marcus Bensmann, Almaty*

Der Autor ist Korrespondent des Journalistennetzwerks „Weltreporter“.

Harsche Worte zum Fiskalpaket

EUROPA III Der Zeitplan ist ehrgeizig. Beim EU-Gipfel am 30. Januar wollen sich die europäischen Staats- und Regierungschef auf den Fiskalpaket mit seinen neuen Regeln zur Haushaltsdisziplin einigen. Beim folgenden Gipfel am 2. März soll der Vertrag im Idealfall unterzeichnet werden. Doch während die Arbeitsebene an den letzten Formulierungen feilt, nimmt die Kritik an dem völkerrechtlichen Vertrag zu, den Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim EU-Gipfel am 9. Dezember durchgesetzt hatte.

Die bisher harschesten Worte kamen aus Finnland, dessen Außenminister Erkki Tuomioja den Vertrag als „im besten Fall überflüssig, im schlimmsten schädlich“ bezeichnet. Sozialdemokrat Tuomioja spricht zwar nur für den kleinen Koalitionspartner und nicht für die gesamte Regierung. Da Finnland jedoch gemeinsam mit Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg zu den letzten vier Ländern der Eurozone mit der Bestnote AAA aller Rating-Agenturen gehört, findet seine Kritik Aufmerksamkeit. Eine äußerst skeptische Haltung zum Fiskalpaket nehmen auch das Europäische Parlament und die EU-Kommission ein (siehe Beitrag rechts). Die Abgeordneten sind verärgert, dass die Regierungen einen völkerrechtlichen Vertrag abschließen wollen, auf den das Parlament formal keinen Einfluss nehmen kann.

Kritik kommt aber auch aus der Europäischen Zentralbank. EZB-Direktionsmitglied Jörg Asmussen mahnte einen „rigorosesten“ Text an. Er kritisierte beispielweise, dass es nach wie vor ein Hintertürchen gebe, Sanktionen im Defizitverfahren zu vermeiden. „Ungewöhnliche Umstände“ könnten nämlich als mildernder Faktor gewertet werden, was die EZB als Aufweichung des Pakts sieht.



Mehr Rechte für die Volksvertretung: Martin Schulz (Mitte) nach seiner Wahl zum Präsidenten des EU-Parlaments am vergangenen Dienstag in Straßburg

Auf Augenhöhe abgeordnet

EUROPA I Martin Schulz sagt als neuer Präsident des EU-Parlaments der »Vergipfelung« der Politik den Kampf an

Die Wahl war keine Überraschung. Schon seit Beginn der fünfjährigen Legislaturperiode steht fest, dass auch dieses Mal wieder ein Halbzeitwechsel durchgeführt wird. Waren 2009 zunächst Europas Christdemokraten am Zug, die mit dem Polen Jerzy Buzek den ersten Parlamentspräsidenten aus Osteuropa stellten, so sollte es in der zweiten Hälfte ein Vertreter der Sozialdemokratie sein. Die Wahl fiel auf den Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten Martin Schulz. Der Wechsel wurde für den 17. Januar terminiert. So trat Schulz am vergangenen Dienstag in Straßburg gegen zwei Mitbewerber an, deren Kandidatur wegen der Absprache der zwei großen Fraktionen von vornherein aussichtslos waren: die britische Liberale Diana Wallis und den Konservativen Nirj Deva, ebenfalls aus Großbritannien. Eineinhalb Stunden nach der Stimmabgabe sah man kräftiges Händeschütteln und herzliche Umarmungen. Bilder, die das Ergebnis vorwegnahmen, längst bevor der noch amtierende Chef des Hauses verkündete: „Einem zweiten Wahlgang wird es nicht geben: Schulz für president.“

Chefsessel Der SPD-Politiker hatte 387 der 670 Stimmen geholt und damit eine Mehrheit auf sich vereint, während Deva 142 und Wallis 141 Stimmen erhielten. „Das Europaparlament wird mit Ihnen weiter Kernstück der europäischen Debatte sein“, rief Buzek seinem Nachfolger zu, bevor er ihm den Chefsessel überließ. Auch aus Berlin

kamen Glückwünsche: Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) gratulierte Schulz zur Wahl. Die Geschichte des Parlamentarismus in Europa zeige, dass die Mächtigen den Parlamenten nie Rechte geschenkt hätten, sagte Lammert. Umso wichtiger sei es für das Europaparlament in dieser entscheidenden Phase, „einen so diskursfähigen und leidenschaftlichen wie über die Fraktions- und Ländergrenzen hinweg anerkannten Parlamentarier an seiner Spitze zu haben“, sagte Lammert.

Schwindendes Vertrauen Seit 1994 sitzt Martin Schulz in Europas Volksvertretung, seit 2004 führte er die Fraktion der europäischen Sozialisten und Demokraten. Sichtlich gerührt stand er jetzt vor den Abgeordneten und bedankte sich für das Vertrauen und die Glückwünsche. „Diejenigen, die mich heute gewählt haben, sollen ihre Wahl selbstbewusst vertreten können und diejenigen, die mich nicht gewählt haben, positiv überrascht werden...“ Dann kam der 56-Jährige zur Sache: „Europa durchlebt stürmische Zeiten“. Er warnte, dass ein Scheitern der EU zum ersten Mal seit ihrer Gründung „ein realistisches Szenario“ sei. Die Armut in vielen EU-Ländern sei gewachsen, die Arbeitslosigkeit vor allem unter den Jugendlichen gestiegen. Es gebe keine Gewissheit mehr, dass es den Kindern einmal so gut gehe wie den Eltern. Da Vertrauen in die Institutionen wie in die Politik schwinde. Anonyme Rating-Agenturen in New York seien mächtiger als demokratisch gewählte Regierungen und Parlamente. Die Vertrauenskrise unterminiere auch den Glauben in

das europäische Projekt, in die „faszinierendste Idee“ Europa, die es zu retten gelte. Schulz warnte vor einer „Vergipfelung“, einer Inflation von Treffen der Regierungschefs. Entscheidungen würden hinter verschlossenen Türen getroffen. Das sei ein Rückfall in die Zeit des Wiener Kongresses.

nationaler Interessen, sondern um das Wohl der Gemeinschaft. „Die EU ist kein Nullsummenspiel, wo der eine gewinnt und der andere verliert. Entweder wir verlieren alle oder wir gewinnen alle“, sagte Schulz. Gemeinhin gilt der EU-Parlamentspräsident als Prestigejob. Er agiert auf Augenhö-

gipfeln der Eurozonen-Lenker mit am Tisch sitzen. Unter dem Druck der Eurokrise haben vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy viele Entscheidungen auf die „Chefebene“ verlagert. „Wer glaubt, man könne ein Mehr an Europa mit einem Weniger an Parlamentarismus schaffen, dem sage ich hiermit den Kampf an“, sagte Schulz.



754 Abgeordnete aus 27 Mitgliedsländern: Plenum des EU-Parlaments in Straßburg.

Er beklagte, dass das EU-Parlament als einziges gewähltes Organ der Gemeinschaft von der Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen sei. Auch die Volksvertreter in den nationalen Parlamenten würden zu „Erfüllungsgehilfen“ degradiert. In der EU gehe es nicht um die Durchsetzung

mit dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und dem Ratspräsidenten Herman Van Rompuy. Schulz aber machte deutlich, er will mehr als Ansehen. Er wolle „kein bequemer Präsident“ sein. Er fordert Gleichbehandlung, will wie die Chefs von Kommission und Rat bei den

Mitsprache Mitentscheiden will das Europaparlament auch beim geplanten Fiskalpaket gegen Haushaltsründer. Viele Abgeordnete drängen auf eine Überführung dieses Paktes innerhalb von fünf Jahren in den EU-Vertrag. Am vergangenen Mittwoch verabschiedete das Straßburger Haus eine entsprechende Resolution mit 521 gegen 124 Stimmen bei 50 Enthaltungen. Nahezu alle Fraktionen sehen die Gefahr einer Spaltung der Gemeinschaft, die deren Bestand gefährde. Der CDU-Abgeordnete Elmar Brok, einer der Initiatoren der Entschließung, betonte, man werde alles tun, um den Fiskalpaket rasch in den Lissabon-Vertrag zu integrieren. Die Abgeordneten bemängelten, dass ihre Änderungsvorschläge nicht umgesetzt würden. Sie forderten die Einbeziehung von EU-Parlament wie von den nationalen Volksvertretungen. Kommissionspräsident Barroso unterstützte den Vorstoß. Es müsse jeder Eindruck vermieden werden, dass auf europäischer Ebene konkurrierende Parlamente entstehen, die das Europaparlament schwächen. Sabine Seeger, Brüssel

Die Autorin ist freie Korrespondentin.



Gipfel-Duo Sarkozy und Merkel

Asmussen wie auch die Bundesregierung monieren, dass die EU-Kommission Länder, die die geplante Schuldenbremse nicht umsetzen, nicht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagen kann. Die Schuldenbremse nach deutschem Vorbild, für Merkel eine der zentralen Errungenschaften des Dezember-Gipfels, könnte ohnehin geringe Wirkung entfalten, wenn sie nicht in den jeweiligen nationalen Verfassungen festgeschrieben wird. Aktuell sieht der Vertragstext vor, dass die Schuldenbremse „möglichst“ in den Verfassungen festgeschrieben werden soll.

Die Bundesregierung sieht den Fiskalpaket als Voraussetzung für den permanenten Rettungsmechanismus ESM. So sollen nur Länder, die den Fiskalpaket ratifiziert haben, Hilfe aus dem ESM empfangen. Noch ist offen, ob sich Berlin mit dieser Forderung durchsetzen wird.

Silke Wettach, Brüssel

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“.

Furcht vor zahnlosem Tiger

EUROPA II Deutsch-Französische Arbeitsgruppe plädiert für wirksame Sanktionen gegen Schuldensünder

Zweifel an der Wirksamkeit der künftigen Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Haushalts- und Schuldensündern äußerten Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) wie auch sein Amtskollege Bernard Accoyer von der Assemblée Nationale beim dritten Treffen der deutsch-französischen Arbeitsgruppe am 20. Januar in Berlin. Sollte durchgesetzt werden, was bislang geplant ist, dass nur ein Euro- oder EU-Land ein anderes wegen mangelnder Haushaltsdisziplin verklagen kann, befürchten die Parlamentarier, dass keine wirksamen Strafen verhängt werden, der Sanktionsmechanismus demzufolge einem zahnlosen Tiger gleichkommt. Weil die Unterzeichnerländer möglicherweise zu sehr davor zurückschrecken könnten, einander zu belasten, müsse der Europäischen Kommission ein Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof eingeräumt werden.

Auch das vierte und wegen der französischen Wahlen vorerst letzte Treffen der Gruppe am 13. Februar in Paris wird sich aller Voraussicht ebenfalls mit der Wirtschafts- und Fiskalunion beschäftigen, da die Verständigung auf das Vertragswerk bis dahin andauern dürften.

Die bilaterale Arbeitsgruppe begleitet die Vertragsverhandlungen bereits seit Oktober. Bei ihrem jüngsten Treffen im Bundestag tauschten sich die Teilnehmer über Empfehlungen aus, die sie ihren jeweiligen Regierungen mitteilen wollen. Im Mittelpunkt stehen die Mitspracherechte der nationalen Volksvertretungen wie auch des Europäischen Parlaments bei Haushaltsfragen. Bundestagspräsident Norbert Lammert zeigte sich zuversichtlich, dass die Mitwirkungsrechte der Parla-

mente bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt werden, schon allein deshalb, weil dies das deutsche Grundgesetz erfordere.

Wahlkampf eröffnet Nach Berichten der französischen Kollegen hat der Wahlkampf in ihrem Land bereits spürbar begonnen. Erörtert wurde während des Treffens, ob und wie sich ein möglicher Machtwechsel nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

in Frankreich auf den Ratifizierungsprozess der Verträge auswirken könnte. Die französische Seite verwies auf die Kontinuität der Pariser Europapolitik in den vergangenen Jahrzehnten. Die Abgeordneten aus der französischen Hauptstadt sagten zu, die Arbeit an einer rechtlichen Verankerung der Schuldenbremse, der règle d'or, fortzusetzen. Eine Verankerung in der französischen Verfassung ist ohnehin fraglich. In beiden Kammern, Assemblée und Senat, würde für die Verabschiedung der Schuldenbremse eine Drei-Fünftel-Mehrheit benötigt, die laut Accoyer derzeit nicht in Sicht sei. Der Präsident der Assemblée Nationale hielt eine strengere Budgetdisziplin allein für die Gesundung der Haushalte nicht für ausreichend, nötig sei außerdem ein schnelles Wirtschaftswachstum. Das Vertrauen der Märkte in die Zukunft der Euro-Zone müsse zügig zurückgewonnen werden. Lammert erklärte, dass die Ratifizierung des Vertrags über die Wirtschafts- und Fiskalunion wie auch über den neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM, bis zur parlamentarischen Sommerpause möglich sei, vorausgesetzt, die Texte liegen wie bisher zugesagt im März vor. Die Ratifizierung auf französischer Seite wird aller Voraussicht nach erst das neugewählte Parlament vornehmen.



Norbert Lammert (links) und Bernard Accoyer

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Meinung.
- Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de





Mit dem Mut der Verzweiflung: Demonstration gegen das Assad-Regime in der Stadt Homs Mitte Januar

Syrien erreicht Innenpolitik

NAHOST Zwei Mal befasste sich der Bundestag mit der Lage in Syrien. Heftige Vorwürfe gegen Die Linke

Mit scharfen Worten haben Vertreter der Koalitionsfraktion die Haltung einiger Linken-Abgeordneten zum Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad kritisiert. In einer auf Verlangen von Union und FDP anberaumten Aktuellen Stunde im vergangenen Donnerstag warfen sie der Linken vor, sich mit dem despotischen Regime in Damaskus und nicht mit den seit Monaten protestierenden Syrern zu solidarisieren. Hintergrund der Debatte war ein Aufruf einer Initiative mit dem Titel „Kriegsvorbereitungen stoppen – Embargos beenden – Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens“, den einige Bundestagsabgeordnete der Linken unterzeichnet hatten. In ihm wird der USA und der Nato der Vorwurf gemacht, einen Krieg „gegen die strategisch wichtigen beziehungsweise rohstoffreichen Länder Syrien und Iran“ vorzubereiten. Die Linken gaben die Kritik im Plenum vor allem an Union und FDP zurück und erinnerten an deren „lange Tradition der Kollaboration“ mit arabischen Despoten.

»Makabren Aufruf« Als erster Redner der Debatte warf Andreas Schockenhoff (CDU) den Unterzeichnern vor, nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass es das syrische Volk selbst sei, das sich um „übermenschlichem Mut“ gegen ein „Mörderregime“ stelle und dass es führende syrische Oppositionelle und andere arabische Staaten seien, die ein Eingrei-

fen der internationalen Staatengemeinschaft forderten. Der beste Beweis, dass es dem Westen nicht um Rohstoffinteressen gehe, sei zudem, dass die Sanktionspolitik Ölrausföhrungen aus Syrien und dem Iran unterbinde wolle, um diese Regime zum einlenken zu bewegen – auch wenn das für einige Länder der EU schmerzhaft sei. Der Sozialdemokrat Günter Gloser nannte das Papier „einen makabren Aufruf“ und ein „Zeugnis des blanken Zynismus gegenüber den Opfern“ in Syrien. Zynisch sei der Aufruf auch gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft, die etwa im Rahmen der UN versuche, den blutigen Konflikt friedlich beizulegen. Nicht die USA und die Nato würden einen Angriff starten, es sei Syriens Präsident Assad gewesen, der bereits vor Monaten einen „Angriff auf die eigene Bevölkerung“ gestartet habe, sagte Gloser.

Politisch blind Die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Birgit Homburger, sah die gesamte Linkenfraktion in der Verantwortung, weil sie sich nicht entschlossen vom Aufruf und den Unterzeichnern distanzieren. Die Haltung der Fraktion in der Syrien-Frage nannte Homburger nicht nur „politisch blind und ignorant“, die Linke mache sich auch zum „Mittäter“ des Assad-Regimes. Die Syrer seien offenbar fest entschlossen, Menschenrechte und Demokratie einzufordern. Und dabei haben sie unsere Unterstützung, sagte Homburger und verwies auf ein Treffen von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im vergangenen

Herbst mit dem Vorsitzenden des (oppositionellen) syrischen Nationalrates, Burhan Ghalioun.

Angesichts der massiven Kritik holte Ulrich Maurer als stellvertretender Vorsitzender der Linkenfraktion zum Rundumschlag aus. Zwar sei es „nicht gut“, dass der Aufruf die Gewalt des syrischen Regimes gegen die Bevölkerung nicht eindeutig verurteile. Dass nun aber die Koalitionsfraktionen ihn zum Thema einer Aktuellen Stunde machten, sei „Heuchelei“. Seit Jahren stehe die Linke an der Seite der Opposition in Syrien, während Bundesregierung und Koalitionsfraktionen lange eher an der Seite Assads gestanden hätten, sagte Maurer. Noch im Jahre 2011 seien 166 Syrer unter Verantwortung der schwarz-gelben Bundesregierung aus Deutschland abgeschoben worden. Und im Juni 2011 hätten Union und FDP im Auswärtigen Ausschuss einen Antrag der Linken abgelehnt, den Export von Kriegswaffen nach Syrien zu stoppen. Jetzt kämen beide Fraktionen daher, „und blasen sich auf und verbreiten Lügen über meine Partei“, kritisierte Maurer. Als „unangemessen“ bezeichnete Volker Beck von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Titel und Gegenstand der Debatte, weil in ihr schwierige Fragen zu einer gewaltfreien Lösung und eine Verhinderung eines Bürgerkrieges in Syrien nicht konkret verhandelt werden könnten. Den Inhalt des Aufrufs nannte Beck „politisch reichlich unterkomplex“. Seine Betonung des Prinzips der Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten anderer

Länder erinnere an die 1980er Jahre. Dieses Prinzip sei mit dem OSZE-Prozess längst überwunden, sagte Beck.

Knallharte Interessenpolitik In einer Beratung eines Grünen-Antrags zu Syrien (17/8132) am Freitag nannte Kerstin Müller (Grüne) die Untätigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einen „politischen Skandal“. Russland fahre eine „knallharte Interessenpolitik“. Verantwortlich für die Blockade einer scharfen Resolution sei auch China. Man müsse die „Gräueltaten“ des As-

ad-Regime klar verurteilen. Nach Ansicht der Grünen gibt keine Zukunft Syriens mit dem gegenwärtigen Machthaber Bashar al-Assad und dessen Regime. Deswegen müsse er zurücktreten und den Weg für demokratischen Reformen freimachen, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag. Außerdem müsse Assad sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten. Ferner sei die syrische Opposition unter anderem durch finanzielle Hilfe, Beratung und Reiseerleichterungen zu unterstützen. Thomas Feist (CDU) nannte es wichtig, ein „Bekanntnis gegen das syrische Regime“ auszusprechen. „Klare Signale“ müsste der UN-Sicherheitsrat und Arabische Liga setzen. Russland und China nutzten ihre Vetomacht. „Wir brauchen eine Resolution im Sicherheitsrat, die das Vorgehen der syrischen Führung klar und deutlich verurteilt“, sagte der Abgeordnete.

In Syrien muss die Gewalt beendet werden, so das Fazit des SPD-Abgeordneten Rolf Mützenich. „Scham- und Hilflosigkeit“ fühle man vor allem angesichts der Zurückhaltung des UN-Sicherheitsrates. Das Verhältnis zur Arabischen Liga müsse unbedingt gestärkt werden. „Alle Sympathie“ bekomme die syrische Opposition, Rainer Stinner (FDP) bekannte, er sei „froh und dankbar“, dass die Türkei sich einmische. Derweil kündigte Wolfgang Gehrcke (Die Linke) an: Im zweimonatlichen Abstimmungen wolle seine Fraktion die Abschiebung von Flüchtlingen nach Syrien und Rüstungsexporte unterbinden. *Bernard Bodel/Alexander Heinrich*

KOMPAKT

> **Hauptstadt** ist Damaskus. Weitere wichtige Städte sind Homs, Hamah, Ar-Raqqaq, Hasakah und Deir az-Zor. Insgesamt verfügt das Land über gut 21 Millionen Einwohner.

> **Staatspräsident** ist seit Sommer 2000 Baschar al-Assad. Im Parlament stellen die Arabische Sozialistische Baath-Partei und Verbündete die Mehrheit: 172 von 250 Sitzen.

> **Wirtschaft** Das BIP betrug 2009 rund 52 Milliarden US-Dollar – ein realer Zuwachs von vier Prozent. Der Anteil der Industrie betrug 34 Prozent; der Anteil der Landwirtschaft 21 Prozent.

Burma macht sich frei

REFORMEN Das Regime entlässt politische Gefangene und setzt Nachwahlen zum Parlament an. Im rohstoffreichen Norden ist das politische Tauwetter jedoch noch nicht angekommen.

Aung San Suu Kyis Wiedereinstieg in die Politik ihres Landes scheint beschlossene Sache zu sein: Mitte vergangener Woche hat die Friedensnobelpreis-Trägerin ihre Kandidatur für einen Sitz im Zentralparlament in Burmas Hauptstadt Naypyidaw eingereicht. Anfang April wird Burma, das heute offiziell Myanmar heißt, Nachwahlen für 48 Sitze im Parlament abhalten. Schon kurz darauf dürfte Suu Kyi, die in der kleinen Küstenstadt Kawhmu südwestlich von Rangun als Kandidatin antritt, die demokratische Opposition im Parlament anführen. Für einen Staat, der bis vor Kurzem noch von einem autoritären Regime der Welt registriert wurde, sind diese Entwicklungen bemerkenswert. Denn noch im vergangenen März – als die Militärjunta die Macht an die formell zivile Regierung von Präsident Thein Sein abgegeben hat – deutete nur wenig auf den Wandel hin, der sich in den folgenden Monaten vollziehen sollte.

Ein Viertel der Parlamentssitze war – und ist bis heute – gemäß der Verfassung aus dem Jahr 2008 für das Militär reserviert. Rund 80 Prozent der übrigen Sitze waren nach einer massiv manipulierten Parlamentswahl im November 2010 an die „Unionspartei für Solidarität und Entwicklung“ (USDP), die Unterstützerpartei der Generäle, gegangen. Aung San Suu Kyis Nationalliga für Demo-

kratie (NLD) hatte die Abstimmung boykottiert. In der neuen Regierung fanden sich etliche Mitglieder der früheren Junta wieder: Präsident Thein Sein etwa hatte dem Militärregime des im Februar 2011 abgetretenen Diktators Than Shwe als Premierminister gedient.

Politische Gefangene Kurz nach seinem Amtsantritt begann Thein Sein jedoch damit, Reformen voranzutreiben. Ein Minister seiner Regierung – und später auch der Präsident selbst – trafen sich zu Gesprächen mit Suu Kyi. Thein Sein setzte für die Dauer seiner Amtszeit den Bau eines umstrittenen, von China finanzierten Megastaudammes im Norden des Landes aus. Zudem entließen die Behörden in mehreren Etappen Hunderte politische Gefangene. Bei der letzten Freilassung Mitte Januar kamen neben Journalisten und Bloggern auch einige hochrangige Anführer der blutig niedergeschlagenen Studentenproteste aus dem Jahr 1988 frei sowie ein wichtiger politischer Anführer der Shan-Ethnie, der prominente Mönchsaktivist U Gambira. Mit den Freilassungen ist Burma einer der Kernforderungen all jener Staaten gefolgt, die das Land mit Wirtschaftssanktionen belegt haben. Der Westen hat sich schon früh erkenntlich gezeigt: Bereits Ende November

war US-Außenministerin Hillary Clinton nach Burma gereist und hat sich zu Gesprächen mit Thein Sein und Aung San Suu Kyi getroffen. Es war der erste Besuch eines US-Außenministers in mehr als einem halben Jahrhundert. Clinton lobte die Fortschritte, die Burma in den Monaten zuvor gemacht hatte, kritisierte jedoch die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und forderte weitere Reformen ein. Vor wenigen Tagen haben die USA wieder volle diplomatische Beziehungen mit Burma aufgenommen. Die NLD von Aung San Suu Kyi plant unterdessen die weiteren Schritte. Das oberste Ziel sei es nun, die Verfassung aus dem Jahr 2008 zu ändern, sagt Win Htein. Er ist der Leiter des NLD-Hauptquartiers in Rangun und ein langjähriger Weggefährte Suu Kyis. „Der größte Mangel der Verfassung ist, dass die Armee darin übermäßig repräsentiert wird. Unser ultimatives Ziel ist es, sie schrittweise komplett aus der Politik herauszubekommen, innerhalb der nächsten fünf oder zehn Jahre.“

Ende der Sanktionen Das breite Entgegenkommen einiger westlicher Staaten sieht Win Htein – wie viele führende NLD-Politiker – kritisch. „Die Deutschen – und auch die Österreicher – sind sehr erpicht darauf, hier Geschäfte zu machen. Und das so bald

wie möglich. Trotz der Bedingungen hier“, warnt Win Htein. Er habe erst kürzlich einer Delegation aus Deutschland erklärt, dass ein Ende der Sanktionen für die NLD derzeit nicht in Frage komme. Denn allen Reformschritten zum Trotz befinden sich noch immer Hunderte politische Gefangene in Haft. Besonders schwer wiegen zudem die Berichte über anhalten-

de Menschenrechtsvergehen durch Burmas Soldaten in den Konfliktgebieten des Landes. Die Regierung hat allerdings in den vergangenen Wochen Waffenruhen mit mehreren Rebellenmilizen vereinbart. Erst vor wenigen Tagen haben Unterhändler der Regierung ein Waffenstillstandsabkommen mit Vertretern der Karen National Union (KNU), dem politischen Arm der Karen Na-



Hoffungsträgerin eines demokratischen Burmas: Aung San Suu Kyi

Streit um Westsahara

AUSWÄRTIGES I Die Fraktion Die Linke ist mit ihrem Antrag (17/4932) zur Politik gegenüber Marokko an den Stimmen von Koalition und SPD gescheitert. Heike Hänsel (Die Linke) betonte in der Debatte am vergangenen Donnerstag, es müsse endlich Schluss sein, dass die Bundesregierung das marokkanische Königshaus hofiere. „Sie muss endlich alles tun, um Marokko von der völkerrechtswidrigen Besetzung der Westsahara und dort stattfindenden Menschenrechtsverletzung abzuhalten.“ Jürgen Klimke (CDU) fand diese Haltung „einseitig und tendenziös“. Der marokkanische König habe von Anfang an einen konsequenten Reformkurs eingeschlagen. „Wir setzen uns weiterhin für eine Verhandlungslösung unter dem Dach der Vereinten Nationen ein“, so Klimke zum Westsahara-Konflikt. Günter Gloser (SPD) fand, dass der politische Fortschritt, der mit dem arabischen Frühling in der Region gekommen sei, auch positiven Einfluss für eine Lösung des jahrzehntlang schwelenden Konfliktes bringen werde. Eine dauerhaft tragende Lösung könne unter Streitparteien selbst, zwischen Marokko und der nach Unabhängigkeit strebenden maurischen Volksgruppe der Sahrauis, ausgehandelt werden. Marina Schuster (FDP) gab sich überzeugt, dass beide Konfliktparteien in der Verantwortung stünden. Ute Koczy (Grüne) fand, Marokko brauche mehr „Druck“. Ihre Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung. *bob*

Verlängerung für Afghanistan

AUSWÄRTIGES II Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP haben am vergangenen Mittwoch im Auswärtigen Ausschuss den Weg für eine Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes freigemacht. Das Mandat läuft bis Januar 2013, heißt es in einem entsprechenden Antrag (17/8166) der Bundesregierung. Die Fraktion Die Linke und ein Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmten mit Nein. Der Rest der Grünen stimmte mit Ja. Der Antrag steht in dieser Woche zur abschließenden Beratung auf der Tagesordnung des Plenums.

Laut Antrag soll die Obergrenze der eingesetzten Bundeswehrsoldaten 2012 erstmals herabgesetzt werden. Ab Februar sind nur noch bis zu 4.900 Soldaten in Afghanistan vorgesehen. Gegenwärtig würden maximal 5.350 Bundeswehrsoldaten Dienst mit der Waffe tun, heißt es im Antrag weiter. Die Gesamtkosten des auf ein Jahr angelegten Mandats sollen mehr als eine Milliarde Euro betragen.

Die Bundesregierung führt weiter aus, dass derzeit afghanische Streitkräfte in einem Drittel des Landes und für die Hälfte der afghanischen Bevölkerung die Sicherheitsverantwortung übernehmen würden. Bis Ende 2014 – so die Planung – würde die Sicherheit des Landes dann vollständig in den Händen von afghanischer Armee und Polizei liegen. Laut Regierungsantrag wird die geplante Sollstärke von 352.000 Mitgliedern der afghanischen Armee und der Polizei in diesem Jahr erreicht. Die Fraktion Die Linke hatte im Ausschuss vergeblich auf einen Abzug deutscher Polizisten aus Afghanistan gedrängt. Regierungskoalition sowie SPD und die Grünen lehnten das Ansinnen (17/4879) ab. Ferner forderte die Linke, das bilaterale „German Police Project Team“ und die deutsche Beteiligung an der EU-Polizeimission einzustellen. *bob*

tional Liberation Army (KNLA), getroffen. Die KNLA kontrolliert einige Gebiete an der Grenze zu Thailand.

Gefechte Jedoch kommt es weiterhin zu Gefechten zwischen Regierungseinheiten und Kämpfern der Kachin Independence Army (KIA) im Norden des Landes, bei denen Regierungssoldaten schwere Menschenrechtsvergehen begehen sollen. Ein Reporter der New York Times berichtete von anhaltenden schweren Kämpfen, Verschleppungen, Exekutionen und Vergewaltigungen durch burmesische Soldaten. Offenbar, so glaubt ein Rebellenkommandeur, der in dem Artikel zitiert wird, möchte die Armee die rohstoffreichen Gebiete im Grenzgebiet zu China vollständig unter ihre Kontrolle bringen.

Das Schicksal der verbliebenen politischen Gefangenen und die Konflikte in den Grenzgebieten sind die vielleicht wichtigsten Gradmesser dafür, wie weit der politische Wandel in Burma wirklich reicht. Die Nachwahlen Anfang April werden zeigen, ob die Führung des Landes dazu bereit ist, sich auf einen wirklichen Richtungswechsel einzulassen. *Sascha Zastiral, Bangkok*

Der Autor ist Korrespondent des Journalistennetzwerks „Weltreporter“.



KURZ REZENSIIERT

Yoshi Yoshihara, James R. Holmes: Der rote Stern über dem Pazifik. Chinas Aufstieg als Seemacht – und wie antworten die USA.
Mittler Verlag, Hamburg 2011; 258 S., 24,95 €

Zum Jahreswechsel verursachte Teherans Führung erneut eine politische Krise, als sie drohte, die Straße von Hormus zu schließen. Ein Marinemanöver beunruhigte nicht nur die westlichen Industrienationen, sondern auch die asiatischen Ölimporeure – an der Spitze China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Das Reich der Mitte gibt jährlich Milliarden US-Dollar aus, um derartige Krisen zu verhindern und zuverlässige Energielieferungen in die „Fabrik der Welt“ sicherzustellen. Zugleich rüstet Peking auf den Weltmeeren massiv auf.

Die Wissenschaftler Yoshi Yoshihara und James R. Holmes, Dozenten am Institut für Strategie und Politik des Naval War College in Newport, veröffentlichten jetzt ein herausragendes Buch über die Auswirkungen der chinesischen Strategie, die sich je nach Lage mal kooperativer oder konfrontativer Mittel bedient, auf die amerikanische Sicherheitspolitik in Asien. Zu ihrem besonderen Kennzeichen gehört, dass die chinesische Führung im Allgemeinen ihre Interessenpolitik unter dem Deckmantel des Strebens nach „Harmonie“ zu verbergen sucht. Wenn es um den freien Zugang zu den Weltmeeren geht, verschleiert Peking seine Ziele nicht: China wolle eine „mächtige Volksmarine“ aufbauen, die „ihre historische Mission in einem neuen Jahrhundert“ erfüllen werde, versicherte Präsident Hu Jintao. Die Flotte solle die „glorreiche Aufgabe“ übernehmen und die chinesischen Interessen „zu jeder Zeit“ wahren, vor allem aber müsse die Marine „die Zugänge“ zu den Rohstoffgebieten dauerhaft offenhalten.

Die Autoren der Studie betonen, dass die Europäer die zukünftigen Aufgaben der Marine eher in Polizeieinsätzen sahen als in der Auseinandersetzung mit feindlichen Flotten. Die USA aber, die ihre Rolle als oberste Beschützerin der freien Schifffahrt und als Wächterin über die Seewege definierten, beobachteten den maritimen Aufstieg Chinas mit Sorge. Denn ein „ebenbürtiger Mitbewerber“ oder gar ein Rivale auf hoher See würde die nationalen Interessen Amerikas bedrohen.

manu



Niall Ferguson: Der Westen und der Rest der Welt. Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen.
Propyläen Verlag, Berlin 2011; 559 S., 24,99 €

Wie kam es dazu, dass einige kleinere Staaten am Westrand Eurasiens um das Jahr 1500 begannen, ihren Einfluss über die ganze Welt auszudehnen und wesentlich bevölkerungsreichere Landmassen zu erobern? Mit dieser Fragestellung gibt sich der renommierte Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson nicht zufrieden. Vielmehr will er wissen, ob sich auf der Grundlage dieser Erfolgsgeschichte gleichzeitig der Aufstieg des Ostens prognostizieren lässt. Sind wir tatsächlich Zeugen des Endes der westlichen Vormachtstellung und damit des Abstiegs jener Zivilisation, die im Gefolge von Renaissance und Reformation, Aufklärung und Industrialisierung ihren Zenit erreichte? Wer ist dafür verantwortlich?

Ohne zu zögern verweist Ferguson auf die Politik von US-Präsident George W. Bush. Er habe sich in die Abhängigkeit des ostasiatischen Kapitals begeben, um das Haushaltsdefizit und die niedrige Steuerquote zu finanzieren. „Der Niedergang des nie proklamierten amerikanischen Imperialismus“ sei im Herzen des Imperiums selbst herbeigeführt worden: „Hätte der amerikanische Konsument nicht auf billige chinesische Arbeitskräfte und billiges chinesisches Kapital zurückgreifen können“, fiel die Weltfinanzkrise heute nicht so vernichtend aus.

Anhand einer umfassenden geschichts- und wirtschaftswissenschaftlichen Darstellung und Analyse der Bereiche Wettbewerb, Wissenschaft, Eigentumsrechte, Medizin, Konsumgesellschaft und Arbeitsethik erläutert der Harvard-Professor das Wesen der „westlichen Zivilisation“. Die von Ferguson ausgewählten Merkmale hätten den Westen vom Rest der Welt unterschieden und seine globale Machtstellung begründet. Inzwischen hätten die Chinesen den Kapitalismus „übernommen“. Dies bedeute jedoch nicht, dass die westliche Art die Dinge zu gestalten, überholt sei. Vielmehr blühe und gedeihe sie allenthalben. Fergusons optimistisches Fazit lautet denn auch: Das westliche „Gesamtpaket“ ist noch immer am besten geeignet, um die Probleme des 21. Jahrhunderts zu meistern.

manu

Auf der einen Seite steht der mit großer Übereinstimmung verabschiedete Zwischenbericht der Projektgruppe Medienkompetenz (17/7286). Auf der anderen Seite stehen viele offene Fragen und das Hickhack um Geschäftsordnungsanträge und verschobene Abstimmungen. Das Zwischenfazit der Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ fällt durchwachsen aus, wie sich während der Bundestagsdebatte zum Tätigkeitsbericht der Kommission (17/5625) am vergangenen Freitag zeigte.

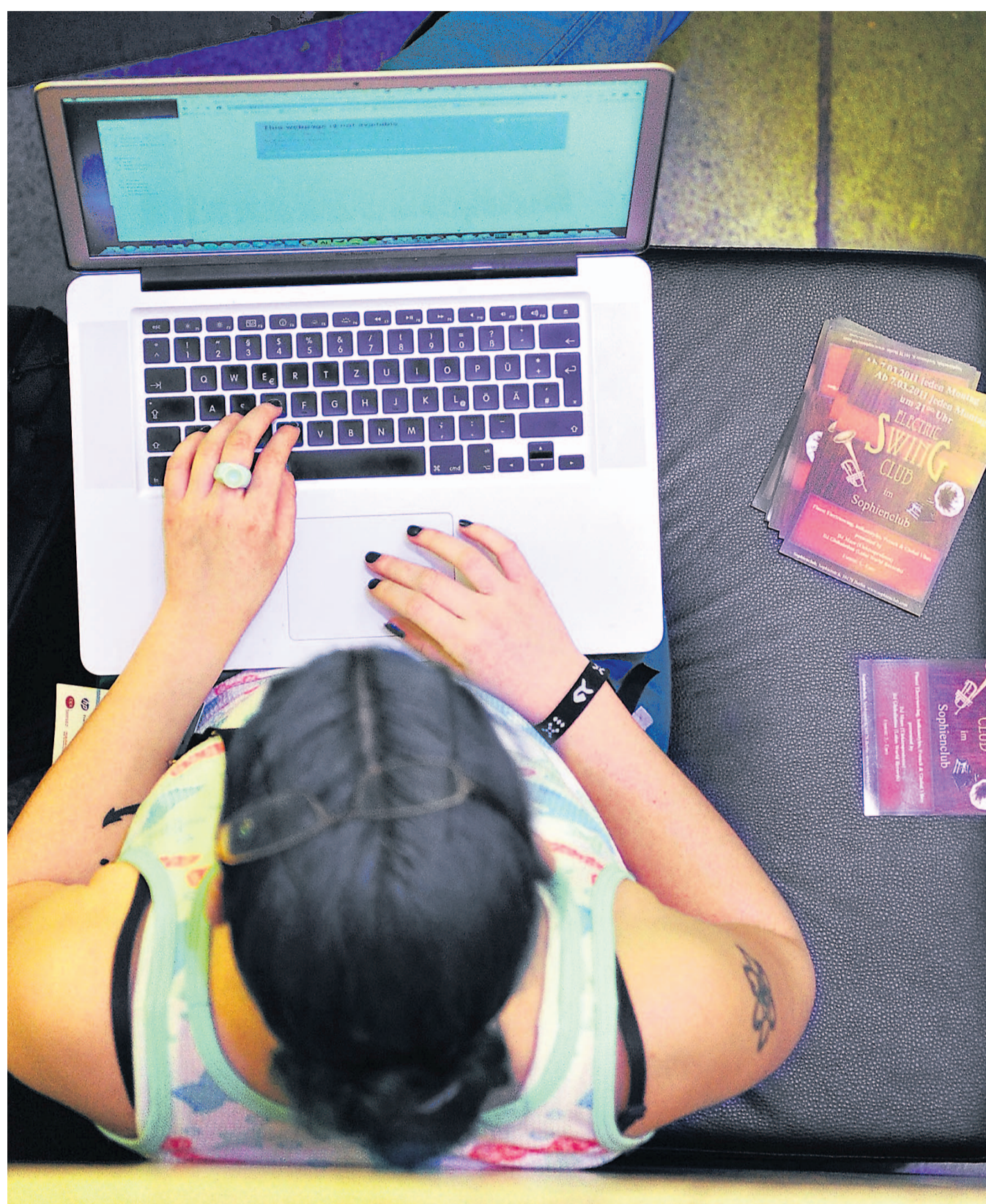
Die am 4. Mai 2010 eingesetzte Enquete mit ihren 34 Mitgliedern – 17 Abgeordnete und 17 externe Sachverständige – soll bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, die der Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Bisher jedoch verzettelte sie sich allzu oft in tagespolitischen Streitereien, wofür sich Opposition und Koalition während der Debatte gegenseitig verantwortlich machten.

Drängende Fragen Die Politik tue sich schwer, die sozialen und gesellschaftlichen Umbrüche, die durch das Internet entstanden seien, zu gestalten, sagte der SPD-Abgeordnete Lars Klingbeil. „Der Deutsche Bundestag muss anfangen, diesen Wandel zu gestalten“, forderte er. Die Enquete-Kommission sei als eine Art Denkfabrik und auch ein Experimentierfeld für neue Möglichkeiten der politischen Partizipation konzipiert gewesen. Nach zwei Jahren stelle er jedoch fest: „Diesem Anspruch ist die Kommission nicht gerecht geworden.“ Auf viele drängende Fragen seien noch keine Antworten gefunden worden, urteilte Klingbeil.

Die Abgeordnete Halina Wawzyniak (Die Linke) zeigte sich ebenfalls enttäuscht. „Ich habe zu Beginn die Hoffnung gehabt, dass jenseits parteipolitischer Zwänge diskutiert werden kann.“ Es sei leider nicht so gewesen, dass „das Argument zählt und nicht die Fraktionszugehörigkeit“, sagte sie. Dies brachte Wawzyniak prompt den Vorwurf ihres Kollegen Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) ein, da „ein bisschen naiv“ an die Sache herangegangen zu sein. Der Abgeordnete zog ein eher positives Fazit. Auch wenn nicht alles perfekt sei, „sind wir doch auf dem richtigen Weg“, sagte von Notz. „Wer hätte denn zu Beginn der Arbeit der Enquete-Kommission gedacht, dass sich der Bundestag fraktionsübergreifend gegen Netzperren, für mehr Open-Data, für verbessertes E-Government, für mehr Open-Source-Lösungen, für die Privatkopierregelung bei Downloads, für die Netzneutralität und die Weiterentwicklung des bestehenden Urheberrechts einsetzt“, sagte der Parlamentarier. Er hoffe nun, dass die Bundesregierung diese Handlungsempfehlungen auch später umsetzt „und nicht tagespolitisch entscheidet“.

Einen sogar sehr großen Erfolg der Enquete erkannte auch Halina Wawzyniak: „Es gibt nun eine Sensibilisierung der Politik für Netzpolitik.“ Dass es nicht zu mehr gereicht habe, habe damit zu tun, dass es sehr häufig um „Formalien und Klein-Klein“ gegangen sei. Ärgerlich sei auch gewesen, dass die Abstimmungen über die Zwischenberichte der Projektgruppen Netzneutralität und Datenschutz durch die Koalition mehrfach verschoben wurden, „weil Mehrheiten unsicher waren“.

Es habe in der Tat „politische Schützengräben“ gegeben, in denen sich abgedockt wurde“, räumte der Unionsabgeordnete Jens Koepsen ein. Für ihn sei jedoch entscheidend, dass „engagierte Debatten mit sehr viel Herzblut geführt wurden und ein Konsenswillie erkennbar war“. Bei der Arbeit der Kommission sei es ihm auch darum gegangen, den „gefühlten Klassenkampf zwischen



Nachholbedarf: Blogger und andere Angehörige der Internetszene sind der Politik in der digitalen Welt meist weit voraus.

Zu oft verzettelt

INTERNET-ENQUETE Trotz Übereinstimmungen beim Thema Medienkompetenz lässt der Zwischenbericht viele Fragen offen

digitaler und analoger Welt“ zu beenden. Dabei müssten Überregulierungen vermieden werden und das Prinzip der Selbstregulierung Vorrang haben. „Unser Leitbild ist der mündige Bürger. Wir setzen auf Wettbewerb“, betonte der CDU-Mann. „Gar nicht so schlimm“, findet es Manuel Höferlin (FDP), dass nicht immer konsensuale Handlungsempfehlungen erreicht wurden. Schließlich sollte die Kommission nichts beschließen, sondern nur Empfehlungen geben. „Im Bundestag werden später die Schlussfolgerungen gezogen“, sagte Höferlin. Wenn – wie im Bereich Datenschutz geschehen – keine der Handlungsempfehlungen eine Mehrheit gefunden hat, zeige das, dass es „zwei Wege zum gleichen Ziel gibt“, mit denen sich der Bundestag befassen könne. Den Schwarzen Peter schob

Höferlin der Opposition zu. Sie sei es gewesen, die „tagespolitische Dinge bewusst in die Diskussion getragen hat“. Das wollte der SPD-Abgeordnete Gerold Reichenbach so nicht sehen lassen. Viele Themen seien nicht ausdiskutierbar gewesen, weil die Koalitionsmitglieder Rücksicht auf Konflikte in den eigenen Reihen hätten nehmen müssen. Durch Verschiebungswünsche, Sitzungsunterbrechungen und andere Tricks habe die Koalition versucht, Abstimmungen zu verhindern, kritisierte Reichenbach.

»Hort der Harmonie« Viel Lob fand in der Debatte die Arbeit der Projektgruppe Medienkompetenz. Angesichts der Abläufe in anderen Projektgruppen sei dies offenbar ein „Hort der Harmonie gewesen“, befand Tabea Röfner (Grüne). Der Vorsitzende der

Projektgruppe Thomas Jarzombek (CDU) betonte, dass man einen guten Bericht vorgelegt habe, der auch „in der Szene gut angekommen ist“. Ein wichtiger Punkt sei die gemeinsame Forderung, dass es künftig für jeden Schüler einen Laptop geben müsse. Die Ausstattung mit Laptops allein reiche nicht, ergänzte Aydan Özoguz (SPD): „Die Computer müssen auch sinnvoll im Unterricht integriert werden.“ Die Abgeordnete Petra Site von der Linksfaktion betonte, dass „Medienkompetenz für alle“ nur dann erreichbar sei, wenn künftig eine internetfähige Hardware zum Existenzminimum gehöre.

Götz Hausding

Mehr zum Thema im Internet: www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp

Im Schraubstock der Ökonomie

MEDIEN Experten diskutieren über die Zukunft des Qualitätsjournalismus

Der Qualitätsjournalismus wird auch im Zeitalter einer zunehmend digitalisierten Medienwelt eine Zukunft haben. In dieser Einschätzung waren sich die vom Kuratorium des Ausschusses zu einer öffentlichen Anhörung geladenen Experten am vergangenen Mittwoch weitgehend einig. Differenzen offenbarte jedoch die Frage nach den Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen von Journalisten. Die Antworten verliefen entlang der Grenze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Das Internet werde keine der klassischen Medien komplett verdrängen, prophezeite Cornelia Haß, Geschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (dju/verdi). Ein Zeitungsläser sei nach einer halbtägigen Lektüre seiner Zeitung umfassender und besser informiert als ein Bürger, der eine halbe Stunde im Internet recherchiere, argumentierte Haß. Allerdings gefährde der Personalabbau in vielen Redaktionen die Qualität der journalistischen Arbeit.

Trend zum Kaputt-Sparen Dieser Einschätzung schloss sich ihre Kollegin Ulrike Kaiser, stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), an. Der Wert journalistischer Arbeit sinke in zweierlei Hinsicht. Zum einen wer-

de wegen des erhöhten ökonomischen Drucks die Zahl der Redakteure immer stärker abgebaut. Zum anderen werde der Wert journalistischer Arbeit auch vom Konsumenten nicht mehr so hoch angesehen wie früher, sagte Kaiser. Dies sei eine Folge der kostenlosen Angebote im Internet. Die Redaktionen griffen deshalb verstärkt auf die Arbeit freier Journalisten zurück, deren Gehälter und Honorare gleichzeitig gekürzt würden. Vor allem bei Lokalzeitungen sei ein Trend zum „Kaputt-Sparen“ der Redaktionen zu befürchten.

Benno Stieber, Vorstandsvorsitzender vom Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten (Freischreiber), mahnte eindringlich eine angemessene Bezahlung für freie Journalisten an. Qualitätsjournalismus erfordere ein Mindestmaß an finanzieller Absicherung, sagte Stieber. Diese Sicht wurde von der Arbeitgeberseite relativiert. Er könne den Trend zur Mehrbeschäftigung von freien Journalisten nicht bestätigen, hielt Helmut Heinen, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Haß, Kaiser und Stieber entgegen. Eine bessere Bezahlung garantiere auch nicht automatisch eine höhere Qualität der journalistischen Arbeit. Die angespannte Situation für freie Journalisten erklärte er mit ihrer zu hohen Zahl. Der Markt

gebe nicht genügend Arbeit für so viele Freie her. Heinen bescheinigte allerdings, dass der ökonomische Druck auf die Printmedien ansteige. So habe sich das Verhältnis zwischen Anzeigen- und Vertriebslösen dramatisch verschoben. Einbrüche beim Vertriebslösen seien nur durch Preiserhöhungen zu kompensieren. Dies werfe die Frage auf, was der Konsument bereit sei, für ein gutes Produkt zu bezahlen.

Gesetzesreformen Dirk Platte, Justiziar des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger (VDZ), verwies auf die guten Bedingungen der fest angestellten Redakteure bei der Bezahlung und den Urlaubstagen. Zugleich forderte Platte bessere Gesetze ein, um den Qualitätsjournalismus zu sichern. So fehle es beispielsweise immer noch am angekündigten Pressefreiheitsgesetz, das Journalisten besser vor strafrechtlicher Verfolgung schütze. Auch das Urheberrecht müsse reformiert werden.

Uwe Heitmann vom Verband Deutscher Lokalzeitungen (VDL) widersprach der Darstellung, dass eine höhere Arbeitsdichte den Qualitätsjournalismus in Frage stelle. In vielen Redaktionen sei vielmehr eine personelle Spezialisierung zwischen der internen Redaktionsarbeit und der externen Recherchearbeit zu beobachten. Alexander Weinlein

Digitalisierung des Filmerbes

MEDIEN Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, eine umfassende Digitalisierungsinitiative zur Sicherung des deutschen Filmerbes zu starten. Bis zum Frühjahr soll sie ein umfassendes Konzept vorlegen, wie die im Bundeshaushalt 2012 zusätzlich für „Maßnahmen zum Erhalt des Filmerbes“ bereitgestellten 350.000 Euro eingesetzt werden sollen.

In ihrem Antrag (17/8353), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung zur Beratung in die Ausschüsse überwies, setzt sich die Fraktion zudem für die Bildung eines Runden Tisches ein, an dem alle relevanten Gruppen, Institutionen und Initiativen teilnehmen sollen. Dieser soll Vorschläge erarbeiten, wie die Digitalisierung des Filmerbes vorangetrieben werden kann.

Zudem verlangen die Grünen eine Reihe von Gesetzesänderungen. So müsse im Archivgesetz eine Pflichtregistrierung für alle deutschen Kinofilme verankert werden. In der anstehenden Änderung des Urheberrechts müsse die Sicherung, Bewahrung und Veröffentlichung von verwaisten Werken für die damit befassten Institutionen erleichtert werden. Umgekehrt müsse einem etwaigen auftauchenden Inhaber der Rechte an dem vermeintlich verwaisten Film Schutz geboten werden. Im Urheberrecht soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden, digitalisierte Filme für seh- und hörbehinderte Menschen barrierefrei nachzubearbeiten.

aw

Barrierefreie Filme gefordert

KULTUR Das Angebot an barrierefreien Film- und Fernsehangeboten ist in Deutschland nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unzureichend und bleibt hinter dem anderer europäischer Länder zurück. Dies stelle für seh- und hörbehinderte Menschen eine in vielen Fällen nicht zu überwindende Hürde für die Teilhabe am kulturellen Leben dar. Sie fordert die Bundesregierung in einem Antrag (17/8355) auf, ein Sofortprogramm „Barrierefreier Film“ in Höhe von mindestens 250.000 Euro aufzulegen. Zudem soll sie gemeinsam mit den Fraktionen weitere kurzfristige und langfristige Maßnahmen entwickeln, um ein entsprechendes Filmangebot auszuweiten.

Die Grünen plädieren dafür, bei der nächsten Novelle des Filmförderungsgesetzes entsprechende Förderkriterien zu entwickeln, um die Produktion barrierefreier Filmfassungen sicher zu stellen. Die derzeitige Regelung im Filmförderungsgesetz, die auf Freiwilligkeit beruhe, habe nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

Die Regierung soll außerdem auf die Bundesländer einwirken, damit das Angebot in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erhöht wird. Im Zuge der Reform der Rundfunkgebühren werde ab Januar 2013 ein Drittel des zu zahlenden Rundfunkbeitrags auch für Gehörlose und Sehbehinderte fällig. Dieses Geld sollte zur Finanzierung des barrierefreien Filmangebotes bei den Öffentlich-Rechtlichen verwendet werden. Die Kosten für die Herstellung einer barrierefreien Filmfassung sind nach Angaben der Grünen relativ gering. Sie lägen bei einer Hörfilmfassung für Sehbehinderte bei circa 5.000 Euro für einen Spielfilm. Die Untertitelung von Filmen für hörbehinderte Menschen falle deutlich kostengünstiger aus. Zudem könne bei 1,5 Millionen seh- und hörbehinderten Konsumenten ein sich selbst tragender Markt entstehen.

aw

Anzeige

50 Jahre BMZ

Auf Augenhöhe
50 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1961-2011
Herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Von Sebastian Harnisch | Siegmund Schmidt | Redaktion: Rolf Steltemeier
2011, 206 S., geb., 39,- €
ISBN 978-3-8329-7244-8

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14397

AUFGEKEHRT

Made in Germany

Auch das noch! Brüssel will unser Gütesiegel kassieren: „Made in Germany“ soll es nicht mehr heißen, wenn die Waren nicht zu mindestens 45 Prozent in Deutschland gefertigt werden. Die Spaßbremsen der EU-Kommission kennen wirklich kein Pardon und haben erst recht keinen Sinn für Mythos und Marketing. EU-Zollkommissar Algirdas Semeta ruderte zwar gleich zurück, als die ersten Hinweise zum „Made-in-Germany“-Aus hierzulande für Aufregung sorgten. Alles nur ein Missverständnis, versuchte Semeta zu beschwichtigen. Er wolle „Kontakt mit Minister Rösler aufnehmen, um die Lage zu erläutern“, ließ der Litauer mitteilen. Kann uns das beruhigen? Wohl kaum, wenn ausgerechnet der Chef einer Partei, die sich gerade selbst abschafft, für den Erhalt des Markenzeichens sorgen soll. Vielleicht ist Semeta ja ein ganz Ausgebuffter und will „MiG“ elegant über FDP-Bande entsorgen. Denn auch in Brüssel hat sich herumgesprochen, dass nur drei Prozent rauskommen, wenn Philipp Rösler zu liefern verspricht. Das reicht bereits heute nicht für „Made in Germany“. Dafür müssten es schon zehn Prozent heimische Endfertigung sein. Der Begriff Endfertigung bringt uns im Zusammenhang mit der FDP aber vom Thema ab. Freunde gepflegter Verschwörungstheorien sehen in der Causa Gütesiegel ohnehin mal wieder die Briten am Werk. Die hatten im Jahr 1887 per Gesetz „Made in Germany“ als Warnsignal für billige Massenware aus Deutschland eingeführt, um ihre Wirtschaft zu schützen. Ein Schuss ins eigene Knie, wie sich längst herausgestellt hat. Ist es so unwahrscheinlich, dass Premier Cameron nun das lästige Siegel beseitigen will? Niemand käme doch auf die Idee, dass der EU-Skeptiker einen solchen Schritt über Brüssel versuchen könnte. Man sollte mal prüfen, in welchen Feriendomizilen britischer Freunde Semeta in jüngerer Zeit kostenfrei geurlaubt hat. *Monika Pilath*

VOR 60 JAHREN ...

Das Recht auf Antworten

23. Januar 1952: Erste Fragestunde. Fragen kostet nichts. Umsonst sind die Fragestunden im Deutschen Bundestag aber sicher nicht. Schließlich dienen sie den Parlamentariern zur Kontrolle der Regierung – und das seit 60 Jahren: Am 23. Januar 1952 eröffnete der SPD-Abgeordnete Heinrich Georg Ritzel die erste Fragestunde in der Geschichte des Bundestages mit einer Frage an Finanzminister Fritz Schäfer (CSU). Seitdem gehört sie zur guten Tradition im Hohen Haus. Jeweils mittwochs in den Sitzungswochen kann



Staatssekretär Hans-Joachim Otto (FDP) während einer Fragestunde

jeder Abgeordnete der Bundesregierung bis zu zwei Fragen zur mündlichen Beantwortung stellen. Rede und Antwort stehen dabei meist die Parlamentarischen Staatssekretäre beziehungsweise Staatsminister der Ministerien. Die Fragestunde ist allerdings keine deutsche Erfindung. Die Idee kommt aus Großbritannien, wo Fragestunden im Unterhaus schon länger stattfanden. Im Dezember 1951 wurde das Instrument in die Geschäftsordnung des Bundestages aufgenommen. Anfangs gab es nur eine Fragestunde im Monat, der Begriff Fragestunde war dabei wörtlich zu nehmen. Doch schnell war klar, dass 60 Minuten pro Monat nicht ausreichen. Reformbedarf wird aber auch heute gesehen. So sprach sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) wiederholt für eine Stärkung des Kontrollinstruments aus. Wie effektiv dieses Instrument sein kann, zeigten 1962 die Fragestunden zur „Spiegel“-Affäre: Durch hartnäckiges Nachfragen gelang es der Opposition, unter anderem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) ein Teilgeständnis über dessen persönlichen Anteil an der Verhaftung des Journalisten Conrad Ahlers zu entlocken. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG ÜBER ANNE FRANK



Thomas Heppener (links), Direktor des Anne Frank Zentrums Berlin, führt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) durch die Ausstellung über Anne Frank.

»Ein Mädchen schreibt Geschichte«

Als Anne Frank an ihrem 13. Geburtstag anfang, Tagebuch zu schreiben, war sie selbst noch skeptisch. „Nicht nur, dass ich noch nie geschrieben habe, sondern ich denke auch, dass sich später keiner, weder ich noch ein anderer für die Herzensergüsse eines 13-jährigen Schulmädchens interessieren wird“, notierte sie wenig später am 20. Juni 1942. Sie irrt sich: Das Tagebuch der Anne Frank, eines jüdischen Mädchens, geboren 1929 in Frankfurt am Main und 1934 mit ihrer Familie nach Amsterdam emigriert, das sich ab dem 6. Juli 1942 bis zu ihrer Verhaftung am 4. August 1944 vor den Nationalsozialisten versteckt hielt, erlangte nach dem Krieg Weltruhm. „Das Schicksal der Anne Frank lässt niemanden unberührt“, sagte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) während der Eröffnung der Ausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ am vergangenen Donnerstag im Paul-Löbe-Haus des Bundestags. „Erinnerungsarbeit kann helfen, den Blick zu schärfen für heutige Gefahren“, machte er zugleich deutlich und forderte ein verstärktes Engagement

des Einzelnen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus könne nicht nur „von denen da oben“ geführt werden. Er sei „Aufgabe aller anständigen Bürger“. Einer der Macher der Wanderausstellung ist Thomas Heppener, Direktor des Anne Frank Zentrums Berlin. Aus seiner Sicht ist die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nach wie vor wichtig. „70 Jahre nach der Wannsee-Konferenz zeigen die aktuellen Ereignisse in Deutschland, dass die nationalsozialistische Ideologie immer noch Quelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist“, betont er. Das Konzept der Ausstellung, das gemeinsam mit dem Anne Frank Haus in Amsterdam erarbeitet wurde, sieht vor, dass Jugendliche dazu ausgebildet werden, andere Jugendliche durch die Ausstellung zu führen. „Die Jugendlichen sollen sich mit Fragen des Erwachsenwerdens, auf die schon Anne Frank Antworten gesucht hat, auseinandersetzen“, sagt Heppener. In der Ausstellung selbst erzählen große Bildwände in sechs Abschnitten vom Leben der Anne Frank. Von einer glückli-

chen Kindheit und der schweren Zeit im Versteck bis hin zu den letzten schrecklichen sieben Monaten in den Vernichtungslagern. Ihre persönliche Geschichte wird verbunden mit der Geschichte der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus, des Holocaust und des Zweiten Weltkrieges. Kernstück der Ausstellung ist der Gedankenraum, der sich der langen Zeit im Versteck widmet. Mit der Ausstellung solle eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart geschlagen werden, sagt Heppener. „Ziel ist es, dass Menschen sich einbringen und sich engagieren.“ Denn wie schrieb doch Anne Frank in ihrem Tagebuch: „Wie herrlich ist es, dass niemand auch nur eine einzige Minute zu warten braucht, um damit zu beginnen, die Welt zu verändern.“ *Götz Hausding*

Zu sehen ist die Ausstellung bis zum 16. Februar nach vorheriger Anmeldung jeweils montags bis donnerstags ab 11 Uhr und ab 14 Uhr sowie freitags ab 11 Uhr. Besucher können sich telefonisch (030/227-38883) oder per E-Mail (info-ausstellungen-plh@bundestag.de) anmelden.

LESERPOST

Ausgabe 48 vom 19.12.2011, Seite 9, „Die alltägliche Gewöhnung – Rechts-Extremismus“

Nach 20 Jahren wissen wir, dass das Verschweigen oder Herunterspielen von fremdenfeindlicher Gewalt genauso schlimm ist, wie die Gewalt selbst. Und wir bekennen auch, dass es nicht vollständig gelungen ist, antisemitische Schmierereien, körperliche Übergriffe auf ausländische Studierende, rassistische Fußballsprüche oder Verwüstungen auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof zu verhindern. In Cottbus gab es vor der Wende kaum Ausländer, von einer jüdischen Gemeinde ganz zu schweigen. Heute gibt es eine solche Gemeinde mit über 300 Mitgliedern. An zwei Hochschulen studieren nahezu 1000 junge Menschen aus 90 Ländern. Die ausländischen Kulturvereine sind überall in der Stadt präsent. Ein Netzwerk von Kirchen, Parteien, Vereinen, Kultur- und Bildungseinrichtungen arbeitet erfolgreich gegen rechtsextremistische Tendenzen. Eine große Schar von Gegendemonstrationen ließ im Jahr 2011 einen Marsch der NPD scheitern. Die Wirkungen sind spürbar, aber bescheiden. Rückschläge, wie die im Beitrag beschriebene Schändung an einem Friedhof, berühren die Cottbuserinnen und Cottbuser. Auch die Hassträden der zwei NPD-Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung gehören zur Wahrheit über Cottbus und treiben den anständigen Menschen die Schamröte ins Gesicht. Die finstere Beschreibung Ihrer Autorin hat aber gerade die engagierten Cottbuserinnen und Cottbuser verärgert. Zwölf Prozent Arbeitslosigkeit sind auch nach unserer Meinung zu viel, aber es sind eben nicht mehr 20 Prozent wie vor acht Jahren. Und wenn man

den Cottbusern die blühenden Landschaften abspricht, hat man eine der bedeutendsten europäischen Parkanlagen, den Fürst-Pückler-Park, die erste Bundesgartenschau in den neuen Ländern, den Parkgürtel entlang der Spree und 5.000 Kleingärten im Stadtgebiet nicht wahrnehmen wollen. Für die ansprechend gestalteten ehemaligen Plattenbausiedlungen gab es bundesweite Anerkennungen und neidvolle Äußerungen aus den Partnerstädten Saarbrücken und Gelsenkirchen. Mit diesen Korrekturen soll keineswegs der Eindruck erweckt werden, dass bei uns Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und dumpe Gewalt verschwunden sind. Es gibt sie, und wir setzen uns damit auseinander. *Holger Kelch, Bürgermeister Cottbus*

Ausgabe 51-52 vom 19.12.2011, Titelseite, „Zahl der Woche“

Die „Zahl der Woche“, es hätten 54,4 Prozent der FDP-Mitglieder für den Kurs der Parteiführung votiert, ist schlicht falsch. Für den Antrag des Parteivorstandes haben 16,8 Prozent der Parteimitglieder gestimmt, für den Antrag des Abgeordneten Schäffer 13,6 Prozent. Weder einer der beiden Anträge noch beide gemeinsam haben das für Verbindlichkeit notwendige Quorum von 33,3 Prozent erreicht, weil sich nur 31,57 Prozent der Mitglieder beteiligten. Nach meiner Meinung kann keine der beiden Seiten mit dem Ergebnis zufrieden sein und es als einen „Erfolg“ oder einen „Vertrauensbeweis“ verbuchen. Denn trotz massiver Werbung hat auch die Parteiführung nur 16,8 Pro-

zent aller Parteimitglieder „hinter sich versammeln“ können. Für mich besonders enttäuschend ist es, dass die Fraktion, die vorher, unsicher über das zu erwartende Ergebnis, wiederholt erklärte, es gebe kein „imperatives Mandat“, sich nun nicht entschließen kann, im Bundestag eine so freie Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu fordern, wie die Verfassung es in Artikel 38 Grundgesetz verlangt. Bundesminister Niebel hat sogar erklärt, die Abstimmung über den ESM sei „keine Gewissensfrage“. Gilt der Artikel 38 nur für solche Entscheidungen, die ein Minister oder eine Fraktion durch Beschluss zur „Gewissensfrage“ erklärt? Das Gewissen eines Abgeordneten gehört ihm selbst. *Dr. Burkhard Hirsch, Bundestagsvizepräsident a.D.*

Anmerkung der Redaktion: In der Tat bezog sich die von uns genannte Zahl von 54,4 Prozent auf die Zahl der abgegebenen Stimmen.

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

Zur Ausgabe 2 vom 2. Januar 2012
In dem Artikel „Wohin mit dem Atommüll“ auf Seite 10 berichteten wir, dass in Gorleben derzeit 100 Castorbehälter unterirdisch gelagert werden. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Im Zwischenlager Gorleben wird der radioaktive Abfall oberirdisch gelagert. Davon zu unterscheiden ist das Erkundungsbergwerk im Salzstock Gorleben, in dem aber kein radioaktiver Abfall gelagert wird. Dieser Salzstock wird derzeit auf seine Eignung als Endlager erkundet. Sollte diese Eignung festgestellt werden, kann erst in einem atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren über die Einrichtung eines Endlagers entschieden werden, in dem radioaktive Abfälle unterirdisch eingelagert werden können.

PERSONALIA

> Joachim Grünewald †
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, CDU
Am 5. Januar starb Joachim Grünewald im Alter von 79 Jahren. Der promovierte Jurist aus Olpe und dortige Oberkreisdirektor von 1968 bis 1987 trat 1959 der CDU bei. Von 1969 bis 1987 gehörte er der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an. Grünewald, stets Direktkandidat des Wahlkreises Olpe – Siegen-Wittgenstein, war von 1991 bis 1994 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

> Hans-Werner Schmöle
Bundestagsabgeordneter 1972-1983, CDU
Hans-Werner Schmöle wurde am 2. Januar 70 Jahre alt. Der aus Werdohl stammende Versicherungskaufmann trat 1958 der CDU bei und wurde 1970 zum Vorsitzenden der Jungen Union in Westfalen-Lippe gewählt. Von 1969 bis 1975 war er Ratsherr seiner Heimatstadt. Im Bundestag arbeitete Schmöle zuletzt im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit.

> Marie-Elisabeth Klee
Bundestagsabgeordnete 1961-1972, CDU
Am 13. Januar vollendete Marie-Elisabeth Klee ihr 90. Lebensjahr. Die aus Worms gebürtige Archivarin amtierte von 1971 bis 1990 als Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und war von 1985 bis 1993 Vorsitzende von UNICEF-Deutschland. Von 1965 bis 1973 gehörte sie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union an. Im Bundestag engagierte sich Klee zumeist im innerdeutschen Ausschuss.

> Regina Schmidt-Zadel
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD
Regina Schmidt-Zadel wurde am 20. Januar 75 Jahre alt. Die aus Ratingen stammende Sozialarbeiterin mit vielfältigem Engagement in der Wohlfahrtspflege in NRW wurde 1969 SPD-Mitglied und stand von 1998 bis 2002 an der Spitze des SPD-Unterbezirks Mettmann. Schmidt-Zadel gehörte im Bundestag zuletzt dem Gesundheitsausschuss an. Von 1998 bis 2002 war sie gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

> Heinz-Günter Bargfrede
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU
Heinz-Günter Bargfrede vollendete am 20. Januar sein 70. Lebensjahr. Der aus Rotenburg/Wümme stammende Postbeamte schloss sich 1971 der CDU an, gehörte von 1981 bis 1991 und wieder seit 2001 dem Rat seiner Heimatstadt an und engagierte sich seit 1976 im Rotenburger Kreistag. Dort ist er zur Zeit CDU-Fraktionsvorsitzender. Im Bundestag gehörte Bargfrede in beiden Legislaturperioden dem Verkehrsausschuss an.

> Willibald Jacob
Bundestagsabgeordneter 1994-1998, PDS
Am 26. Januar wird Willibald Jacob 80 Jahre alt. Der protestantische Theologe, von 1970 bis 1990 Mitglied der CDU der DDR, wurde 1994 als Parteilooser über die PDS-Landesliste Mecklenburg-Vorpommern in den Bundestag gewählt. Jacob arbeitete im Verteidigungsausschuss mit.

> Hans Stefan Seifritz
Bundestagsabgeordneter 1961-1970, SPD
Am 28. Januar vollendet Hans Stefan Seifritz sein 85. Lebensjahr. Der aus Bremen gebürtige Redakteur und spätere Geschäftsführer im Bildungswesen gehörte viele Jahre dem dortigen SPD-Landesausschuss und dem Parteivorstand an. Von 1979 bis 1987 war er Mitglied der Bürgerschaft. Seifritz, der sich im Bundestag vorwiegend im Verkehrsausschuss engagierte, stand von 1967 bis 1969 an dessen Spitze. Von 1970 bis 1979 amtierte er als Senator für Bauwesen der Freien Hansestadt Bremen. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Lesebriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Lesebriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 30. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 23.-27.05.2011
Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz (Do), Forschungsagenda für den demografischen Wandel (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream